



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Medienpraktiken, -technologien und -diskurse der
Neuen Sozialen Bewegungen – Grenzgänge der
Partizipation am Beispiel #unibrennt“

Verfasserin

Iga Zakrzewska

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 317

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Theater-, Film- und Medienwissenschaft

Betreuerin ODER Betreuer:

Prof. Dr. Ramón Reichert

Kurzfassung

Die vorliegende Arbeit beleuchtet zunächst eine Genealogie der Medientheorien von neuen sozialen Bewegungen, beginnend bei frühen MedientheoretikerInnen des russischen Futurismus, führt über die Auseinandersetzung mit verschiedenen Machtkonzepten der StudentInnenbewegung von 1968 zu Medientheorien der Neuzeit, die sich am demokratie-generierenden Potenzial der neuen Medien und Vernetzungen abarbeiten. Die Hinterfragung von Wirklichkeiten und deren Repräsentation in der Öffentlichkeit wird zum durchgehenden Element linker Medientheorie. Die konstante Forderung nach Partizipation an der Öffentlichkeit und Generierung einer Gegenöffentlichkeit, wird angesichts sich verändernder technischer Prämissen und Rahmenbedingungen immer wieder neu generiert. Somit bündelt meine Arbeit Fragen nach den theoretischen Ansätzen, die neue soziale Bewegungen finden und hinterfragt die medialen Strategien, die für deren Umsetzung sorgen. An welche partizipatorischen Grenzen gelangen und gelangten neue soziale Bewegungen, und wie vermochten sie mit der technischen Transformation von Kommunikationswegen umzugehen? Wo befindet sich die theoretische Auseinandersetzung aktuell?

Schlagwörter: Neue Soziale Bewegungen, Unibrennt, Protest, Netzkultur, Medientheorie, Grenzen, Öffentlichkeit, Gegenöffentlichkeit

Abstract

The following paper presents first of all a genealogy of media-theories worked out by new grassroots movements, starting off early media-theory of Russian futurism. Along with arguments of concepts of power dealt with student movements of 1968 up to modern media theories, the thesis follows questions of potentials generated by new media and networking concepts. As a consequence, the main element of leftist media theory results in issues of reality and their representation in median public. Constant requirements of participation in median public, as well as generating a counter-public, have to be regenerated in view of constantly changing technical premises and parameters. The displayed paper concentrates on theoretical approaches found by new grassroots movements and questions their median strategies as well as their practical implementation. Which borders have been touched answering these questions and how did new grassroots movements deal with the technical fluctuation of their communication-system? Where does the theoretical discussion occur in current times?

Keywords: New Social Movement, Unibrennt, protest, netculture, media theory, borders, publicity, counter-publicity

Inhaltsverzeichnis

Kurzfassung.....	ii
Abstract.....	ii
Inhaltsverzeichnis	iii
1 Einleitung	1
2 Neue Soziale Bewegungen.....	6
2.1 Definition Neue Soziale Bewegungen.....	6
2.2 Unibrennt als Neue Soziale Bewegung?	9
2.3 Gesellschaftliche Bedeutung Neuer Sozialer Bewegungen.....	11
3 Medientheorien Neuer sozialer Bewegungen.....	18
3.1 Manipulationstheoreme.....	18
3.1.1 Diskurs um Öffentlichkeit	19
3.1.1.1 Sergej Tretjakov	20
3.1.1.2 Bertolt Brecht	23
3.1.1.3 Max Horkheimer und Theodor Adorno	24
3.1.2 Konzept Gegenöffentlichkeit.....	26
3.1.2.1 Jürgen Habermas	26
3.1.2.2 Megaphonmodell	32
3.1.2.3 Oskar Negt und Alexander Kluge.....	34
3.2 Konsenstheoreme.....	38
3.2.1 Semiotik	39
3.2.2 Noam Chomsky.....	41
3.2.2.1 Kommunikationsguerilla.....	46
3.3 Netzwerktheorien und elektronische Demokratie.....	49
3.3.1 Michel Foucault	49
3.3.1.1 Medienmacht und Dispositiv in der Foucault'schen Perspektive	54
3.3.2 Hans Magnus Enzensberger	55
3.3.3 Elektronische Demokratie	56
3.3.3.1 Axel Bruns	60
3.3.3.1.1 Von der Rezeption zur Partizipation – Producersage.....	60

3.3.3.2	Clay Shirky.....	69
4	Partizipation und Demokratie im Internet	73
4.1	Soziale Bewegungen im Netz.....	78
5	#unibrennt im Kontext seiner medialen Praxis	82
5.1	#unibrennt im Internet	82
5.1.1	Externe Kommunikation: Live-Stream, Twitter, Facebook.....	85
5.1.2	Interne Kommunikation: Skype, Piratepad-Tools, Gmail	87
5.1.3	Wiki, Homepage.....	88
5.1.3.1	#unibrennt: Trial und Error im Fluss der Zeit	88
6	Grenzen medialer Praktiken	91
6.1	Die Suche nach den „neuen Intellektuellen“	91
6.2	Verändertes Raum-Zeit Gefüge	97
6.3	Aufmerksamkeit.....	98
6.4	Ökonomische Grenzen.....	98
6.5	Kulturelle, sprachliche Barrieren	99
6.6	Partizipation als Handlungsimperativ.....	100
6.7	Partizipatorische Grenzen.....	101
6.7.1	Vertikale Grenzkonstitution.....	101
6.7.1.1	Datenverlust, Vorratsdatenspeicherung	101
6.7.1.2	Strukturelle Grenzen, Verbuchung	104
6.7.1.3	UrheberInnenrechtsdebatten / geistiges Eigentum.....	109
6.7.2	Horizontale Grenzkonstitution	112
6.7.2.1	Digital Divide	112
6.7.2.2	Geschlechterordnungen	117
6.7.2.3	Slacktivism	124
7	Resumee	129
8	Literaturverzeichnis	131
9	Lebenslauf.....	139

1 Einleitung

Spätestens seit der grünen Revolution im Iran, dem orangenen Protest in der Ukraine, der violetten *popola viola* in Italien, und in Österreich seit dem Hype um #unibrennt, ist die untrennbare Beziehung zwischen neuen sozialen Bewegungen und partizipatorischen Medien evident geworden. Der Regierungsturz in Tunesien und Ägypten gilt medial als „Facebook-Revolution“. Der von Wien ausgehende Studierendenprotest #unibrennt gewinnt 2010 den „Prix Forum digital communities“ bei der *ars electronica*. Zivilgesellschaftliches Engagement, Öffentlichkeit für Themen der neuen sozialen Bewegungen sind scheinbar ohne partizipatorische Medien nicht mehr denkbar. Plattformen wie YouTube, Vimeo, Flickr, Twitter und Facebook werden zu Hilfswerkzeugen und Orten der Begegnung zwischen Positionen und Oppositionen. Das Web 2.0 verspricht schier grenzenlose Nutzungs- und Gestaltungsmöglichkeiten, Partizipation jenseits von ökonomischen, politischen und gesellschaftlichen Grenzen.

Die Verschränkung von neuen sozialen Medien und sozialen Bewegungen, zivilgesellschaftlichen Themen und Graswurzelprotest scheint sich nicht nur gegenseitig günstig zu ergänzen, sondern auch zu bedingen.

Auf der anderen Seite lassen Themen wie *digital divide*, Vorratsdatenspeicherung und der Verlust von privaten Daten die Frage nach dem zu zahlenden Preis laut werden. Die Möglichkeiten der prinzipiell grenzenlosen Meinungsäußerung und Publikationsmöglichkeiten im Netz - daraus resultierend die zunehmende mediale Emanzipation von etablierten AkteurInnen - lassen zivilgesellschaftliche Forderungen und Anliegen, sowie die Präsenz von neuen sozialen Bewegungen stärker ins Bewusstsein der breiten Öffentlichkeit treten. Gleichzeitig steht das Spannungsfeld der Möglichkeiten, die partizipatorische Medien bieten, im Diskurs mit Phänomenen wie *slacktivism*, wobei sich Partizipation und Anteilnahme an Themen und Aktivitäten der neuen sozialen Bewegungen auf rein digitale Teilhabe reduzieren. Niederschwellige Möglichkeiten der Partizipation als Kernelement und die technischen Möglichkeiten des Internets, dienen einer globalen Vernetzung von NSB, also neuen sozialen Bewegungen und der zunehmenden Emanzipierung von traditionell marginalisierten Themen.

Die vermehrt auf zivilgesellschaftliche Bewegungen gerichtete Aufmerksamkeit der letzten Jahre, lässt sich jedoch nicht ausschließlich auf die vermeintlich emergente Ära einer zunehmend effektiven Nutzung von neuen Informationskanälen rückführen. Wertewandlungen sind auf (1) politökonomischer, (2) gesellschaftlicher – und (3) medientechnischer Ebene (vgl. Wimmer, 2008) zu erklären und kristallisieren sich insbesondere in der Genealogie der Medientheorien, anhand des Diskurses um die Begriffe Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit.

Seit Beginn dieses Jahrtausends werden die Begriffe *frei*, *offen*, *Gemeinschaft* oder *partizipativ* als positive und optimistisch belegte Schlagwörter unserer Gesellschaft und Entwicklung gehandhabt (vgl. Stalder 2011). Auch in meiner Arbeit findet sich vor dem Hintergrund meiner Untersuchung und Auseinandersetzung zunächst ein durchaus positives Verständnis dieser Begriffe, das sich zunehmend in einen kapitalistischen und wert-schöpfendem Kontext bettet und in der Debatte um UrheberInnenrechte und Vorratsdatenspeicherung seine aktuelle Klimax konstatiert. Je freier und zugänglicher Medien und Plattformen für die breite Masse werden, je günstiger und breiter sich der Zugang zu Öffentlichkeit gestaltet, desto häufiger stellt sich die Frage nach der Vergütung und mit dem einhergehend nach der Leistung. Der sogenannte Informationskapitalismus (vgl. Stalder 2011), zehrt von freien, offenen Businessmodellen, wie sie verstärkt durch partizipative Strukturen gefördert werden und bemüht sich um eine UrheberInnenschaft, um eine persönliche Kennzeichnung von Ideen und die Markierung von intellektuellem Eigentum. In einer Welt, die zunehmend aus kulturellen Werken und netzwerkartigen Verbreitungsstrukturen besteht, scheint die Unterscheidung in öffentlich und privat, sowie kommerziell und nicht-kommerziell unabdinglich, ebenso wie ein *branding* von Ideen und geistigen Produkten.

Die Abarbeitung von neuen sozialen Bewegungen und sozialen Medien an einer geltenden Öffentlichkeit ist so alt wie die Geschichte der Medien selbst. Die Frage nach dem emanzipativen Potenzial von Medien wurde mit jedem technischen Entwicklungsschritt neu formuliert und bewertet. Utopien und Ideale des Begriffs der Öffentlichkeit, formierten gegebenenfalls das Verständnis und die Praxis einer Gegenöffentlichkeit sowie die Forderung nach einer Demokratisierung der

Gesellschaft. Im Zentrum der Auseinandersetzung stand die Ausrichtung der Kommunikationswege. Von der einseitig gerichteten one-to-many Kommunikation, wurde zunächst die Adaptierung eines Rückkanals (vgl. Brecht, 1932) gefordert, um schließlich, nach dessen vermeintlich vollständiger Etablierung, abermals die erwünschte mediale Demokratisierung zu suchen. Mit der rasanten Entwicklung des Internets strukturierten sich Wege und Räume etablierter Kommunikation neu. Letztendlich wurde der Brecht'sche Rückkanal in Form von bidirektionalen Kommunikationswegen möglich, sowie durch multidirektionale Kommunikationsformen wie Blogs, Foren sowie Kommentarfunktionen erweitert. Dem uneingeschränkten Zugang zu neuen, demokratischeren Öffentlichkeiten sowie der Emanzipation marginalisierter Themen- und Gesellschaftsbereiche stand nichts mehr im Wege.

Als die zunehmende Ökonomisierung von Bildungssektoren sowie die chronische Unterfinanzierung von Universitäten vermehrt zu Demonstrationen und Fruststau führten, waren wenige über die Besetzung des Audimax ernsthaft verwundert. Doch den massiven Zuspruch sowie die anfangs unglaubliche Beteiligung, die Ausweitung der Proteste in ganz Europa bis in die USA hinein, hatte niemand erwartet. #unibrennt emergierte in einer Zeit, in der die Verwendung von Internet und sozialen Medien eine akute Phase erreichte. Nicht zuletzt aufgrund des massiven Zulaufs an Studierenden, erleichterten und erforderten Neue Medien und Technologien den Alltag auf den Universitäten, der mittlerweile fast schon zum Kanon der guten Informationsarbeit zählt. Der Laptop als ständige Begleitung durch den Uni-Alltag, war zu einem Symbol für den „Verlust der industriellen Solidarität“ (Stalder, 2012) geworden, während die Sehnsucht nach einem Ort der Zugehörigkeit, sowie der gelebten Solidarität nicht nachließ. Die Transformation der Arbeit im Zuge der Etablierung der Wissensgesellschaft, wurde auch auf den Universitäten spürbar und durch die neuen, frei zugänglichen Werkzeuge des Webs praktikabel – nicht zuletzt für die breite Masse der Demonstrierenden und Partizipierenden von #unibrennt.

Felix Stalder konstatiert in der alltäglichen Realität des Lebens in der Wissensgesellschaft, insbesondere die Erfahrung und das Erleben von Nicht-Wissen (vgl. Stalder, 2012). Die Konfrontation mit dem eigenen Nicht-Wissen wird durch die

Kurzlebigkeit der Nachrichtenwelt, die Zeitnähe der Informationsverbreitung und insbesondere den „Liveness“ Charakter von neuen Medien untermauert (vgl. Auslander, 2011). Die Überbrückung dieses Nicht-Wissens, fester Bestandteil der zunehmend flexibler werdenden Gesellschaft, kann nur durch die Hinwendung zu Partizipation überwunden werden.

„Die Komplexität, die [...] jedem einzelnen im Alltag begegnet, ist so groß, dass niemand mehr von sich selbst behaupten kann, seinen Bereich, und sei der auch noch so klein und spezialisiert, selbst überschauen zu können. [...] in Bezug auf die Entwicklung von Freier und Open Source Software gibt es diesen berühmten Satz ‚Given enough eyeballs, all bugs are shallow‘ was bedeutet, dass es für jedes Problem, das man selbst nicht lösen kann, jemanden gibt, der genau dieses Problem lösen kann, wenn nur der Pool der Personen, die zu Rate gezogen werden können, groß genug ist.“

Partizipation als Kernelement einer Praxis, deren Ideal möglichst transparent, niederschwellig sein sollte und vertikal hierarchischen Strukturen absagte, wird vor diesem Hintergrund nicht mehr als Phänomen gesehen, sondern als logische Schlussfolgerung und Kausalität. Gleichzeitig führt die zunehmende Konkurrenz aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen zu gesellschaftlichen sowie organisatorischen Herausforderungen – Wissen und dessen Akquirierung werden radikal beschleunigt.

#unibrennt konstatierte sich im Zentrum der beschriebenen Auseinandersetzung und arbeitete sich insbesondere an den Begriffen Kooperation und freie Teilhabe ab. Die vorliegende Arbeit beleuchtet zunächst eine Genealogie der Medientheorien von neuen sozialen Bewegungen, beginnend bei frühen MedientheoretikerInnen des russischen Futurismus, führt über die Auseinandersetzung mit verschiedenen Machtkonzepten der StudentInnenbewegung von 1968 zu Medientheorien der Neuzeit, die sich am demokratie-generierenden Potenzial der neuen Medien und Vernetzungen abarbeiten. Die Hinterfragung von Wirklichkeiten und deren Repräsentation in der Öffentlichkeit wird zum durchgehenden Element linker Medientheorie. Die konstante Forderung nach Partizipation an der Öffentlichkeit und Generierung einer Gegenöffentlichkeit, wird angesichts sich verändernder technischer Prämissen und Rahmenbedingungen immer wieder neu generiert. Somit bündelt meine Arbeit Fragen nach den theoretischen Ansätzen, die neue soziale Bewegungen finden und hinterfragt die medialen Strategien, die für deren Umsetzung sorgen. An welche partizipatorischen Grenzen gelangen und gelangten neue soziale Bewegungen,

und wie vermochten sie mit der technischen Transformation von Kommunikationswegen umzugehen? Wo befindet sich die theoretische Auseinandersetzung aktuell?

Als es in Wien 2009 zu einem der größten Studentenproteste seit langem kam, konfrontierte die mediale Praxis von #unibrennt die Öffentlichkeit mit bisher wenig bekannten neuen Mitteln. Sowohl der Einsatz neuer, sozialer Medien als auch der Umgang mit- und untereinander, wirkte *neu*, inspirierend und revolutionär. Partizipation und die Hinterfragung von hierarchischen Strukturen wurde in der medialen Praxis von #unibrennt verfestigt und beispielhaft. Oft verglichen mit Studierendeprotesten der 68er, vermochte kaum jemand die faktische Ergebnislosigkeit der Bewegung zu verstehen und erklären zu können. War, bzw. ist Partizipation nicht der Schlüssel für eine erfolgreiche Bewegung? Wo befanden und befinden sich die Grenzen der Partizipation und welche Kräfte sind dafür verantwortlich? Welchen Stellenwert nimmt die mediale Praxis ein und wo befinden sich die Grenzgänge dieser Partizipation? Anhand des Fallbeispiels #unibrennt, das für seine innovative Medienpraxis sogar ausgezeichnet wurde, skizziere ich aktuelle medientheoretische Debatten rund um Partizipation und die Nutzung neuer Medien und versuche insbesondere Grenzen und Antagonismen zu beleuchten.

2 Neue Soziale Bewegungen

2.1 Definition Neue Soziale Bewegungen

Um die Vielzahl an AkteurInnen zu beschreiben, die sich innerhalb des Spannungsfeldes des sozialen Protests artikulieren, gibt es viele Bezeichnungen, die Protestbewegungen, soziale Bewegungen und zivilgesellschaftlichen Aktionismus beschreiben. Ausgehend von sozialen Bewegungen, möchte ich meine Beobachtung auf die Neuen Sozialen Bewegungen richten, die den Schwerpunkt meiner Analyse darstellen sollen. Zunächst eine Abgrenzung des Begriffs der sozialen Bewegungen:

„Eine soziale Bewegung ist ein auf gewisse Dauer gestelltes und durch kollektive Identität abgestütztes Handlungssystem mobilisierter Netzwerke von Gruppen und Organisationen, welche sozialen Wandel mit Mitteln des Protests – notfalls bis hin zur Gewaltanwendung – herbeiführen, verhindern oder rückgängig machen wollen.“(Rucht, 1994: 761)

„Eine soziale Bewegung ist ein mobilisierender kollektiver Akteur, der mit einer gewissen Kontinuität auf der Grundlage hoher symbolischer Integration¹ und geringer Rollenspezifikation mittels variabler Organisations- und Aktionsformen das Ziel verfolgt, grundlegenden sozialen Wandel herbeizuführen, zu verhindern oder rückgängig zu machen.“ (Raschke, 1985: S.77)

Als soziale Bewegungen werden somit prinzipiell alle Gruppen, Organisationen und Vereine verstanden, die die neuere Geschichte maßgeblich beeinflusst haben (Ruland, 2011: S.3). Beispiele aus dem 19. und 20. Jahrhundert liefern hierfür die Arbeiterbewegung, die erste Frauenbewegung, der Abolitionismus, aber auch faschistische Strömungen des frühen 20. Jahrhunderts.

Als in den späten 1960er Jahren politökonomische und gesellschaftliche Wandlungen zu breiten Protest führten, war die geforderte Transformation ein Umbruch an sich.

¹ Berger und Luckmann (vgl. Heitmayer & Imbusch, 2005: S.394 ff.) unterscheiden in zwei Ebenen der gesellschaftlichen Integration. Integration in und innerhalb der Welt des Alltags und symbolische Integration. Im Laufe des Handelns integriert sich ein Individuum a.) personal, durch Entnehmen und Einfügen von gesellschaftlichem Wissensvorrat, b.) positional, durch das Einnehmen von gesellschaftlich zur Verfügung gestellten Rollen oder c.) sozial, indem es sein Handeln durch die Anwendung von geteiltem Wissen mit den anderen abstimmt. In Abgrenzung dazu, wird unter symbolischer Integration die Identifizierung jenseits von Handeln verstanden. Symbolisches Wissen, das basierend auf Erklärung und Rechtfertigung von gesellschaftlicher Ordnung eine der Lebenserfahrung übergeordnete Funktion besitzt, integriert auf einer teils abstrakten und symbolischen Sinnebene bspw. heterogene Erfahrungen innerhalb der eigenen Biografie, aber auch Erlebnisse von verschiedenen Mitgliedern einer Gruppe.

Während der Großteil der Proteste und Revolutionen bis dato primär Konflikte um Arbeitsbedingungen und Nationalfragen, im Verständnis des Klassenkampfes thematisierten, beschäftigten sich die Bewegungen der 68er mit beispielsweise globalen, parteiübergreifenden Themen wie z. B. der Frauenbewegung, Anti-Atomkraft-Bewegung und dem Queer-Movement. Sie waren vor allem international angesiedelt und solidarisch miteinander deklariert. Der Versuch einer Aufarbeitung dieser Phänomene, stellte wissenschaftliche Perspektiven vor ein theoretisches Vakuum. Beschäftigten sich Protestbewegungen und sogenannte soziale Bewegungen traditionell mit sozialen Konflikten aus einer grundlegenden und systemkritischen Perspektive, traten angewandte Erklärungsmethoden in Bezug auf Proteste der 1968er in ihrem Forschungsansatz auf der Stelle. Nicht mehr die Produktionsverhältnisse an sich waren Kritikpunkt der Proteste, sondern viele verschiedene Themen, die sich über mehrere Teilsysteme erstreckten, wie die Friedensbewegung, die GlobalisierungsgegnerInnen, Feministische Strömungen, usw.

Die zwei maßgeblichen Theorien zur Erklärung und weiterführenden Forschung von sozialen Konflikten, waren einerseits die marxistische Perspektive und weiters strukturfunktionalistische Ansätze.

Proteste der 1968er, definiert als Reaktion auf gesellschaftliche Umbrüche und sozialen Wandel, herbeigeführt durch den herrschenden Wohlstand der nach dem zweiten Weltkrieg die existenziellen Notstände ablöste, fanden strukturfunktionalistisch ihre Diskrepanz. In dem Verständnis, dass Protestbewegungen den kollektiven Ausdruck von individuellen Gefühlen der Unzufriedenheit, Aggression und enttäuschten Erwartungen Einzelner darstellen, konnten Widerstandsbewegungen, aufgrund des herrschenden ökonomischen und politischen Wohlstands nicht gänzlich erklärt werden.

Europäische Perspektiven versuchten die aufgekommenen Proteste der 1968er aus einem marxistischen Verständnis heraus zu begreifen, und gerieten aufgrund ihrer klassenreduktionistischen Ansätze bald in Erklärungsnot. Die Fokussierung auf die soziale Klasse als wesentliches Kriterium für individuelle wie kollektive

Handlungsimpulse, geriet in Diskrepanz mit klassenübergreifenden, ökologischen, oder genderspezifischen Themen der sozialen Bewegungen. Die neuen strukturellen Konfliktmöglichkeiten sowie soziale Schichtungen verlangten eine neue Form der theoretischen Rahmenbedingungen, die sich im Forschungsfeld der Neuen Sozialen Bewegungen etablierten.

Der Begriff der Neuen Sozialen Bewegungen (NSB) etablierte sich demnach in den 1970er Jahren in Europa. Der große Unterschied lag primär in der neuen Organisation der NSB. Während soziale Bewegungen und Protestgruppen vor 1968, eher hierarchische und parteiähnliche Strukturen aufwiesen, war das Charakteristikum der NSB eine lose, netzwerkartige Form, die Hierarchien und Führungspersonen ablehnte und die sich aus der gebildeten Mittelschicht heraus formierte. Gewaltlosigkeit und friedlicher Protest sowie die Präferenz von Reformen und die Ablehnung von Revolutionen, bildeten den gemeinsamen Nenner der Neuen Sozialen Bewegungen. Demnach kam es zu einer Differenzierung und Abgrenzung von Neuen Sozialen Bewegungen den sozialen Bewegungen gegenüber; die Mario Diani (Porta und Diani: 2006, S.20) mit Hilfe von drei Hauptkriterien klassifiziert.

Neue Soziale Bewegungen:

1. stehen in konfliktreichen Beziehungen zu klar definierten GegnerInnen,
2. sind in dichten, ungezwungenen Netzwerken organisiert,
3. und teilen eine gemeinsame, deutlich ausgeprägte Identität.

Demnach agieren NSB als verbindender Akteur, indem sie Einzelne unter einer losen, netzwerkartigen und ungezwungenen Organisation durch eine gemeinsam artikulierte Identität vereinen. Zeitliche und räumliche Kontinuität sowie kurzfristiges Mobilisierungspotenzial sind durch eine lose, hierarchiefreie aber gut vernetzte Struktur gegeben. Klar definierte GegnerInnen, sowie eine hohe symbolische Integration von Einzelnen, sorgen für eine ausgeprägte Identität. Ziel von NSB ist, sozialen sowie gesellschaftlichen Wandel herbeizuführen, wobei Gewaltanwendung grundsätzlich vermieden wird.

2.2 Unibrennt als Neue Soziale Bewegung?

Im Anschluss an die vorangegangenen Kapitel möchte ich nun die Bewegung Unibrennt unter den Gesichtspunkten von NSB analysieren und die in Kapitel 2.1. beschriebenen Dimensionen zu einer Untersuchung heranziehen. Grundsätzlich lässt sich die Frage, ob Unibrennt eine NSB ist, bejahen, obwohl einige Punkte unklar sind.

i. NSB stehen in konfliktreichen Beziehungen zu klar definierten GegnerInnen.

So lässt beispielsweise die bei Diani (Porta und Diani: 2006, S.20) beschriebene „klar definierte GegnerInnenschaft“ als Definitionskriterium, bei Unibrennt viele Fragen offen. Unter Heranziehung des Forderungskataloges (http://unibrennt.at/?page_id=11794&lang=de) finden sich viele konfliktreiche Beziehungen, AdressatInnen der Forderungen und somit teilweise auch GegnerInnen. Manche Forderungen richten sich klar ans Rektorat, und fordern dessen Rücktritt, andere wiederum wenden sich gegen das Wissenschaftsministerium oder die Regierungsbeauftragten, die Umsetzung der Bologna Reform oder die „Ökonomisierung der Bildung“ im Allgemeinen. Die Fokussierung auf eine/n GegnerIn, ist bei einer breit angelegten Problemformulierung wie bei Unibrennt durchaus schwer fassbar. Ein einzelner, konkreter Gegner oder eine konkrete Gegnerin sind von Unibrennt nicht formuliert worden.

Konfliktreiche Beziehungen waren primär im politischen Feld angesiedelt. Parteien, die sich für freien Hochschulzugang aussprachen, ihn aber nach den Wahlen nicht durchsetzen konnten oder vernachlässigten, regierende Parteien, die durch Budgetkürzungen oder Einsparungsmaßnahmen das Universitätsbudget angriffen. Universitätsintern wurde das regressive Mitspracherecht von Studierenden und deren Vertretungen lautstark kritisiert, oder verstärkt Antidiskriminierungsmaßnahmen für marginalisierte Gruppen gefordert.

Grundsätzlich lassen sich 5 Hauptforderungen von Unibrennt definieren, die in meinem Verständnis die wichtigsten konfliktreichen Beziehungen darstellen:

1. Antidiskriminierung
2. Demokratisierung der Universitäten
3. Keine Ökonomisierung von Bildung
4. Selbstbestimmtes Studieren
5. Geschichtliche Aufarbeitung

ii. NSB sind in dichten ungezwungenen Netzwerken organisiert.

Die Organisation in dichten, ungezwungenen Netzwerken ist bei Unibrennt definitiv vorhanden und in mehrfacher Hinsicht ein Hauptmerkmal. Intern war der Protest durch zahlreiche Arbeitsgruppen (AGs) organisiert, die sich jeweils mit Teilbereichen der Arbeit von Unibrennt auseinandersetzten. Diese formierten sich spontan, und ungezwungen - alle AktivistInnen konnten eine Arbeitsgruppe starten und leiten, nach vollendeter Arbeit oder Desinteresse wieder austreten. Innerhalb der Arbeitsgruppe gab es keine Hierarchien oder AnführerInnen. Ergebnisse der einzelnen Gruppen wurden von basisdemokratischen VertreterInnen im Plenum vorgetragen.

Grundsätzlich deklarierte sich Unibrennt intern als Protestbewegung der Studierenden, extern gab es Schulterschlüsse bzw. Bündnisse mit anderen protestierenden und besetzten Universitäten, mit Gewerkschaften und Betriebsräten, wie beispielsweise dem Betriebsrat der Universitätsangestellten. Solidarisierungen entstanden mit bereits bestehenden, politischen Organisationen wie der Österreichischen HochschülerInnenschaft, oder der Linkswende sowie anarchistischen Kreisen. Viele verschiedene Gruppierungen fanden hier im gemeinsamen Problemfeld der massiven Missstände in der österreichischen Bildungspolitik zueinander. Hierarchien wurden prinzipiell abgelehnt und für die Kommunikation mit etablierten Medien unter Berücksichtigung von Gendersensibilität jedes Mal neue VertreterInnen gewählt.

iii. NSB teilen eine gemeinsame, deutlich ausgeprägte Identität

Die Verortung einer kollektiven Identität lässt sich bei Unibrennt in vielen Bereichen ablesen, aber wiederum nicht klar definieren. Nach außen ließ sich in der breiten

medialen Präsenz mit *Unibrennt* ein Begriff formulieren und etablieren, der breite Zustimmung und Bekanntheit genoss. Etablierte Medien verwendeten die Bezeichnung als Beschreibung und Überbegriff von einer Reihe an Ereignissen, Protestaktionen, Besetzungen und Konferenzen. *Audimaxismus*, die Bezeichnung der politischen Praxis der Unibrennt Bewegung in Anlehnung an das besetzte Audimax in Wien, wurde zum Wort des Jahres 2009 gewählt (<http://derstandard.at/1259281560152/Audimaxismus-ist-das-oesterreichische-Wort-des-Jahres-2009>; Zugriff: 24.5.2011). Nicht nur die meisten AktivistInnen konnten sich mit diesen Begriffen identifizieren, auch breite Gruppen der Bevölkerung sowie KünstlerInnen, PolitikerInnen, etc.

Grundsätzlich ist zu sagen, dass Identität, im Besonderen die kollektive Identität einer NSB wie Unibrennt, kein abgeschlossenes und klar definierbares Feld darstellt, insofern fällt es schwer, nach einer klaren Abgrenzung zu suchen. Vielmehr ist Identität das Ergebnis von unzähligen Prozessen an Diskussionen, Abstimmungen und Konflikten innerhalb der Bewegung.

Alberto Melucci (vgl. Melucci 1996) definiert kollektive Identität als einen dreiteiligen Prozess, in dem Einzelne (1) ihr Handlungsfeld abstecken und die Grenzen ihrer Partizipation für sich begreifen, (2) untereinander und im Bezug zur Bewegung gut vernetzt sind und (3) emotional in die Protestbewegung investieren. Alle diese Punkte waren bei Unibrennt sehr gut abgearbeitet, in Form von online veröffentlichten Plenarberichten dokumentiert sowie durch mediale Präsentationen veranschaulicht.

Abschließend lässt sich feststellen, dass Unibrennt zu den Neuen Sozialen Bewegungen gezählt werden kann, obwohl bestimmte Definitionsparameter nicht zur Gänze an Unibrennt angewandt werden können.

2.3 Gesellschaftliche Bedeutung Neuer Sozialer Bewegungen

Spätestens bei der persönlichen Auseinandersetzung mit NSB und Protestbewegungen wird man mit Argumenten konfrontiert, die nach dem Sinn des Protests fragen, nach den Möglichkeiten der Implementierung in einen demokratischen Prozess und nach deren Durchsetzungskraft.

Welche Bedeutung hat insbesondere der zeitgemäße Protest der NSB für die Gesellschaft? Inwiefern kann man von Erfolg und Misserfolg sprechen? Welche Parameter stehen für eine hinsichtliche Untersuchung zur Verfügung und wie können sie anschließend für die Bewegungsanalyse von Unibrennt angewandt werden?

In meiner Untersuchung haben sich insbesondere Thomas Kerns Analyseinstrumente als hilfreich erwiesen, die stark auf der Theorie der funktionalen Differenzierung nach Niklas Luhmann aufbauen, die ich in weiterer Folge auch für meine medientheoretische Analyse verwenden werde. Sie bieten ein Gerüst und eine Ordnungsstruktur, und fungieren als Instrument zur Einordnung von Praktiken von NSB.

In der wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit den anfangs postulierten Fragen, kristallisieren sich Schwierigkeiten der Erfolgsmessbarkeit heraus, deren Hauptursache primär in der komplexen Beziehung zwischen der Ursache (Neue Soziale Bewegung) und Wirkung (Wandel) liegt. Wie ich bereits in Kapitel 2.1 aufgezeigt habe, werden NSB als eine Reaktion auf Konflikte innerhalb eines gesellschaftlichen Teilsystems wahrgenommen. Sie formieren sich trotz vermeintlich fehlender sozialer Kämpfe und haben die Aufgabe, gesellschaftliche Missstände aufzuzeigen.

Der ihnen gemeinsam zugrunde liegende soziale Kern erweist sich als Forderung und Aufforderung an die Regierung in ihren sozialen Teilsystemen, innerhalb derer sich Missstände artikulieren, Veränderungen herbeizuführen, nachdem sich das Aufzeigen dieser als Erfolg und gleichzeitige Legitimierung Neuer Sozialer Bewegungen etablieren konnte.

Thomas Kern unterscheidet für eine genauere Analyse der gesellschaftlichen Bedeutung von NSB nach Luhmann in gesellschaftliche Teilsysteme, in denen NSB agieren. Im Gegensatz zu einer ehemals religionsorientierten Welt, in der sich „alle kulturell legitimen Zwecksetzungen auf das religiöse Heilsstreben als letztes Ziel ausrichteten“ (Kern, 2008: S 176) kommt es innerhalb eines säkularisierten Weltbilds zu einer Ausdifferenzierung von gesellschaftlichen Teilbereichen, wie Politik, Wissenschaft, Gesundheit, Wirtschaft, etc. Diese Teilbereiche sind untereinander gleichwertig in ihrer Bedeutung für die Konstitution sozialer Reproduktionsprozesse, formieren jedoch nur in ihrer Gesamtheit ein realitätskonformes Bild, da sie einzeln

jeweils nur „inkommensurable Perspektiven“ (Kern, 2008: 177) darstellen, also nur einzeln und nie zusammen messbar sind.

Die einzelnen Teilsysteme betrachten und bewerten ihre Umwelt und ihre innewohnenden Ereignisse und Wandlungen, jeweils unter der Prämisse ihrer binären Codierung heraus, z. B.: wahr/unwahr im Teilsystem der Wissenschaft, recht/unrecht im Rechtssystem oder gesund/krank im Gesundheitssystem. Inkommensurable und funktional differenzierte Teilsysteme haben die positive Eigenschaft, sehr sensibel auf Veränderungsprozesse und Wandlungen zu reagieren, jedoch, ihrer funktionalen Differenzierung innewohnend, die Fähigkeit der komplexen Perspektivwahrnehmung verloren. Konflikte innerhalb der Teilsysteme werden daher hochgradig selektiv wahrgenommen, jeweils aus einer dem Teilsystem inhärenten Position heraus.

Protestbewegungen greifen an diesem Punkt, in dem sie Auswirkungen der Konflikte und Wandlungen innerhalb der Teilsysteme selektiv wahrnehmen, benennen und nach außen kommunizieren. Sie positionieren und artikulieren sich gleichzeitig als Repräsentanten einer Peripherie, und ihre Adressaten als Zentrum. Ziel ist es, ein Spannungsfeld zu erzeugen und Misstände zu artikulieren. Um den Protest an sich zu kommunizieren, müssen Protestbewegungen die Gesellschaft des Teilsystems in zwei Lager spalten. Eine Gruppe leitet den Protest, die andere Gruppe soll zuhören. Diese spezifische Trennung ist der Inkommensurabilität der jeweiligen Teilsysteme immanent, denn Protestbewegungen separieren die Lager immer nur „auf der Grundlage des Leitwerts, mit dem die Bewegung die Gesellschaft beobachtet“ (ebda. S 180).

So positionieren sich beispielsweise GegnerInnen der Globalisierung auf der Seite der sozialen Gerechtigkeit, während wiederum ihre GegnerInnen, also die BefürworterInnen der Globalisierung, klar auf der Seite der kapitalistischen Ausbeutung zu verorten sind. Im Fall von Unibrennt, verstanden sich die AktivistInnen auf der Seite der Befürworter der freien Bildung, während ihre AntagonistInnen auf der Seite der Ökonomisierung der Bildung zu finden waren.

Um die Dimensionen in den Interaktionen zwischen der Gesellschaft und NSB zu definieren, differenziert Kern nach Wilhelm Ahlemayer (vgl. Ahlemayer 1995) (zit.in. Kern, 2008: 182). Demnach unterscheidet Ahlemayer in drei Dimensionen der Problemdeutung und Wirkungsfelder, die NSB aufgrund ihrer Trennung in eine periphere und zentrale Perspektivenposition, besser gelingt; nämlich die (i) Sach,- (ii) Zeit- und (iii) Sozialdimension.

i. Sachdimension:

Die Aktion der NSB innerhalb der jeweiligen gesellschaftlichen Teilsysteme, führt nach Kern zu einer konzentrierten öffentlichen Auseinandersetzung mit den Beobachtungen der Protestbewegungen. Es kommt hier in der Artikulation der Missstände tendenziell zu einer thematisch „unverhältnismäßigen Pauschalisierung und Komplexitätsreduktion“ (Kern, 2008: 180). Ursachen für konfliktreiche Beziehungen innerhalb der Teilsysteme sowie deren Auswirkungen, direkt von NSB thematisierte Ereignisse und Missstände, werden tendenziell simplifiziert und aus ihren komplexen Zusammenhängen herausgenommen.

Kern sieht in dieser Praxis gleichzeitig eine der wichtigsten Eigenschaften von NSB und weist zugleich auf deren Legitimationsschwierigkeiten hin. Einerseits bedient eine niederschwellige und „alltagsnahe Deutung“ (ebda. S.181) spezifischer Themen das gesellschaftliche Bedürfnis nach Empathie umso mehr, je näher es den NSB gelingt, an die Alltagswahrnehmungen ihrer zu repräsentierenden Gruppe heranzutreten, andererseits kommt es zu Kompetenzabtretungen in der Öffentlichkeit und der aktiven politischen Praxis, wie es speziell an Unibrennt gut sichtbar war.

Nichtsdestotrotz kam und kommt es nach wie vor innerhalb der NSB zu einer zunehmenden Professionalisierung, die solchen Problemfeldern entgegenwirken soll.

ii. Zeitdimension:

Aspekte der Zeitdimension beschreiben zeitlich relevante Parameter der Beobachtung von Protestbewegungen. Organisation und Struktur innerhalb von Protestbewegungen dient nicht nur der erleichterten Handhabung. es kommt hierbei aufgrund von Organisation und einer im Lauf der Zeit zunehmenden Institutionalisierung von NSB, zu

Kontinuität und Sicherung eines dauerhaften Fortbestands in ihrer Handlungsfähigkeit, andererseits wird hier die massive Labilität und Zeitabhängigkeit von NSB in ihrer Auseinandersetzung mit politischen und wirtschaftlichen Krisenmomenten artikuliert. Organisation ist das Hauptkriterium von NSB, sei es innerhalb der Bewegung selbst, untereinander oder in ihrer Auseinandersetzung mit Akteuren der funktionalen Teilsysteme. Gleichzeitig ermöglicht die Organisation geschlossenes Auftreten, die Verortung in Peripherie und Zentrum und somit die Pointierung des Problemfeldes.

iii. Sozialdimension

Bei der sozialen Dimension wird der Begriff der „legitimen Indifferenz“ nach Luhmann beschrieben. *Legitime Indifferenz* beschreibt, dass aus der Perspektive des jeweiligen Teilsystems, Gesichtspunkte aus anderen Teilsystemen zwar nicht stören dürfen (um den, dem Teilsystem immanenten Kommunikationszusammenhang nicht zu destabilisieren), aber natürlich trotzdem wirken und demnach umcodiert werden müssen, damit sie vom Teilsystem erfasst werden können.

Am Beispiel der Protestbewegungen, reklamieren NSB im Netzwerk der Teilsysteme alleinige Zuständigkeit für ihr Themengebiet, stehen jedoch in komplexen Konstellationen und Beziehungen, eng mit anderen Teilsystemen in Verbindung und Abhängigkeit. Diese Tatsache verunmöglicht NSB eine privilegierte Position für die Deutung von gesamtgesellschaftlichen Problemen und es werden Missstände und Konflikte innerhalb der Gesellschaft, im speziellen Defizite funktionaler Differenzierung, immer nur aus der eigenen Betroffenheit heraus beobachtbar, messbar und somit für die breite Masse der Öffentlichkeit subjektiver und intensiver wahrgenommen.

Kern bezeichnet die drei Dimensionen als ausschlaggebend für die starke Durchsetzungskraft von NSB, da durch die konzentrierte und aus der Position der Betroffenheit heraus interpretierte Wahrnehmung und Darstellung von Defiziten, Anpassungsprozesse innerhalb der Teilsysteme angeregt werden. Als Beispiele nennt er hier einerseits die Intensivierung der Kommunikation mit den Teilsystemen und weiters Lerneffekte sowohl für Teilsysteme als auch für NSB, wie sie durch Praktiken

wie die Einbindung von Volksabstimmungen, Bürgerinitiativen oder Enqueten, dargestellt werden.

In meiner persönlichen Auffassung ist diese optimistische Deutung der Praxis von NSB eine sehr einseitige. Mein Engagement in Protestbewegungen hat mir gezeigt, dass die Probleme, auf die NSB aufmerksam machen, den Verantwortlichen selten unbekannt sind und innerhalb der Teilsysteme sehr wohl artikuliert werden. Im Fall von Unibrennt werden von den verschiedensten Stellen des Bildungs-Teilsystems Verbesserungen verlangt und Missstände aufgezeigt. Die Studierendenvertretungen bemühen sich seit Jahren um einen aktiven Diskurs mit Rektorat und Wissenschaftsministerium, die österreichische HochschülerInnenschaft hatte in den Jahren vor 2009 mehrmals zum Protest aufgerufen (vgl. <http://unibrennt.at/wiki/index.php/Geschichte>).

Als im Herbst 2009 die Stimmung an der Universität der bildenden Künste aufgrund der bevorstehenden Einführung von Bachelor und Masterstudiengängen kippte, fanden viele Studierenden in der Besetzung des Auditorium Maximum ein geeignetes Ventil für ihren Unmut. Der Rektor der Universität Wien setzte sich erstmals am 4. Dezember, sechs Wochen nach Beginn der Besetzung, mit den Protestierenden auseinander, drei Wochen später wurde das Audimax mit dem Fazit geräumt, dass keine einzige Forderung durchgesetzt werden konnte.

Der „Dialog für Hochschulpartnerschaft“, eine Initiative, die von Wissenschaftsminister Johannes Hahn als Reaktion auf die Proteste ins Leben gerufen wurde, wurde drei Monate vor ihrem offiziellen Ende, von der HochschülerInnenschaft, der uniko (Universitätenkonferenz) sowie den VertreterInnen der Unibrennt-Bewegung verlassen.

„Ein Scheindialog, der nur auf Empfehlungen hinausläuft, gleichzeitig die Aussage, dass die Unis noch weniger Geld bekommen und der Affront, am Verhandlungstisch zu sagen ‚Wir verhandeln‘ und hinten rum Zugangsbeschränkungen einzuführen – das geht sich nicht aus“, begründete Sigrid Maurer, Vorsitzende der Österreichischen HochschülerInnenschaft ihren Ausstieg aus dem Dialog. (Aigner, 2010: S.8)

Es fällt schwer, hier vom Erfolg einer Bewegung zu sprechen, die Forderungen von Unibrennt wurden nicht erfüllt, die Entwicklungen, die 2009 zu europaweiten

Protesten führten, haben sich bis zum heutigen Zeitpunkt (Reduzierung des Bezugsalters für Familienbeihilfe, Aufnahmetests beim Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft) verschärft. Die vermeintliche Dialogbereitschaft der Universitäten und regierenden Parteien, führte zu keinen Resultaten und wurde von den GesprächspartnerInnen als „Hinhaltetaktik und Scheindialog“ (Aigner, 2010: S.8) wahrgenommen

“Es ist mit allen ‚neuen sozialen Bewegungen‘ bis hin zu den Zapatisten in Chiapas das gleiche: die systemische Politik ist stets bereit, ‚ihren Forderungen Gehör zu schenken‘ und sie so ihres eigentlichen politischen Stachels zu berauben. Das System ist per definitionem ökumenisch, offen, tolerant, bereit, allen ‚zuzuhören‘, und selbst wenn man auf seinen Forderungen beharrt, sind diese eben durch diese Form der Verhandlung ihres universellen politischen Stachels beraubt.”(Zizek, 1996: S. 181)

Auch wenn man nicht von einem klaren Ergebnis oder Resultat von Unibrennt sprechen kann, so ist es doch deutlich gelungen, eine breite Diskussion um Bildungspolitik in Österreich anzufachen und die gesellschaftliche Bedeutung von Unibrennt ist somit nicht mehr bestreitbar. Ahlemayers Differenzierung in Sach-, Zeit- und Sozialdimension veranschaulicht die Reibungsflächen, die NSB in der Gesellschaft haben und aufzeigen können, und zeigt Möglichkeiten für Lerneffekte auf, sowohl für die Teilsysteme als auch für NSB. Bei Unibrennt kam es zu einer starken Auseinandersetzung mit den Themen Bildung, Protest, Strukturen von Medien, österreichischer Politik und der Universitäten. Sowohl AkteurInnen des Protests, als auch von der Problematik Betroffene, waren sehr jung, das Lernpotenzial aller Beteiligten dadurch nochmal angehoben. Unibrennt war medial nicht nur ein Dauerereignis sondern durch die Einbindung von sozialen Medien ein niederschwelliges, aktuelles und partizipatives Phänomen. Noch heute besetzt Unibrennt den 45. Platz des österreichischen Social Media Rankings <http://www.socialmediaranking.at/index.php?needle=unibrennt>.

Unibrennt hat sich an allen Parametern der Zeit-, Sach- und Sozialdimension massiv abgearbeitet. Die komplexitätsreduzierende Themenaufarbeitung wurde im Forderungskatalog durchexerziert und auch vielfach bemängelt, das schnelle und selbstorganisierende Prinzip der Formierung in Arbeitsgruppen sowie die Selbstbemächtigung durch das Verwenden von sozialen Medien, stellten für alle Beteiligten Lernprozesse und Möglichkeiten für theoretische Abarbeitung dar. Unibrennt liefert ein Fallbeispiel einer modernen Protestbewegung in einem

demokratischen Land, die zwar politisch gegen Mauern lief, aber für sich selbst ein ungeheures Potenzial an Lernmöglichkeiten lieferte. Die Ergänzung des Erlebten durch wissenschaftliche Aufarbeitung stellt für mich den entscheidenden Schritt für einen kollektiven Lernprozess dar und die Bedingung für jedwede Veränderung im Bereich der österreichischen Bildungspolitik.

3 Medientheorien Neuer sozialer Bewegungen

Eine Auseinandersetzung mit Medientheorien von neuen sozialen Bewegungen bewegt sich stark um den Diskurs von Öffentlichkeit und Gegenöffentlichkeit, an der Grenze medien-, demokratie- und machtheoretischer Konzepte und führt zum Ursprung der Neuen Sozialen Bewegungen und ihrer Kontextualisierung von Öffentlichkeit im Zuge der StudentInnenproteste von 1968. #unibrennt - oft verglichen und nostalgisch mit den Protesten der 1968er assoziiert - konstatiert sich in der Frage nach den Parallelen zwischen medientheoretischen Konzepten der 1968er, deren Erbe und insbesondere deren Praktiken der Neuzeit.

Im kommenden Kapitel möchte ich einen historischen, vielmehr aber einen begrifflichen Abriss der wichtigsten Theorien liefern und somit einen Bogen zu #unibrennt und ihrem Umgang und Verständnis von und mit Öffentlichkeit spannen. Hierbei erweist sich eine Genealogie und Differenzierung nach Gottfried Oy als sinnvoll und hilfreich. In seiner Publikation „Die Gemeinschaft der Lüge. MeFdien- und Öffentlichkeitskritik sozialer Bewegungen in der Bundesrepublik“ (vgl. Oy, 2001), unterscheidet er grundsätzlich drei Theorieachsen: Manipulationstheoreme, Konsenstheoreme und Netzwerktheorien und elektronische Demokratie.

3.1 Manipulationstheoreme

Im Zentrum der Manipulationstheorem, steht die sich am Anfang des 20. Jahrhunderts entwickelnde Medieneuphorie. KünstlerInnen, TheoretikerInnen und AutorInnen beschäftigen sich mit der rasanten technischen Entwicklung von Medien. Zeitgleich kommt es zu massiven politischen Umstrukturierungen in ganz Europa und zum Aufstreben von ArbeiterInnenbewegungen. Medienanalyse im Hinblick auf

emanzipative und aufklärerische Möglichkeiten von Medien gewinnt zunehmend an Bedeutung.

Der Zweite Weltkrieg stellt nicht nur gesellschaftlich einen massiven Bruch in der Geschichte dar. Die Nutzung aller verfügbaren medialen und technischen Möglichkeiten für Propaganda und Manipulation der Massen produziert noch nie dagewesene Dimensionen von kollektiver Erfahrung, deren Aufarbeitung sich MedientheoretikerInnen und PhilosophInnen der Nachkriegszeit annehmen. Als Beispiele dienen hier Vertreter der Frankfurter Schule und der kritischen Theorie, Max Horkheimer und Theodor Adorno, Jürgen Habermas, Herbert Marcuse oder Oskar Negt (vgl. folgendes Kapitel). Dieses theoretische Fundament fungiert als Basis der studentischen Protestbewegung der späten 60er und als Grundstein folgender Medientheorien.

3.1.1 Diskurs um Öffentlichkeit

Wie schon beschrieben, konstatiert sich eine Diskussion um Öffentlichkeit an der Verschränkung macht-, demokratie- und medientheoretischer Überlegungen, dem zugrunde liegt aber immer die Frage nach den Bedingungen für Kritik in und an der bestehenden Ordnung. Der Diskurs orientiert sich demnach an emanzipatorischen Ansprüchen in und an Medien, in weiterer Folge an einer kritischen Medientheorie.

In den 20er und 30er Jahren des 20. Jahrhunderts treffen der enorme technische Aufschwung und dessen Auswirkungen auf Medien, auf den zunehmenden Erfolg faschistischer, antiaufklärerischer Bewegungen. Wie bereits Walter Benjamin in seinem zeitlos erscheinenden Aufsatz über „Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit“ postulierte, beeinflussten sich die zunehmende Menge der ArbeiterInnenschaft, die Medialisierung sowie der Versuch der Organisierung der Massen in einer besorgniserregenden Konstellation. Benjamin versteht in seinem Essay die Medien als den ökonomischen Strukturen die sie umgeben, unterlegen. Benjamin beschreibt auf der einen Seite die Umbrüche durch das Aufkommen der damals neuen Medien (Film, Radio) und der Miteinbeziehung der Kunst in ebensolche, sowie auf der anderen Seite die Konsequenzen und Extrapolationen der technischen Reproduzierbarkeit von Kunst.

„Die Einzigartigkeit des Kunstwerks ist identisch mit seinem Eingebettetsein in den Zusammenhang der Tradition“ (Benjamin, 1936: S.36) Kunst würde demnach als eine Folge „einzigartiger und unverwechselbarer Werke, bei denen jedes einzelne eben auch über einen bestimmten Ort in der ästhetischen Tradition verfügt“ gelesen und interpretiert (Leschke, 2003: S. 170). Durch die technische Reproduzierbarkeit, verliere das Kunstwerk seine Einbettung in den örtlichen und historischen Zusammenhang und seine *Aura* käme abhanden. Als *Aura* begreift Benjamin eben jenen Komplex aus Herstellungsart, Herstellungsbedingungen und Rezeption. Der Künstler/die Künstlerin hat in dem Verständnis die Rolle des Genies, das aus einer schöpferischen Position heraus Einmaliges schaffe. Die Postulierung von Tauschwert und ökonomischer Reproduktion fungiert hierbei als Bedrohung von Genie und Einzigartigkeit.

Laut Benjamin würde sich die Kunst eigentlich nicht zur Einbettung in Massenmedien eignen, müsse aber durch deren Etablierung neu betrachtet werden. Die Miteinbeziehung von Kunst in Medien sei in Wirklichkeit der Versuch einer Angleichung von Medien in eine ökonomische Struktur – bei der die *Aura* in jedem Fall verloren ginge. Die Reproduzierbarkeit des Kunstwerks verändert die Bedeutung der Medien auch reziprok und das „Medium sorgt für nachhaltige und irreversible Strukturänderungen im Kunstsystem“ (Leschke, 2003: S. 169). Somit konstatiert Benjamin das massive strukturelle Veränderungspotenzial von Medien und ihren technischen Rahmenbedingungen und postuliert die diskursiven Parameter für Medien. Diese werden nicht mehr in einem ästhetischen Zusammenhang betrachtet (der durch ihr Reproduktionspotenzial größtenteils verloren geht) sondern im Kunstsystem. Mit seinen Überlegungen ebnet Benjamin modernen Medientheorien (bspw.: McLuhan, Luhmann, Horkheimer & Adorno) den Weg und positioniert sie in einem breiterem Zusammenhang.

3.1.1.1 Sergej Tretjakov

„Kunst in der Revolution und Revolution in der Kunst“ lautet der Aufsatz von Tretjakov, der als Grundstein einer Medientheorie gilt, die den repressiv-manipulativen Machtbegriff vertritt. 1923 veröffentlicht, skizziert Tretjakov zeitgemäße Überlegungen der russischen Avantgarde, verknüpft marxistisches Gedankengut mit

kunstpädagogischen und emanzipativen Ansprüchen der Literatur. Zentrum seiner Analyse sind seine Beobachtungen über Kunst und Kunstschaffende in der Zeit während und nach der russischen Revolution. Tretjakov macht auf die anti-sozialistische Stimmung in EmigrantInnenzeitschriften aufmerksam, die er auch vermehrt innerhalb Russlands verspürt. Zunehmend etabliert sich in Kunst und Literatur eine regressive Richtung, Tradition findet wieder Einzug in die öffentliche Meinung und Tretjakov verortet rückschrittliche, arbeiterInnenfeindliche und bürgerliche Tendenzen. Die Revolution hätte ein „System der Umbewertung“ (Tretjakov, 1972: S. 8) erfordert, das nun auf alle Bereiche des Lebens angewandt werden muss, einschließlich der Kunst.

Tretjakov fragt nach der Verschränkung von Kunst und politischem Kampf und deren Rolle im historischen Prozess der Ablösung von Klassenherrschaft unter dem Blickwinkel der marxistischen Revolution. Wenn Kunst nach Marx als ein Produktionsprozess wie jeder andere begriffen wird, in welcher Beziehung steht dann die Kunst zum Leben und welche Rolle spielt sie darin in Anbetracht einer revolutionären oder postrevolutionären Situation? Diese Fragen wären bei der Revolution nicht oder nur unzureichend gestellt worden, weshalb sich nun dieses Versäumnis in einer historischen Romantisierung von etabliert bürgerlicher Kunst manifestiere. Um reformstützend und emanzipativ zu wirken, müsse die Kunst Teil von Vergesellschaftung werden: „Es gibt die Losungen: *Kunst für alle! Die Kunst in die Massen! Die Kunst auf die Straße!*“ (ebda: S. 10). Tretjakov hebt in seinen Überlegungen die Dichotomie der Kunst hervor und betont in ihr eine ungünstige Trennung in eine Kunst rezipierende und eine Kunst schaffende Seite. Die passive, rezipierende Seite würde an eine Kunst gebunden, die „unter dem Warenzeichen der Belehrung und Vervollkommnung“ niederschwellige Ablenkung verschaffen vermöge, und gleich einem „Narkotikum“ (ebda: S. 10) von einem eher trostlosen aber widerstandlos hingenommenem Leben ablenke. Anstatt die Menschen auf ihre eigene schöpferische Kraft und Potenz hinzuweisen würde so eine Illusion erschaffen, die der Ablenkung und Beschwichtigung diene. Die schaffende, künstlerische Seite verfällt in diesem System einer Aura der Genialität in der der/die KünstlerIn zum Magier, Genie und Meister hochstilisiert - weit über den gesellschaftlichen Wert seiner eigentlichen Arbeit, der Bearbeitung und Verwertung von Material, hinaus.

Die Frage nach dem revolutionären Potenzial dieser Kunst mündet im Verweis auf das Sujet. Selbst im sozialistischen Umbruch verweile die Kunst in einer traditionellen Darstellung und Widerspiegelung von revolutionären Abbildungen und Thematiken, arbeite sich nicht an einer Revolutionierung ihrer Techniken und Orte ab, sondern verweile in der Abbildung und Beschreibung des Ereignisses, der Revolution. Zwar sei es wesentlicher wie das Individuum durch die Revolution in seiner Wahrnehmung und seinem Ausdruck geprägt wird, die Fähigkeit von Kunst und deren Instrumentalisierung für revolutionäre Zwecke sei unterschätzt und nicht ausgeschöpft worden.

Den Prozess der Kunstproduktion begreift Tretjakov als etwas dem Menschen von Grund auf innewohnendes, als etwas Kindliches, als ein Bedürfnis nach Ausdrucksstärke, Produktivität und Kreativität. Der kapitalistische Arbeitsprozess würde zum Verlust dieses Instinkts führen und die instinktive Aktivität in eine Passivität drängen. In einem „sozialistischen Arbeitsprozess“ könne die verlorene Kreativität noch am ehesten reaktiviert werden, sofern sozialistische Kunst ihre emanzipativen Möglichkeiten begreifen und nutzen könnte.

„Kunst für alle! Diese Losung sollte ein Höchstmaß an meisterlicher Gewandtheit des Menschen in all seinen praktischen Tätigkeiten bedeuten, ob er nun spricht, hobelt oder drechselt, ob er ein Auditorium überzeugt oder eine Armee kommandiert, ob er auf der Straße läuft oder ein Kleid näht. Die Freude der Verwandlung des Rohmaterials in eine bestimmte gesellschaftlich nützliche Form, verbunden mit dem Können und dem intensiven Suchen nach der zweckmäßigsten Form – das ist es, was die Losung ‚Kunst für alle‘ beinhalten sollte. Jeder sollte ein Künstler sein, ein vollendeter Meister in der Sache, die er im gegebenen Moment tut.“ (ebda: S. 13)

Tretjakov spricht zwar der russischen Kunst durchaus Bildungsziele und historischen Mehrwert zu, betont aber das Versäumnis der „Demokratisierung der Kunst“ die zwar die Zugänge lockert aber den Menschen nicht einschließt. Das eigentliche Ziel müsse in der Befähigung und Motivierung der Menschen liegen, dem Aufruf zur Emanzipation, die Aufforderung zur Partizipation. Die von der Vergesellschaftung der Produktionsprozesse betroffenen Individuen müssen aus ihrer „Verschmelzung zum Granitblock des Kollektivs“ (ebda: S. 14) durch künstlerische Betätigung befreit werden. Das alltägliche Leben, könne durch Kunst Ausdruck und Lebendigkeit zurückgewinnen und zurück in den Dienst der Bedürfnisse des Menschen gestellt sein.

Kunst und Leben unter dem Blickwinkel der sozialistischen Revolution, in eine neue Wechselwirkung gebracht, verlagern den Schwerpunkt wieder aufs Leben selbst, und ergänzen das universelle Ziel der sozialen Revolution.

Tretjakovs Forderungen lassen sich zusammengefasst auf die Aufhebung der Grenze zwischen ProduzentInnen und RezipientInnen/KonsumentInnen im Kunstschaffungsprozess reduzieren, bzw. auf die Forderung nach einem Rückkanal. Tretjakov wirft hier eine grundsätzliche Fragestellung auf und konstatiert gleichzeitig ein fundamentales medientheoretisches Konzept: „Kann durch die Etablierung eines Rückkanals, also durch das Aufbrechen bisheriger Kommunikationshierarchien, ein grundlegender gesellschaftlicher Wandel herbeigeführt werden?“ Ausgehend von dieser Fragestellung entwickeln sich folgende Theorien und Überlegungen der Medienanalyse.

3.1.1.2 Bertolt Brecht

Bertolt Brecht ist einer der ersten der sich mit dem Aufkommen des Radios als frühe und niederschwellige Form des Massenmediums und seiner Rolle der Etablierung von Gegenöffentlichkeit befasst. In seiner Rede über die Funktion des Rundfunks (Brecht: 1967, S.117-134), beschreibt er das Potenzial des Radios, weg von seiner ursprünglichen Funktion als Distributionsapparat hin zu einem Kommunikationswerkzeug, fordert Überwindung „jener Folgenlosigkeit [...] die beinahe alle unsere öffentlichen Institutionen so lächerlich macht.“ (ebda. 118). Brecht kritisiert den herrschenden dekorativen Charakter des Rundfunks, seine reduzierte Funktion der Unterhaltung und Auflockerung des ‘harten Arbeiterlebens’ und die Abkehr von den Forderungen vieler Intellektueller, den Rundfunk zu einem Volksbildungsapparat zu gestalten (vgl. Oy, 2001. S.23), wobei Unterhaltung immer als Akt der passiven Zustimmung verstanden und somit von vornherein abgewertet wird. Er sieht die Hauptaufgabe in der technischen Neuerung, einen Rückkanal zum Rundfunk zu formieren, die passiven Zuhörenden zu mündigen und so „den Mächten der Ausschaltung durch eine Organisation der Ausgeschalteten zu begegnen“ (ebda. 118). So kann, im Sinne einer gesellschaftlichen Umwälzung, die Fehlentwicklung der Passivität der Zuhörenden aufgehalten und der Rundfunk als Werkzeug einer

demokratischen Kommunikation eingesetzt werden. Brecht knüpft somit an die technik- und medieneuphorische Tradition der russischen Avantgardisten an. Seine Forderungen nehmen hinsichtlich des Aufkommens des Nationalsozialismus und dessen enormen Einsatzes des Rundfunks neue Dimensionen an. Das Radio wird vor und während des Krieges zum Instrument der Propaganda, der Unterdrückung und Zerschlagung der aufkeimenden Gegenöffentlichkeit der ArbeiterInnenbewegung der 20er und 30er Jahre und entwickelt in seiner Funktion als Massenmedium enorme Macht. Das Potenzial des Radios, so Brechts These, könnte durch die Implementierung der richtigen Inhalte und der Demokratisierung durch einen technischen Rückkanal zu einem wichtigen emanzipativen Werkzeug werden.

3.1.1.3 Max Horkheimer und Theodor Adorno

Unterbrochen durch den Zweiten Weltkrieg verfassen Adorno und Habermas die 1947 erscheinende „Dialektik der Aufklärung“ deren fünftes Kapitel die Kulturindustriethese darstellt, einen Fixpunkt der Kritischen Theorie der Frankfurter Schule und Zentrum des theoretischen Bezugsrahmens der studentischen Protestbewegung der 1968er. Adorno lehnt den Begriff der *Massenmedien* strikt ab, da dieses Wort für ihn eine begriffliche Verharmlosung darstellt, „den Anwälten der Sache genehm ist“ und vortäuscht, „dass es sich um etwas wie spontan aus den Massen selbst aufsteigende Kultur handele, um die gegenwärtige Gestalt von Volkskunst.“ (Adorno, 1967: S.60)

Für Adorno stellt die Kulturindustrie eine Weiterführung der Irrationalität der bürgerlichen Herrschaft dar, die sich durch die Errungenschaften der industriellen Revolution und die Emanzipierung des Proletariats in Form der ArbeiterInnenbewegung nur noch selbst legitimieren kann, und – anknüpfend an Marx, die Herrschaft über die Produktionsmittel einer Manipulationsmaschinerie verfügt: der Kulturindustrie.

Die technische Rationalität der Kulturindustrie und deren rationale Verwertungs- und Distributionslogik stellen hier den direkten Angriff auf die schönen Künste dar, die Aura des Kunstwerks, Walter Benjamins Kernkritik in „Das Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit“. Für Adorno und Horkheimer ist das Konstrukt der Kulturindustrie eine machtstabilisierende und verfestigende Struktur, die darauf

abzielt, bürgerliche Herrschaft stetig zu erneuern. Die zu emanzipierende Gesellschaft sei gezwungen, sich in das bestehende kapitalistische System zu integrieren, da sonst ihre unmittelbare Selbsterhaltung gefährdet wäre.

„Die Kulturindustrie ist demnach letztlich ein grandioses System des Entschlusses. Verändere sich zum einen die gesellschaftliche Struktur grundlegend, indem der Bereich der Kultur endgültig in warenförmigen Kriterien aufgehe und somit zu Werbung werde, so äußere sich der Wandel auf individueller Ebene so, dass es den Einzelnen unmöglich werde, den Anforderungen des kapitalistischen Systems zu entrinnen. Sowohl Arbeit als auch Freizeit seien in der Form organisiert, dass nur die vollständige Zustimmung den Einschluss, das heißt die ökonomisch abgesicherte Existenz, ermögliche.“ (Oy, 2001: S29)

An diesem Punkt werde die Kritik- und Widerstandsfähigkeit des Einzelnen angegriffen, und durch völlige Integrierung des Bürgers in die Kulturindustrie, so argumentiert Adorno, die Arbeitszeit um die Freizeit verlängert. Zudem seien die Massen und „Medien der Kulturindustrie nie losgelöst von ihrem ökonomischen und ideologischen Produktions- und Konsumationshintergrund“ betrachtbar. Medien agieren hier als eine Plattform, auf der sich Masse, Information, Werbung und Unterhaltung mischen, die Manipulation aufgrund der hohen, vermeintlichen Freiwilligkeit mit der man sich dieser Plattform aussetze und aussetzen müsse, unausweichlich. Medienkonsum sei in dem Selbstverständnis eine niederschwellige Form von Vergnügen: „Fun ist ein Stahlbad.“ So argumentiert Adorno die Alternative zu dieser entmündigten RezipientInnenschaft, wäre eine Gegenöffentlichkeit im Sinne einer liberalen Bürgerlichkeit, die Grundsubstanz einer „Demokratie von mündigen Menschen“ (Adorno, 1993: S.247 zit. in: (Oy, 2001: S.31))

Horkheimer und Adorno leiten mit ihrer Abhandlung die begriffliche und konzeptionelle Auseinandersetzung mit Gegenöffentlichkeit ein.

3.1.2 Konzept Gegenöffentlichkeit

Gegenöffentlichkeit als Begriff, bezeichnet primär die Etablierung einer alternativen Öffentlichkeit, Artikulierung von Meinungen und Standpunkten die in der Regel von der herrschenden Öffentlichkeit ausgeschlossen sind, oder in der herrschenden Öffentlichkeit durch bestehende Strukturen ihrer Verwendbarkeit beraubt werden. An sich bezeichnet Gegenöffentlichkeit jede Form der kritischen und alternativen Praxis, sei es Kunst, kulturelle Gegenströmungen wie Kleidung, Frisuren, Musik, etc. sowie Protestveranstaltungen, herrschafts- und gesellschaftskritische Kundgebungen oder eben die mediale Berichterstattung und die häufig daraus resultierende Etablierung von gegenöffentlichen Räumen, mit deren speziellen Ausformungen innerhalb der neuen Medien ich mich in der vorliegenden Arbeit beschäftigen werde. Die Einräumung von Gegenöffentlichkeit resultiert stets aus der Erfahrung, Meinung und Stellungnahme in der etablierten, herrschenden Öffentlichkeit nicht zufriedenstellend äußern zu können und geht häufig von einem Idealbild der bürgerlichen Öffentlichkeit aus, „dem Markt sowohl als Ort des ökonomischen Austauschs als auch der gemeinsamen politischen Entscheidungsfindung aller Bürger“. (Oy: 2001, S.192)

Historisch, stellt „das Konzept Gegenöffentlichkeit als praktische Forderung von ausgeschlossenen gesellschaftlichen Gruppierungen, an einer Konkurrenz der öffentlichen Meinungen teilnehmen zu dürfen, [...] eine Weiterentwicklung klassischer Aufklärungskonzepte dar.“ (ebda: S.192) Obwohl es Überlegungen zu Öffentlichkeit schon immer gegeben hat, liegt deren historische Verortung in den späten 1960er Jahren und ist mit dem Aufkommen der StudentInnenprotestbewegung stark diskutiert und bearbeitet worden.

3.1.2.1 Jürgen Habermas

Aus der gleichen marxistisch fundierten Theoremachse der Frankfurter Schule, aus der auch Adorno und Horkheimer stammen, sucht Habermas nach der Verortung von Öffentlichkeit innerhalb einer demokratischen Gesellschaft, stellt hier aber im Unterschied zu Adornos Vernunftkritik, Öffentlichkeit in eine Möglichkeitsdebatte.

In seiner Habilitationsschrift „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ skizziert er anhand von historischen Entwicklungen den Wandel von repräsentativer hin zu bürgerlicher Öffentlichkeit. Hier verortet er einen gewissen Idealtypus von Öffentlichkeit, der erst durch eine kapitalistische Durchdringung seine Funktion einbüßt und seinen emanzipativen Charakter verliert.

Die Wurzel der repräsentativen Öffentlichkeit, verortet Habermas im europäischen Mittelalter. Hier ist die Unterscheidung in öffentlich und privat im „römisch-rechtlichen Gegensatz von *publicus* und *privatus*, obschon gebräuchlich, ohne Verbindlichkeit.“ (Habermas, 1968: S.14) Das Haus ist zwar Mittelpunkt aller Herrschaftsverhältnisse indem Grundherrschaft die verbreitetste Form der wirtschaftlichen Lebensorganisation darstellt, dennoch ist diese Aufstellung noch weit vom allgemeinen, heutigen Verständnis von *privat*, entfernt. „Hausgewalt ist nicht private Herrschaft, sei es im Sinne des klassischen, sei es im Sinne des modernen Zivilrechts.“ (ebda: S.15) Habermas definiert die Sphäre der Öffentlichkeit in dieser frühen Phase der *repräsentativen Öffentlichkeit* an das Landleben, in dem es höhere und niedere Obrigkeiten gibt und in der die Hausgewalt des Hausherrn eine öffentliche Gewalt zweiter Ordnung darstellt, ein privatrechtlich fixierbarer Status jedoch nirgends verzeichnet ist.

Auch in der feudalen Gesellschaft des hohen Mittelalters lässt sich Öffentlichkeit als getrennter Bereich nicht finden. Das Verständnis von *öffentlich* fungiert hier im Sinne einer Repräsentation. Fürstliche Siegel die das Attribut „*publicus*“ tragen, verweisen auf die öffentliche Repräsentation und höhere Gewalt (auch höhere Obrigkeit) der Herrschaft des Königs, die tatsächliche Öffentlichkeit bleibt nach wie vor dem Landleben erhalten. Diese Form der Repräsentation ist bis in die jüngste Verfassungslehre aktuell: „es gibt keine Repräsentation, die ‚Privatsache‘ wäre.“ (ebda. s.17) Man findet sie beispielsweise in Form von staatlichen Abzeichen, Uniformen, Militärparaden, Bundeshymnen und Währungen. In ihrer gesonderten und konzentrierten Form, findet man sie aber in der Kirche und kirchlichen Ritualen, die Habermas stark kritisiert. Sie verkörpere ihre gesamte, lediglich auf die Repräsentation reduzierte Funktion, im eigenen Lokal: dem Gotteshaus. Die Rezitation der Bibel auf Latein, steht sinnbildlich für das bewusst distanzierte Verhältnis zum eigentlichen Leben der Landbevölkerung und unterstreicht die repräsentative Funktion der Kirche.

Im 15. Jahrhundert erreicht die Repräsentation der von höfisch-ritterlicher Öffentlichkeit mit dem Landleben als Zentrum ihre letzte Blütezeit, findet in der aufkommenden humanistischen Bürgerlichkeit ihre neue Form und am Hofe des Ludwid XIV ihren Höhepunkt. Das Tugendsystem als christianisierte Form der repräsentativen Herrschaft, wird nun im bildungsaffinen Hofleben durch den gelehrten Edelmann ersetzt. Die Repräsentation verlagert sich zunehmend auf den Hof, wo Bildung in Form von kulturellen Veranstaltungen gepflegt wird und zum höfisch-gesellschaftlichen Mittelpunkt wird. Allein durch die örtliche Verlagerung des Festes, weg vom öffentlichen Marktplatz des Dorfes in die prunkvollen Gemäuer des barocken Schlosses, wird Öffentlichkeit neu definiert: das Volk wird durch den ihm verwehrteten Zutritt zum Schloss, in die ausschließlich zusehende Position gedrängt. Die repräsentative Funktion der Öffentlichkeit wird also umso mehr unterstützt als Repräsentation immer auch einer zusehenden Position bedarf. Die aristokratische Gesellschaft separiert sich immer mehr vom Volk, und die Trennung in eine private und öffentliche Sphäre in unserem modernen Verständnis wird evident, indem der Typus der repräsentativen Öffentlichkeit immer stärker in den Hintergrund tritt. Die Positionen der repräsentativen Herrschaft zerfallen gegen Ende des 18. Jahrhunderts zusehends in private Elemente (Religionsfreiheit, privates Hausgut des Landsherren, private Sphäre des Hofes) und öffentlich-rechtliche (Kirche, öffentliches Budget des Landsherren, Bürokratie, Militär) und bilden so den Grundstein für Habermas' bürgerliche Öffentlichkeit.

Bürgerliche Öffentlichkeit entwickelt sich mit dem Aufkommen des frühen Finanz- und Handelskapitalismus. Lokale Märkte werden durch Expeditionen in neue Gebiete, dadurch entstehenden globaleren Handel, durch Schiffsverkehr und den Handel mit Rohstoffen zunehmend von Handelszentren und Handelsstädten abgelöst. Um den steigenden Kapitalbedarf und den dadurch wachsenden Risiken zu entgegenen werden Aktiengesellschaften und in weiterer Folge Börsen gebildet.

Durch die Verlagerung des Handels von kleinen Regionen in Zentren und durch das Entstehen von Börsen, kommt es zur Notwendigkeit eines permanenten Nachrichtenverkehrs und Informationssystems und zur Etablierung von Post und Presse. Anfangs werden die gewerbsmäßig vertriebenen Nachrichten noch nicht

publiziert, sie dienen der Privatkorrespondenz der Handelsleute, und verbleiben in Form von Informationen zwischen zwei kommunizierend PartnerInnen.

Aktiengesellschaften und die sich immer weiter verbreitenden nationalen und territorialen Wirtschaftsmächte bedürfen einer starken politischen Absicherung, was wiederum zur Entwicklung von Militär und Polizei führt, um staatliche Reglementierungen aufgrund des steigenden Bedarfs an Kapital und Absicherung zu gewährleisten. Durch die Einführung eines Steuersystems, entwickelt sich der moderne Staat immer mehr zu einem regulierenden, einem verwaltendem und kontrollierenden Organ – die Sphäre der öffentlichen Gewalt eröffnet sich. „Die öffentliche Gewalt konsolidiert sich zu einem greifbaren Gegenüber für diejenigen, die ihr bloß unterworfen sind und an ihr zunächst nur negative Bestimmung finden. Denn das sind die Privatleute, die, weil sie kein Amt innehaben, von der Teilnahme an der öffentlichen Gewalt ausgeschlossen sind.“(ebda: S. 28)

Öffentlich wird zu einem Synonym für staatlich, und drängt somit die Form der repräsentativen Öffentlichkeit ab. Indem sich die reglementierenden Funktionen des Staates und sein gesamter Verwaltungsapparat immer mehr an der Durchsetzung einer kapitalistischen Produktionsweise orientieren müssen, ist die Durchdringung und Unterwerfung aller Produktionsprozesse notwendig. Jedes Gewerbe muss sich den vorgeschriebenen Reglementierungen dieser Produktionsprozesse unterwerfen, und dadurch die gesamte bürgerliche Gesellschaft zu einem „Pendant der Obrigkeit“ (ebda: S.29) organisiert sein. Die Privatsphäre hat sich der Wirtschaftlichkeit der Öffentlichkeit unter zu ordnen: „die Hausherrenpflichten verengen und verschärfen sich sich im Haushälterischen zur Sparsamkeit.“(ebda: S.30, zit. nach O.Brunner: 1949, S.247 ff.)

Zeitgleich wird auch die Presse immer wichtiger. Durch die Integrierung der Privatkorrespondenzen der Handelsleute in die bestehende Produktionsstruktur, wird die Presse einer Permanenz unterworfen und systemrelevant. Bald erscheint sie in regelmäßigen Abständen und durch den Handelsverkehr gelangen auch internationale Nachrichten an ihre EmpfängerInnen. Anfangs sind diese Publikationen noch einer strengen Zensur unterworfen, und geteilt in interne, also nur den Kaufleuten selbst vorbehaltene und handgeschriebene – sowie externe -dem restlichen Bürgertum zugängliche, gedruckte Informationen. Die ProduzentInnen dieser Nachrichte sind in

beiden Fällen dieselben und gewerbliche Berichterstatter, somit erhalten sowohl private als auch öffentliche Nachrichten ihre Publizität.

Als bald versuchen sich staatliche Obrigkeiten die neue Presse zu ihren eigenen Zwecken der Verwaltung nützlich zu machen, und so werden „die Adressaten der öffentlichen Gewalt recht eigentlich erst zum ‚Publikum‘“ (ebda: S.32).

„Neben den Verordnungen und Ausschreibungen in Polizey, Comerciën und Manufaktur erscheinen die Notierungen der Fruchtmärkte, die Taxen auf Lebensmittel, überhaupt die wichtigsten Preise einheimischer wie eingeführter Produkte; ausserdem Börsenkurse und Verkehrsnachrichten, Wasserstandsberichte usw.“(vgl. ebda: S.33)

Zwar werden die Nachrichten an das Publikum grundsätzlich an alle adressiert, erreichen allerdings primär die Schicht der gebildeten, neuen Bürgerlichkeit, zuzüglich zur Gruppe der Händler, Bankiers und Fabrikbesitzer also auch Ärzte, Pfarrer, Professoren, usw. Durch den Handel hatte die Stadt an ihrer Bedeutung eingebüßt, und mit ihr auch der/die eigentliche BürgerIn. Durch die neue Publizität ergänzen nun die Obrigkeiten im Zuge ihres Verwaltungszwangs die neuen Zeitungen und Zeitschriften auch mit pädagogischen Inhalten und verlangen auch eine Unterordnung der intellektuellen Publizität unter das Diktat der Zensur. Kurz vor Beginn der französischen Revolution, liefern diese Strukturen das Modell der Öffentlichkeit. Nun aber lösen sich diese Etablierungen und die „zum Publikum versammelten Privatleute“ verlangen eine Legitimation der öffentlichen Gewalt vor der öffentlichen Meinung, und beanspruchen den Raum der Öffentlichkeit für sich.

Politik, Theater, Musik und Literatur, ehemals höfischen Traditionen, wurden nun öffentlich, indem sich das neue Publikum in einer kritischen Publizität, in Form von öffentlichen Diskursen in gedruckter Form mit den Sachverhalten auseinandersetzte. „Kunstkritik etablierte sich als eine Urform der Organisation des sich als mündig verstehenden Publikums.“(Oy, 2001: S.33)

Das herrschende System an sich, wird jedoch nicht Teil des Diskurses und so führt die Emanzipation der bürgerlichen Klasse lediglich zu einer Erweiterung ihrer Einzugsgebiete, zu neuen Konstellationen von herrschaftlicher Gewalt, nicht aber zu ihrer Hinterfragung. Habermas macht hierfür den traditionell stark ideologischen Charakter des Begriffs Öffentlichkeit verantwortlich, der lediglich behauptete die „opinion publique“ (Habermas, 1968: S.37) zu vertreten

Habermas unterstreicht die möglichen regulierenden Aspekte der bürgerlichen Öffentlichkeit, betont aber die zunehmende Auflösung der Grenzen zwischen privat und öffentlich in der liberalen Phase. Je weiter Öffentlichkeit sich ausbreite, desto mehr „wendet sich die vom Bürgertum geschmiedete Waffe der Publizität mit der Spitze gegen es selbst.“ (ebda: S.207) Öffentlichkeit und mit ihr das kritische Raisonement, dienen immer mehr dem gegenseitigem Informieren im Interesse der Privateigentümer, werden zusehends zu Plattformen für Werbung und frühen psychologischen Marketingstrategien.

In Anlehnung an Adorno und Horkheimer ist das kritische Publikum zu einem aufs Konsumieren und Rezipieren reduzierte verkommen. Öffentliche Meinung, durchdrungen von den Interessen der Privateigentümer, sei nun nichts weiter als eine „Manövriermasse von Parteien, Behörden und Unternehmen.“ (vgl. Oy, 2001: S.34)

Habermas' Publizierung von „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ im Jahre 1962, gilt als der Auftakt der medienkritischen Auseinandersetzung der SDS, und als theoretischer Bezugsrahmen der politischen Formation der 1968er Bewegung und des Konzepts Gegenöffentlichkeit. Medienkritik und die Aufklärung über Manipulationsmethoden der Medien, als praktischer Hebel und Werkzeug, prägten die Aktionen der 1968er. Konsens war: Meinung werde durch die kapitalistische Vergesellschaftung von Öffentlichkeit manipuliert, in die Bedürfnisetablierung von Individuen eingegriffen, und somit auch deren politische Einstellung beeinflusst. Habermas These folgend, wird Öffentlichkeit als Instrument und Verortung von bürgerlicher Meinungsbildung und Demokratieetablierung gesehen und die Enteignung von etablierten Verlagen und MedienbesitzerInnen gefordert, da diese mit der Einflechtung von Werbung, wirtschaftlichen und politischen Interessen, zu einer Verfärbung der postulierten *opinion publique* führen. Würde es gelingen die Agenturen von Manipulation und Missbrauch zu beseitigen, wäre es durchaus möglich eigentliche Demokratie durchzusetzen, Bürgerinnen und Bürgern ihre Plattform der Meinungsbildung und öffentlicher Auseinandersetzung wieder zu geben. Somit fungiert der Begriff der Gegenöffentlichkeit auch als aktiver Eingriff in die Medienlandschaft.

Als Reaktion auf die Erschießung Benno Ohnesorgs am 2. Juni 1967 während der StudentInnenproteste gegen den Staatsbesuchs des persischen Schahs, wird die Enteignet-Springer-Kampagne der SDS zur ersten großen Aktion gegen

Pressekonzerne, Meinungsmanipulation und Medienmonopole. Der SDS machte die BILD-Zeitung für den Tod Ohnesorgs verantwortlich, da diese mittels provokanter und manipulativer Berichterstattung gegen die Proteste der Studierenden gehetzt haben soll. Nachdem der Springer-Verlag seine Berichterstattung verschärft, ruft Dutschke zum Boykott und zur klaren Distanzierung dieser Art von Öffentlichkeit auf. Das Angebot von BILD, in einer Stellungnahme zur Berichterstattung rund um die Erschießung von Ohnesorg die Seite der Studierenden darzustellen, wird abgelehnt und die Enteignung der Springerpresse gefordert. Dutschke betont, „dass die etablierten Spielregeln dieser unvernünftige Demokratie nicht unsere Spielregeln sind“ (Oy, 2001: S.124) und fordert zur Bildung unabhängiger und autonomer Öffentlichkeitsarbeit auf. Die kritische Studierendenbewegung sei auf die Meinungsmache und -Manipulation seitens etablierter Öffentlichkeit nicht angewiesen, und solle in eigenen Projekten über sich selbst berichten.

3.1.2.2 Megaphonmodell

Das Megaphonmodell bezeichnet die Phase nach den direkten Aktionen der Studentenbewegung der 1968er, und ist ein Begriff der von Geert Lovink 1992 in seiner Analyse von Projekten neuer sozialer Bewegungen „Hör zu – oder stirb! Fragmente einer Theorie der souveränen Medien.“ verwendet wird.

Es beschreibt eine sich etablierende alternative Publizistik, die sich Anfang der 70er Jahre als weiterführende theoretische und praktische Auseinandersetzung des Konzepts Gegenöffentlichkeit der 60er Jahre entwickelte, und mit der Abkehr von einer unmittelbaren, direkten Aufklärung der Studierendenbewegung begann. Die eigene Ohnmacht gegenüber den etablierten Medien wird als Ausgangspunkt für zahlreiche alternative Medienprojekte zum Anlass genommen. Bereits 1977 gibt es rund 100 alternative Zeitschriften und Medienprojekte die in dieser Sparte fallen.

Aufklärung wird in diesem Konzept als ein langfristiges Modell verstanden. Anders als bei den 68ern ist hier der Austragungsort von Öffentlichkeit nicht mehr die Straße, der öffentliche Raum der Stadt, der Platz; das Instrument der Aufklärung nicht mehr die Versammlung, die Kundgebung und die direkte Aktion. Die Aneignung von Öffentlichkeit, die Inanspruchnahme von Raum, wird alternativ zu einer bestehenden Struktur gesucht, Gegenöffentlichkeit als Alternative zu bestehender Öffentlichkeit verstanden. Es gilt eigene Medien zu schaffen um durch die Aufklärung von unten Bewusstsein in der Gesellschaft zu erzeugen. Zwei Strömungen der alternativen Presse etablieren sich in diesem Zusammenhang: (a) eine politische Alternativpresse und eine (b) literarische Alternativpresse.

Die politische Alternativpresse befasst sich primär mit linken Fragestellungen und bemüht sich den Publizitätsanspruch von marginalisierten Thematiken gerecht zu werden. Als bekanntestes Beispiel einer gelungenen Umsetzung, und in der unmittelbaren Tradition der 68er, zählt hier unter anderem die Berliner *taz*. Sie fungiert als Ergänzung zum bestehenden Mediensystem. Bis auf Inhalt und Thematik ähneln auch Aufbau und Struktur der Erscheinung und Tradition etablierter BürgerInnenpresse. Ziel dieser Strömung ist es, mehr bürgerliche LeserInnen mit linken und alternativen Themen vertraut zu machen. Problematisch erscheint in diesem Zusammenhang die theoretische Auseinandersetzung des Konzepts

Gegenöffentlichkeit mit dem Phänomen der Massenmedien. Aus dem Verständnis, dass die Massenmedien rezipierende Masse der Bevölkerung mit der Versorgung durch die richtigen Informationen zu mehr Einsicht gelangen würde, bleibt die Funktion und Struktur von Massenmedien unhinterfragt.

Im Zentrum der literarischen Alternativpresse steht eine grundlegende Kritik und Hinterfragung sämtlicher publizistischer Etablierungen. Frequenz der Erscheinung, Unterteilung in Kommentar und Haupttext, publizistische Rhetorik, Erscheinungsform, usw. werden in eigenen Medienprojekten *alternativ* umgesetzt (Büteführ, 1995: S.84 ff.). Ziel ist hier weniger die Schaffung einer gezielt breiten Öffentlichkeit, als Raum für Betroffenenberichterstattung zu gewährleisten. Authentizität und unmittelbare Erfahrung, implizit politische Selbsterfahrung innerhalb eines emanzipativen Kontexts, kann nur mit den Worten und aus der Perspektive der unmittelbar Betroffenen kommuniziert werden. Zudem kommen ökonomische Überlegungen dazu, wie die unabhängige soziale Absicherung aller Mitwirkenden und die damit verbundene Distanzierung von einer Finanzierung mittels Anzeigen und Werbeeinschaltungen.

3.1.2.3 Oskar Negt und Alexander Kluge

Im Kontext und der historischen Verortung des Megaphonmodells, verfassen Negt und Kluge ihr Konzept der Gegenöffentlichkeit. Das Verständnis eines Manipulationstheorems nach Horkheimer, Adorno und Habermas wird von ihnen abgelehnt, da es den RezipientInnen keine Handlungsoptionen ermögliche, abgesehen von Verweigerung durch Konsumverzicht und demnach ein unrealistisches Bild vermittelt.

Oskar Negt und Alexander Kluge konzipieren in „Öffentlichkeit und Erfahrung – Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit“ erstmals ein ganzes Konzept von Gegenöffentlichkeit, in Abgrenzung zu Habermas. Zentrale Definitionsinstrumente sind hier die Begriffe *Erfahrung* und *Öffentlichkeit*, mit ihren verschiedenen Ausprägungen in Teilöffentlichkeiten.

Öffentlichkeit fungiert für Negt und Kluge als Organisation von kollektiver Erfahrung, insbesondere als Artikulation und Diskurs von gesellschaftlichen Lebenszusammenhängen. In Kritik an vorherrschenden Interpretationen des Begriffs Öffentlichkeit, zeigen sie auf, dass Öffentlichkeit eigentlich den Anspruch stellen sollte „das Ganze der gesellschaftlichen Lebenszusammenhänge zu repräsentieren“ aber tatsächlich die beiden wichtigsten Lebensbereiche ausgrenze, nämlich „den gesamten industriellen Apparat des Betriebes und die Sozialisation in der Familie“. (ebda. S.10) Funktion von Öffentlichkeit, ist nach Negt und Kluge die Herstellung eines Prozesses, der notwendig ist um Ordnungs- und Legitimationszustände herzustellen, die Befriedigung von menschlichen Bedürfnissen nach „sinnlich fassbarer Solidarität“ und physisch direkter Massenkommunikation“ (ebda. S. 76 f., zit. nach Oy: 2001. S.51), und letztlich die Organisationsform von kollektiver gesellschaftlicher Erfahrung. In ihrer praktizierten Form, sei sie jedoch dem Primat der Machtverhältnisse unterworfen, die die Produktionssphäre bestimmen würden. Die notwendige Legitimationsarbeit könne dadurch nur distributiv abgewickelt und nur unwesentlich verändert werden.

Für Negt und Kluge existieren mehrere, sich überlagernde Öffentlichkeiten, von denen Habermas' *bürgerliche Öffentlichkeit*, nur eine Variante darstellt. Im Zweifel „ob es überhaupt zur bürgerlichen Öffentlichkeit wirksame Formen von Gegenöffentlichkeit geben kann“, gelangen sie zur Kategorie der *proletarischen Öffentlichkeit*, „die ein von der bürgerlichen Öffentlichkeit völlig verschiedenes Erfahrungsinteresse besitzt.“ (Negt und Kluge: 1972. S.7) In der Tradition der marxistischen Medientheorie verhaftet, interessiert Negt und Kluge insbesondere die Form der proletarischen Öffentlichkeit. Diese kann als Ausdruck proletarischer Lebenserfahrung dienen und als Möglichkeit der Emanzipation der Arbeiterklasse.

Proletarische Öffentlichkeit, bilde sich in Zeiten von geschichtlichen Bruchstellen; Krisen, Krieg, Kapitulation, Revolution, Konterrevolution, etc. und existiere nie als herrschende Öffentlichkeit sondern stets als eine sich in den genannten Bruchstellen etablierende. Öffentlichkeit als „Kristallisationsform der eigenen Erfahrung der Arbeiter“ (ebda. S.12) sei in Form von bürgerlicher Öffentlichkeit unbrauchbar und

stets nur in Abgrenzung zur selbigen für die Arbeiterklasse relevant. Indem proletarische Interessen in Krisen als solche wahrgenommen werden und durch die Organisation in ihre Mündigung und an die Öffentlichkeit gelangen, werden sie erst Teil der proletarischen Öffentlichkeit. Bis dahin, entfalten sie sich nicht und verweilen als Möglichkeiten ohne Lebenszusammenhang.

Werbung, Öffentlichkeitsarbeit von Konzernen, regierungs- und systemstabilisierende Strukturen stellen eigene kommunizierende Öffentlichkeiten dar, sind aber tatsächlich im nicht-öffentlichen Bereich angesiedelt. Sie fungieren als *neue Produktionsöffentlichkeiten*, die den Bereich der *bürgerlichen Öffentlichkeit* überlagern, und somit die Möglichkeit von gesellschaftlicher Erfahrung erschweren, bzw. unterbinden.

Wären diese Öffentlichkeiten tatsächlich „voll durchsichtig“, so entsprächen sie dem frühbürgerlichen Ideal der Publizität, und könnten in ihrer etablierten Form aktuell gar nicht existieren. Unter dem Stichwort der Vertraulichkeit, werde gesellschaftliche Erfahrung im herrschenden System an ihrer Schaltstelle abgefangen und verhindert – sogenannte *Arkanbereiche* würden entstehen. (vgl. ebda. S.40)

Eine übergreifende, allgemeine und gemeinsame Öffentlichkeit, wie sie von den meisten in Form von Fernsehen, Presse, Parteientätigkeiten, Schulen, Universitäten, etc. wahrgenommen wird, ist für Luhmann ein Trugschluss. In Wirklichkeit ist sie eine parallel zu den jeweiligen Teilöffentlichkeiten laufende Idee und nicht tatsächlich übergreifend und öffentlich. Im Gegensatz dazu seien jedoch „die von der nicht-öffentlich konstituierten Produktionssphäre ausgehenden Öffentlichkeiten und der von der kapitalistischen Produktion mitproduzierte kollektive und massenhafte Zweifel an der Legitimationsfähigkeit dieses Produktionszusammenhangs“ (ebda. S.15), übergreifend und manipulierend und würden stets in ihren Ansprüchen Vorrang gegenüber anderen Öffentlichkeiten einfordern und durchsetzen. Das manifestiere sich auch in der Tatsache, dass Produktionsöffentlichkeit ein materielles Konzept bilde, während bürgerliche Öffentlichkeit ein ideelles Konzept darstelle, dass sich in seinem Legitimationszusammenhang nie gegenüber der bürgerlichen Öffentlichkeit durchsetzen werde.

Der Begriff der Erfahrung ist bei Negt und Kluge von zentraler Bedeutung. Erst wenn sich Erfahrung in Öffentlichkeit organisiert, erhält sie Gebrauchswerteigenschaft. In Bezug auf den Begriff der proletarischen Öffentlichkeit, manifestiert sich die proletarische Erfahrung in Form von ArbeiterInnenbewegung, Gewerkschaften, Zeitschriften, Theater, etc.

Bürgerliche Öffentlichkeit erfährt ihre „konkrete Technik“ (ebda: 169) im Fernsehen. Die Unmöglichkeit der RezipientInnen auf die gesendeten Inhalte zu reagieren, lässt die Frage nach der Beliebtheit dieses Mediums offen. „So beschränkt sich Rezeption in dieser zeithistorischen Phase der Analyse auf zu- und abschalten, auf blinde, womöglich unbewusste Zustimmung oder auf kritische Analyse.“ (vgl.Oy, 2001: S.54)

Gleichzeitig kann davon ausgegangen werden, dass sich Rezipierende nur dann die rezipierten Inhalte aneignen und in Erfahrung bringen, wenn der dargestellte Inhalt sich mit ihrem Interesse deckt, bzw. in ihren unmittelbaren Lebenszusammenhang eingeschrieben ist. Insofern bleibt die rein mediale Berichterstattung folgenlos und muss vor einem „umfassenden Kontext von sozialem, politischen und kulturellem Handeln gedacht werden.“(auntonome a.f.r.i.k.a-gruppe, 1998: S.189)

Die Lösung verorten Negt und Kluge in einer emanzipativen Fernseh-, Rundfunk- und Zeitungsproduktion. Durch das Beschlagnahmen der Massenmedien und durch den Austausch von manipulativen Inhalten durch kritische, könne demokratische Willens- und Meinungsbildung langfristig etabliert werden: „Produkte lassen sich nur durch Gegenprodukte etablieren.“(Negt & Kluge, 1972: 184). Die tatsächliche Folgenlosigkeit dieses Konzepts wird auf die mangelnde Reziprozität und die Unmöglichkeit einer Reversibilität in Massenmedien zurückgeführt.

Reziprozität, in Form von Gegenseitigkeit wäre im massenmedialen Konzepten nicht möglich. Die Bandbreite an verschiedenen erreichbaren AdressatInnen von Nachrichten, wäre bei einer auch bei gleichen, gegenseitigen Regeln der Sender-Empfänger-Kette nicht gewährleistet, da Massenmedien an sich keine demokratische Struktur aufweisen. Die Möglichkeiten der Kommunikationsform sind klar begrenzt, die Regeln der öffentlichen Publizität deutlich formuliert und verweilen in „einem eng

gesteckten Rahmen [...] was von wem in welcher Weise mitgeteilt werden kann und wer zum Schweigen verurteilt ist.“(Oy, www.trendinfo.partisan.net; Zugriff: 18.07.2011)

Reversibilität, die Umkehrung dieser Richtung, mittels Kommentaren in Form von bspw.: HörerInnenanrufen, LeserInnenbriefen sei nicht mit Reziprozität gleichzusetzen, und die Etablierung eines geeigneten Rückkanals in dieser Form der Massenmedien von vornherein verunmöglicht.

Im Sinne von Negt und Kluge, müsse ein Medium geschaffen werden, in dem Nachrichten für die Bedürfnisse aller Menschen publiziert werden und im Idealfall auch eine selbstständige Themenwahl durch die Bürger vorgenommen werden kann. Diese Form der Kommunikation könne als Sinneserweiterung verstanden, da nur durch selbstständige, aktive Verfolgung der eigenen Interessen auch unmittelbare Erfahrungen gemacht werden können. Ein Ansatz, den Negt in weiterer Folge auch als Instrument in der Arbeiterpädagogik schätzte (Menges, 2004).

3.2 Konsenstheoreme

Vor dem Hintergrund der Folgenlosigkeit der Manipulationstheoreme, verlagern KritikerInnen dieser Theorien ihre Untersuchungen auf den Kommunikationsprozess. Nicht mehr die Herrschaftssysteme und damit einhergehend die demokratiethoretischen Überlegungen stehen im Vordergrund, sondern der Prozess der Kommunikation, die Interaktion zwischen Sender, Nachricht und Empfänger zeichnen den Fokus der Überlegungen. Der Kommunikationsprozess ist nun verantwortlich für den Inhalt, die Nachricht als solche verliert zunehmend ihre Bedeutung. Medien agieren in diesem Modell als Produzenten von Konsens, nicht mehr als aktiv repressive und manipulierende Akteure. Der Rezeptionsprozess tritt in den Vordergrund, und Kommunikation kristallisiert sich als Verflechtung von sozialen Verhältnissen zwischen Sender und Empfänger in ihrer Vielschichtigkeit und Heterotopie.

3.2.1 Semiotik

Im Kern einer Analyse von Massenkommunikation steht seit der Kritik der Manipulationstheoreme die Semiotik. Speziell Umberto Ecos semiotische Forschung erregt hier Aufmerksamkeit. Rezeption von Massenmedien, Analyse von Kommunikationsprozessen, markieren den Kern seiner Forschung, die weit über sprachwissenschaftliche Grenzen hinaus, Interaktion in den Mittelpunkt stellt, und Kultur als einen Kommunikationsprozess begreift. Basierend auf linguistischen Theorien von Charles Sanders Peirce, Ferdinand de Saussure und Charles W. Morris, baut Eco eine Semiotik auf, in der er sich auf die Sinnherstellung zwischen Sender und Empfänger konzentriert.

Wie schon beschrieben, interpretiert Eco jede Form von intersubjektiver Kommunikation als kulturstiftend, ohne Kultur mit Kommunikation gleichzusetzen. Kommunikation ist in ihrer elementaren Struktur bei der Übertragung von Informationen zwischen zwei EmpfängerInnen zu finden. Sinnstiftende Elemente fungieren hier als Produktion und Konstitution von Kultur. Eco bemüht sich ein universelles Kommunikationsmodell zu konstruieren, das „fähig sein sollte, auch auf den Ebenen größerer Komplexität zu funktionieren“ (Eco, 2002: S.47) um die allgemeine Wirksamkeit dieses Modells zu gewährleisten. Ausschlaggebend ist hierbei, dass es sich um ein abgeschlossenes System handelt. Die Ausgangssituation, die Umstände an der Quelle sind mitteilbar und die einzelnen Komponenten aufeinander abgestimmt und voneinander abhängig. (vgl. ebda: S.62) Hier verweist Eco auf die systemische Struktur der Linguistik nach Ferdinand de Saussure und Claude Levi-Strauss. Saussure gibt es zwei grundlegende Bedingungen für linguistische Systeme: jeder Wert des Systems muss durch Positionen und Differenzen bestimmt sein; das System tritt in Erscheinung wenn man verschiedene Beispiele durch Rückführung auf dasselbe System miteinander vergleicht.

Ecos Kommunikationsmodell besteht aus folgenden gleichwertigen Komponenten:

Entscheidend für die Übertragung ist hier, dass Sendergerät und Empfänger über den gleichen Code verfügen. Das *Geräusch*, wird als eine Störung im Kanal verstanden, die die Komplizierung des Codes erfordert. Der Code wird dadurch multipliziert und

komplex. Durch die Verdopplung des Codes, wird die Wahrscheinlichkeit der Störung - des Geräusches, reduziert. Somit ist die *Redundanz* des Codes gesichert, der bei jedem Zeichen auf eine Bedeutung verweist und durch seine Steigerung die Variationen des Ausdrucks gewährleistet. Eco weist darauf hin, dass trotz der Relevanz der Information, diese nicht mit dem mitgeteilten Inhalt vertauscht werden soll. Die Information sei nicht ausschlaggebend für deren Bedeutung, sondern vielmehr für die Möglichkeit an variablen Bedeutungen denn „die Information ist das Maß einer Wahlmöglichkeit bei der Selektion einer Botschaft“ (ebda: S.54). So gelangt Eco zum Begriff der *Entropie*, die einen Zustand der Gleichwertigkeit und Gleichwahrscheinlichkeit der möglichen Elemente beschreibt, wenn die Quelle, die von der Information erfasst wird ihre Botschaft signalisiert. Hier kommt nun der Code hinzu, der die Gleichwertigkeit der Elemente und Bedeutungen der Information, mit einer Wahrscheinlichkeit füllt, über die Sendergerät und EmpfängerIn einig sind. Bestimmte Möglichkeiten und Kombinationen von Informationsbedeutungen sind nun wahrscheinlicher als andere.

Während es bei der Kommunikation zwischen Maschinen, die Eco als Beispiel für seine Ausführungen verwendet, um einen entropischen Zustand geht, verlangt die intersubjektive Kommunikation nach Sinnbildung und rückt den Code ins Zentrum der Aufmerksamkeit. Ein *Signifikationsprozess* wird eröffnet, der dem Vorgang der Sinnbildung zwischen zwei Individuen während eines Informationsaustauschs entspricht. Hierbei besitzt der Empfänger einen *denotativen* Code, der den *konotativen* Code des Senders lesen kann. Beide Codes liefern die Basis für zahlreiche Missverständnisse und sind abhängig von zeitlichen und gesellschaftlichen Wandlungsprozessen. Die Interpretation des Codes, stellt die eigentliche kommunikative Herausforderung dar, und steht in Zusammenhang mit jeweiligen Codes und Subcodes.

Stuart Hall erweitert das Modell Ecos um kulturelle und gesellschaftliche Konnotationen, die erst durch ihre Akzeptanz in der jeweiligen Gesellschaft und deren Bedeutungszusammenhängen gelesen werden (Jele, 1999). Als Mitbegründer der Cultural Studies, folgt er einer Tradition, die Massenmedien als wesentlichen Motor bei der Produktion und Wissensordnung der Moderne sieht. (Karis, 2010: S.54) Halls Modell des Encoding/Decoding, lässt sich als stark eingebettetes Konzept der

Informationsvermittlung und -rezeption lesen. Bei Hall ist der Interpretationsspielraum insbesondere an die eigene soziale Position gebunden, in der bestimmte Lesarten von Codes bevorzugt oder abgelehnt werden. Die Praxis des Encodens ist, Foucault folgend, an bestimmte diskursive Konventionen gebunden und wird an adaptierte Formatvorgaben, journalistische Notwendigkeiten und thematische Selektionen gebunden. Diese unterliegen in der Regel keiner individuellen, subjektiven Praxis sondern produzieren und reproduzieren zugleich Wirklichkeit und Kultur aus der sie emergieren. In dieser Einbettung wird die zu übermittelnde Nachricht nicht unbedingt in ihrem intentionalen Kontext gelesen, sondern durch eigene Wertvorstellungen adaptiert. Diesen Prozess bezeichnet Hall als Decoding und lehnt sich hierbei stark an die Bourdieu'sche Habitusstheorie an, die in Kapitel 5.2.2 noch genauer erläutert werden soll.

3.2.2 Noam Chomsky

Noam Chomsky skizziert in seinen zahlreichen Schriften über die aktuelle Medienlandschaft, eben jenen beschriebenen Konsens produzierenden Charakter der Medien aus. Anhand der Informations- und Medienpolitik der USA, einer Genealogie der amerikanischen Medienintervention und -propaganda, zeichnet er eine systematische Tradition der Realitäts- und Tatsachenverfälschung nach, die sich in der heutigen Ratlosigkeit von Medienproduktion und -rezeption widerspiegeln.

Er nennt drei Formen der Organisation von Medien: (1) Konzernoligopole, (2) staatliche Kontrolle und (3) demokratische Kommunikationspolitik. Das erste Modell ergäbe sich aus der kapitalistischen Struktur der aktuell am meisten entwickelten Gesellschaften, wie der USA und „sieht eine demokratische Beteiligung an den Medien ebenso wenig vor wie privatwirtschaftliche Konzerne überhaupt“ (Chomsky, 2006: S.76). Staatlicher Kontrolle, wäre prinzipiell nichts entgegenzusetzen, wäre das politische System nicht an einer Verflechtung von staatlichen Medienmanagern und Medien interessiert. Das dritte Modell der demokratischen Kommunikationspolitik stelle ein bis dato weitgehend unerprobtes dar, und verbleibe lediglich als eine Option für die Zukunft. Chomskys Untersuchungen und Fallbeispiele verorten sich demnach in der Organisationsform der Konzernoligopole und skizzieren anhand deren Struktur eine Konsens generierende Funktion von Massenmedien.

Chomsky konstruiert in seiner Medienkritik weniger eine fundierte Medientheorie, als eine Reihe an Fallbeispielen der US-amerikanischen Außenpolitik und somit Geschichte der Demokratie. „Eine akzeptable demokratische Gesellschaft sollte auf dem Grundsatz der ‚Zustimmung der Regierten‘ aufgebaut sein.“ (Chomsky, Chomsky-Archiv, 1998), setzt er vorweg und demonstriert, wie durch gezielte Medienarbeit ein „consent without consent“ (ebda), also unterstellte Zustimmung, garantiert wird. Je freier und demokratischer eine Regierung sei, desto stärker wäre sie auf Meinungskontrolle angewiesen. Gehorsam und Zustimmung der Regierten, seien nicht mehr durch Gewalt durchsetzbar, sondern müssen in Form von langwierigen, subversiv manipulierenden Elementen eingeführt werden. Konsens freiheitlicher Demokratien, sei, dass zwar die grundsätzliche Zustimmung der Regierten gewährleistet sein müsse, es aber in dem Fall, in dem die Regierung etwas durchsetze was auf Widerstand bei den Regierten treffe, ausreichen würde, wenn diese zu einem späteren Zeitpunkt die Maßnahme akzeptieren würden.

Hier verortet Chomsky den Kern der widersprüchlich-demokratischen Regierung. Weder Gewalt, noch Unterdrückung seien in modernen Gesellschaften legitim. Um die Regierbarkeit der Massen zu gewährleisten und gleichzeitig die Interessen der Elite zu gewährleisten, müsste die Zustimmung der Regierten zwar eingeholt werden, könne aber auch in einem vermeintlichen Wohlwollen, zu einem späteren Zeitpunkt oder einer anderen Örtlichkeit geschehen. Je konzentrierter der Reichtum einer Gesellschaft ist, und je heftiger die Klassenkämpfe, desto mehr bedürfe es einer manipulativen, medialen Steuerung.

„Die Massenmedien dienen als System zur Übermittlung von Symbolen und Botschaften an die breite Masse. Sie sollen amüsieren, unterhalten und informieren, und sie sollen jedem diejenigen Werte, Glaubenssätze und Verhaltensregeln einflößen, die ihn in die institutionellen Strukturen der Gesellschaft integrieren. In einer Welt konzentrierten Reichtums und heftiger Klassenkämpfe bedarf es zu dieser Rolle einer systematischen Propaganda.“ (Chomsky, 1996: S.51)

Chomsky entwickelt in seiner Publikation „Manufacturing Consens“ (Herman & Chomsky, 1988) das Modell der Propaganda weiter, das die wesentlichen Komponenten der Beschaffenheit moderner Medien liefert:

1. Größe, konzentrierter Besitz, Wohlstand und Profitorientierung von Medienlandschaft dominierenden und etablierten Medienorganisationen,
2. Werbung als primäre Einnahmequelle von Massenmedien,

3. fehlende Informationsfreiheit und Abhängigkeit von Medien von Informationsfluss gesteuert durch Regierung, Wirtschaft und sog. ExpertInnen,
4. „flak“ als eine Medien disziplinierende Maßnahme und
5. Antikommunismus als eine grundsätzliche Haltung US-amerikanischer Medien.

Chomskys Kriterien sind, bis auf kleine Abweichungen, auch auf den Großteil nicht-amerikanischer Medien anwendbar und liefern ein fundiertes, praxisorientiertes Verständnis von massenmedialen Strukturen vor deren Hintergrund Abhängigkeit und somit die Unumgänglichkeit einer Propaganda und Manipulierung ersichtlich wird. Basierend auf einem Missverhältniss von Geld, Macht und deren vielschichtigen und weitreichenden Auswirkungen auf Interessen und Entscheidungsmomenten in Massenmedien.

Ad (1): In erster Linie steht die Organisationsform von Massenmedien in Chomskys kritischer Analyse. In der Tradition der ArbeiterInnenbewegung, und mit dem Aufkommen von ArbeiterInnenzeitungen und Alternativpresse in der ersten Hälfte des 19.Jahrhunderts, entwickelte sich eine sehr erfolgreiche Presse, die mit großer Aufmerksamkeit und Anteilnahme gelesen wurde. Sie unterstütze Klassenbewusstsein, förderte die Wahrnehmung von Wünschen und Forderungen der ArbeiterInnen und wurde durch ihre Form der gemeinsamen, Konsens generierenden Öffentlichkeit, organisiert und versammelt. Der große Erfolg dieser Form von alternativer Öffentlichkeit wurde bald als Bedrohung für bestimmte Klasseninteressen empfunden und musste, ohne durch zu starke staatliche Intervention auf sich aufmerksam zu machen, in ihrem Aufkommen bekämpft werden.

„[...] working class newspapers ,inflamm passions and awaken their selfishness, contrasting their current condition with what they contend to be their future condition – a condition incompatible with human nature, and those immutable laws which Providence has established for the regulation of civil society.’ “ (Herman & Chomsky, 1988: S.3)

Erfolgreich wurden zuerst mittels Verleumdungsklagen und Bürgerschaftsforderungen und schließlich mit massiven Steuererhöhungen, auf dem Markt durchgesetzt, was durch staatliche Intervention allein nicht möglich erschien: die Industrialisierung der Presse. Zeitungen wurden systematisch in industrielle Formen gedrängt, und durch die Adaptierung von Rahmenbedingungen dazu gezwungen sich in unternehmensähnlichen Formen zu reorganisieren und ihre Produktivität zu steigern. Somit stiegen die Kosten einer wöchentlichen Zeitung in Großbritannien von 1837 bis

1867 um das fünfzigfache an, ähnlich stark explodierten die Zahlen auch in den USA. (vgl. Herman & Chomsky, 1988: S.4) Somit wurde durch die systematische ökonomische Ausgrenzung, die erste und größte Hürde für eine vielfältige, minderheitengerechte Presselandschaft mit wesentlicher Reichweite, geschaffen. Die so entstandenen Ausgrenzungen verdichteten sich in weiterführenden Voraussetzungsketten: finanzielle Ressourcen – Auflagenzahl - Prestige und Reichweite. Daraus ergaben sich wiederum Beschränkungen, die im Sinne Foucaults (vgl. Kapitel 2.3.1) als Prozesse des Ausschlusses durch Festlegung von Disziplinen beschrieben werden können.

Eine weitere Fortführung dieser Strukturen und Festigung der Märkte, postulierte sich aus der wachsenden Bedeutung von Fernsehen nach dem Ende des zweiten Weltkriegs und der Einführung von privatem Kabelfernsehen bei gleichzeitiger Lockerung der im 19. Jahrhundert entstandenen regulierenden, rechtlichen Begrenzungen. Massenmedien wurden immer mehr zu profitablen Plattformen für Werbung und Kommerzialisierung und somit auch für Aktien- und Spekulationsgeschäfte. Die auf diese Weise deregulierte Umgebung von Medien, forcierte das Entstehen von immer größeren und immer zielorientierteren Medienkonzernen und begünstigte die Marktstruktur von Presseoligopolen. Autonome Bereiche der MedienproduzentInnen und die eigentliche Aufgabe der Informationsverbreitung, wurden immer mehr durch Mitspracherechte und Managementvorgaben von Bankiers und Investoren zurückgedrängt und ursprüngliche Familienunternehmen in sowohl horizontale als auch vertikale Konzernformen gedrängt. Viele Pressekonzerne diversifizierten im Zuge der technischen Entwicklung in Rundfunk-, Fernseh- und zunehmend auch in Internetinformationsmärkte. Die größten Konzerne weiteten ihre Märkte auch jenseits des Medienfelds.

Eine weitere strukturelle Abhängigkeitsbeziehung erkennt Chomsky in der Vergabe von Lizenzen durch staatliche Institutionen. Die hier entstehenden Kontrollbedingungen werden durch die durch die Eingliederung von Medienkonzernen in den weltweiten Finanzmarkt, wiederum verstärkt. Es kommt somit zu einer profit- und expansionsbedingten Vergabe von Lizenzen nach ökonomischen Kriterien und weiters zu potenziell passiv-disziplinierenden Maßnahmen. Die Verflechtungen von Medien und Politik, insbesondere die Besetzung von Führungspositionen mit gezielt

parteilichen Organen, sind unmittelbare Folgen der Kontrollwahrungsversuche seitens MedienproduzentInnen. Medienpolitik, die Vergabe von Presseförderungen, Informations- und Recherchequellen speziell im politischen Bereich, machen politisch besetzte Schlüsselpositionen unabdinglich und sichern die Existenz und den Fortbestand von MedienproduzentInnen.

Ad (2): Die Implementierung von Werbeeinschaltungen ins Pressesystem, deren Anfänge Chomsky in der Mitte des 19. Jahrhunderts verortet, hatte von Beginn an stark kontrollierende und aussiebende Mechanismen. Zeitungen die durch Werbeeinnahmen finanziert wurden, konnten größere Auflagen bei geringeren Kosten bieten, und wurden dadurch in marktleitende Positionen befördert. Durch die steigende Konkurrenz, wurden viele Zeitungen entweder in die Abhängigkeit von Werbeeinnahmen gedrängt oder mussten mit starken Verlusten ihrer LeserInnenschaft und ihrer Reichweite rechnen. Die Marginalisierung kleinerer Zeitungsverlage schwächte die Zielgruppe der ArbeiterInnenzeitungen am meisten. Mit ihren beschränkten Mitteln, konnten ArbeiterInnen die Kosten der Zeitungen nicht decken und stellten zudem durch ihre geringe Kaufkraft eine vernachlässigbare Zielgruppe für Werbeeinschaltungen dar. Weitere Benachteiligungen ergaben sich aus der klar politischen Position der ArbeiterInnenpresse. Staatlich Werbeeinschaltungen und Zuschüsse, wurden bevorzugt an politisch ähnlich gesinnte Medien vergeben, die dem übergreifenden Tenor der Politik und Wirtschaft nicht grundsätzlich abgeneigt waren.

Ad (3): Neben ökonomischen Aspekten, stellt die informelle Abhängigkeit von Wirtschaft und Politik ein weiteres breites Feld an Benachteiligungen und Ausgrenzungen dar. Normative Strukturen, wie die Notwendigkeit der täglichen Berichterstattung, die Verlässlichkeit von InformantInnen und Teilnahme Pressekonferenzen, positionieren Medien in einem reziproken Fluss an Interessen und Abhängigkeiten mit staatlichen und wirtschaftlichen Institutionen. Zudem suggerieren Aussagen gewählter, oft namentlich der LeserInnenschaft bekannter PressesprecherInnen staatlicher Institutionen wie Rathaus, Parlament und Polizei, Souveränität, Seriösität und Objektivität der Informationen. Die Beziehung konstatiert sich auf einer machtgenerierenden Ebene, indem offizielle Stellen Informationen besitzen – die jeweiligen JournalistInnen sie lediglich erhalten. Investigative Recherche ist durch den Mehraufwand der langwierigen Quellenüberprüfung stets mit erhöhten

Kosten verbunden, und somit in den Hintergrund gedrängt. Auf der anderen Seite, versuchen offizielle Stellen wie Ministerien und Regierungsträger durch eigene Presseabteilungen und -aussendungen, autonome Berichterstattung zu umgehen, um so Kontrollverlust zu verhindern und die selbstständige Souveränität zu festigen.

„To consolidate their preeminent position as sources, government and business-news promoters go to great pains to make things easy for news organizations. They provide the media organizations with facilities in which to gather; they give journalists advance copies of speeches and forthcoming reports; they write press releases in usable language; and they carefully organize their press conferences and ‘photo opportunity’ sessions. It is the job of news officers ‘to meet the journalist’s scheduled needs with material that their beat agency has generated at its own pace.’ (Herman und Chomsky, 1988: S.22)

Medien, die sich nicht an vorgeschlagenen Presseaussendungen orientieren, werden wiederum in ihren Recherchetätigkeiten benachteiligt, erhalten seltener Interviewtermine oder Zugang zu Informationsquellen. Medien die sich wiederum diesen Mechanismen beugen, erhalten zuverlässige InformationspartnerInnen und können zudem durch das Übernehmen von Presstexten Zeit und Geld sparen.

Ad (4): Unter flak, versteht Chomsky, negatives Feedback (in Form von Briefen, Telefon, User-Kommentaren; aber auch mittels Prozessen, einstweiligen Verfügungen oder Gesetzesänderungen) über Programme bzw. Äußerungen in Programmen, an die Medien. Diese direkte oder indirekte Form der Machtdemonstration und –ausübung, zielt auf die finanzielle Abhängigkeit von Medien von Annoncen bzw. inhaltlichen Informationen ab.

Ad (5): Chomsky definiert Antikommunismus als einen grundlegenden Filter U.S.-amerikanischer Berichterstattung, der aufgrund historischer Begebenheiten eine massive Hürde in die Medienlandschaft legt. Da diesem Filter in österreichischen Medien eine eher unterrepräsentierte Rolle werde ich an dieser Stelle nicht genauer darauf eingehen.

3.2.2.1 Kommunikationsguerilla

Ausgehend von den Kommunikationskonzepten von Eco und Noam Chomsky, etablierte sich zunehmend die Praxis der Kommunikationsguerilla. Der Begriff bezeichnet eine Vielzahl an politischen Praktiken, zumeist im medialen Bereich. Formen dieses, Anfang der 90er Jahre entstandenen Aktionismus zielen darauf ab Widersprüche und Paradoxien auf der Seite der Herrschaftsgewalt aufzuzeichnen und

mittels diversen künstlerischen Mitteln aufzuzeigen. Ideologisch geht es hierbei einerseits um das Aufheben von Grenzen und das subversiv-emanzipatorische Aufzeigen und Hinterfragen von bestehenden Strukturen der Machtausübung. Zudem wird versucht die zunehmend isolierten Positionen der gegenöffentlich arbeitenden AkteurInnen in einem gemeinsamen politischen Anliegen zu reintegrieren. Kunst, Politik, Pädagogik, obgleich in einem heterogenen, gemeinschaftlichen Konsens verhaftet, separiert sich immer stärker und grenzt sich ab.

„Man ist, trotz gelegentlicher Zusammenarbeit, misstrauisch, nicht nur gegenüber der oft narzisstischen Kunstwelt, sondern auch gegenüber den "geeks", den CyberaktivistInnen der 90er Jahre, die sich um Veranstaltungen wie den Amsterdamer "next 5 minutes"-Kongress scharten. Ein spielerischerer Umgang mit Zeichen, Bildern und Bedeutungen, das Zulassen von Hybridität und Komplexität könnten dazu beitragen, diese Grenzziehung stellenweise aufzubrechen.“ (Raunig, 2002: http://www.republicart.net/disc/artsabotage/afrikagruppe01_de.htm: 24.07.2011) Zugriff:

Kommunikationsguerilla verortet sich selbst in einem Grenzbereich zwischen Kunst, Politik, Aktionismus und Protest, und zielt auf eine bewusste Störung von Medienhegemonien und gesellschaftlichen Kommunikationsprozessen sowie deren Vermachtung in medialen Inszenierungen.

„Einmal will es ein analytisches Bewusstsein erzeugen von den ideologisch-rhetorischen Mustern der massenmedialen Botschaften und von der gesellschaftspolitischen Normdistribution der Apparate, die diese Botschaften verbreiten; zum anderen soll es die Rezipienten lehren, sie ermutigen und in die Lage versetzen, einen entscheidenden Eingriff in den Kommunikationsprozess vorzunehmen: sich mit systematisch abweichenden Decodierungen gegen das Medienbombardement zu verteidigen.“ (Gruber, 2010: S. 33)

Als praxisorientierte Antwort auf Konsenstheoreme, orientiert sich Kommunikationsguerilla in ihren emanzipatorischen Ansprüchen nicht an klassischer Aufklärung sondern an Subversion, mit Strategien der Informationsvergiftung, Verfremdung und Aneignung.

Die Kritik an Gegenöffentlichkeitskonzepten konzentriert sich auf potenzielle Reinszenierung etablierter Macht- und Kommunikationsstrukturen. Die Beziehung zwischen Sender und Empfänger wird unangetastet, lediglich die Information selbst wird ausgetauscht. Im Zentrum der Kommunikationsguerilla steht eine Aneignung der Sendekanäle.

Umberto Eco liefert mit seinem Vortrag „Für eine semiologische Guerilla“ (Eco, 1985: S.146-156) einen ersten Aufruf in diese Richtung. Eco stellt fest, dass es 1967 nicht mehr möglich sei ein Land nur durch Armeen und Polizei zu kontrollieren. Ab einer

bestimmten Industrialisierungsstufe würden sich die Umstände drastisch ändern und entscheidende Machtstrukturen wären in medialen Sendeanstalten zu finden. „Heute gehört ein Land dem, der die Kommunikation beherrscht.“ (ebgda: S.146) Bezugnehmend auf Marshall McLuhan und Karl Marx, bezeichnet Eco Kommunikation und Massenmedien als Schwerindustrie. In dem Moment indem die ökonomische Macht aus den Händen der Produktionsmittelinhaber in die Hände der Inhaber jener Produktionsmittelinhaber gelangt die bestimmend für die Kontrolle der Produktionsmittel sind, findet ein Prozess der Entfremdung statt indem jede/r BürgerIn zum Teil des Proletariats wird. Eine Umkehrung der Verhältnisse, wie sie Adorno, Horkheimer und Habermas fordern, bliebe folgenlos. Der Prozess der Entmündigung wäre unverändert, da die technischen und sozialen Determinanten des Mediums den Inhalt der Nachrichten selbst bestimmen würden. Das Medium transportiert nicht nur Ideologien, sondern wird selbst zu einer Ideologie. Im Rausch der permanenten Massenkommunikation wird der Mensch zu einer „narkotisierenden Passivität“ gezwungen und sterbe „im Sieg der Massenmedien“ (ebda: S.148).

Ein wesentliches Problem der Massenkommunikation postuliert Eco in der durch den Zufall gesteuerten Interpretationsvariabilität. Wie er bereits in „Einführung in die Semiotik“ feststellt, gehen Informationen von einer zentralen Quelle aus und durchqueren in ihrem Weg zum/zur EmpfängerIn, unzählige verschiedene soziale Situationen, die wiederum durch zahlreiche Codes geprägt sind. Der/die EmpfängerIn empfängt die Botschaft stets alleine, und bezieht sich auf sie im Kontext seiner eigenen Erfahrung und Disposition. Vor diesem theoretischen Hintergrund formuliert Eco seinen viel zitierten Satz: „Es kommt darauf an, überall in der Welt den ersten Platz vor jedem Fernsehapparat zu besetzen (und natürlich den Platz des Opinionleaders vor jeder Kinoleinwand, vor jedem Transistorgerät und vor jeder Zeitungsseite).“ (ebda: S.154) Nur am Zielort der Kommunikation, also beim Rezipierenden selbst, könne man durch Einschreiten manipulieren, und nicht wie bisher angenommen beim Ausgangspunkt der Kommunikation. Ein Austausch der Machtverhältnisse, also Kontrolle der Quelle, würde durchaus sinnvoll erscheinen, ziele man auf politische und wirtschaftliche Erfolge ab, es würde so jedoch nie gelingen „die Schlacht ums Überleben des Menschen als verantwortliches Wesen“ (ebda: S.154) zu gewinnen.

Eco fordert die Bildung einer Kommunikationsguerilla, die vielmehr ergänzend als alternativ die Formen der Massenkommunikation kritisiert, beleuchtet und korrigiert. Der Bezug zur Technik und der Imperativ „The medium is the message“ (vgl. ebda: S.148) könne nur durch Ausgliederung oder Aufzeigen der Codes stattfinden.

Laut Eco können, wie bereits geschildert, Kommunikationsprozesse verändert werden, wenn man sich auf die Umstände konzentriert unter denen sie empfangen werden. Zwar hat der Sender eine Bandbreite an Möglichkeiten um auf die zu sendende Botschaft und die Sendung Einfluss zu nehmen, bei der Rezeption sei der/die EmpfängerIn jedoch auf sich selbst gestellt.

3.3 Netzwerktheorien und elektronische Demokratie

Abkehrend von Theoremen die Medien einen manipulativ-repressiven Machtbegriff zuschreiben, und abweichend von Konsenstheorien, etablierte sich um 1980 herum eine dritte Theorie-Achse: Netzwerktheorien und elektronische Demokratie. Stark beeinflusst durch die massive Weiterentwicklung und –verbreitung von Informationstechnologien wie u.a. dem Internet, kehrte sich die wissenschaftliche Fragestellung um Gegenöffentlichkeit vom Kampf gegen Medienmonopole ab und wandte sich verstärkt der Untersuchung von Macht- und Kommunikationsstrukturen in einem zunehmend vernetzten und rhizomatisch geprägten Feld. Macht und Kommunikation als zentrale Begriffe dieser Theorien, werden nicht mehr als manipulativ und repressiv fungierende Positionen mit starren Hierarchien und somit klaren Handlungsachsen verstanden, sondern vielmehr als Teil eines eng vernetzten und komplexen Handlungsgefüges begriffen, das sich, so beispielsweise Foucault, bis in die kleinsten alltäglichen menschlichen Beziehungen zieht, und auf diese Weise system- und machtverstärkend wirken kann.

3.3.1 Michel Foucault

Wie bereits beschrieben, ziehen sich zwei Machtbegriffe durch die Geschichte der Medientheorie die entscheidende Blickwinkel prägen und konstatieren: der repressive und der manipulative Machtbegriff. Charakterisierend an Foucault fällt auf, wie seine

Machtanalyse deutlich von beiden Definitionen und Weltbildern Abstand sucht und sich vermehrt in einer Kritik der beiden verortet. Repression und Manipulation forcieren ein passives Handlungskonzept und implizieren auf der einen Seite das Vorhandensein, eines dem Subjekt ureigenen Selbst, das durch repressive Mechanismen unterdrückt wird (Repression) oder einer grundlegenden Ideologie (Manipulation), die durch manipulative Techniken zur Durchsetzung forciert wird.

Foucault konzipiert in seinen Arbeiten einerseits einen konstruktiven Machtbegriff dessen Wirkung produktiv und kreativ sein kann, und zeigt andererseits wie komplex und systematisch vielfältig Machtstrukturen in unserer Gesellschaft verankert sind. Er geht in seinen Fragestellungen vielmehr von einem „Wie wird Macht ausgeübt?“ als von „Wer verübt Macht?“ aus. Vor dem Hintergrund der Pariser StudentInnenunruhen im Mai 1968, analysiert Foucault Machtstrukturen im Hinblick auf geleisteten Widerstand und Oppositionen.

„Metaphorisch gesprochen heißt das, den Widerstand als chemischen Katalysator zu gebrauchen, mit dessen Hilfe man die Machtverhältnisse ans Licht bringt, ihre Positionen ausmacht und ihre Ansatzpunkte und Verfahrensweisen herausbekommt. Statt die Macht von ihrer inneren Rationalität her zu analysieren, heißt es, die Machtverhältnisse durch den Gegensatz der Strategien zu analysieren.“ (Foucault & Engelmann, 1999: S. 164)

Somit löst Foucault den bisherigen theoretischen Umgang mit Macht auf und eröffnet mit seinen Definitionen und neuen Kreationen von Begriffen, ein weites Feld an Möglichkeiten der Neubetrachtung (vgl. ebda: S. 193). Unter Oppositionen (siehe Zitat) versteht er auch Themen der NSB wie Gender-Thematiken. Aber auch die Machtstrukturen zwischen Eltern und Kindern, Psychiatrie und Geisteskrankheiten, Medizin und Bevölkerung sowie Verwaltung und Alltag bilden Kernpunkte seiner Analysen. Die Abarbeitung an diesen Machtverhältnissen, die Auflehnung also die Praktiken der Opposition, bezeichnet er als Kämpfe, und definiert beispielsweise anhand von sechs Punkten deren Gemeinsamkeiten (vgl. ebda: S.161 ff.). Zentral ist bei Foucaults Machtbegriff, die Abkehr von einem statischen Verständnis. Macht zielt vielmehr auf die Beeinflussung des Handelns von Individuen ab, und operiert in einem Feld von Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten. Sie zielt auf das Feld der möglichen und wahrscheinlichen Handlungen des Einzelnen ab und strukturiert diese mit Gesetzen und Regeln. Es geht hierbei mehr um die Methode der Lenkung und Führung als um eine direkt kriegerische und gewaltvolle Machtausübung. Zwar kann kein System, keine Regierungsform darauf verzichten, aber letztendlich bleibt gewaltvolles

Eingreifen die letzte Instanz und ein Instrumentarium. Die Grundlage der modernen Machtausübung bleibt auf das Einwirken auf Handlung beschränkt. „Ein Handeln auf Handlungen.“ (ebda: S. 193)

Ein weitere zentrale Bedeutung nimmt in Foucaults Untersuchungen das Verhältnis von Macht zu Wissen, ein. Der Beziehung von Macht-Wissen Komplexen wird ein Diskursbegriff vorangestellt, der die Vielschichtigkeit dieser Relation verdeutlichen soll. Foucault beobachtet, dass in jeder Gesellschaft die Produktion von Diskurs „kontrolliert, selektiert, organisiert und kanalisiert“ (vgl. ebda: S.54) wird, da sie eine Gefahr darstellt, die um jeden Preis gebändigt und durch Ausschluss verhindert werden muss. Zu diesen Prozeduren gehören beispielsweise (1) das *Verbot*, die (2) *Grenzziehung und Verwerfung* sowie (3) der *Gegensatz von wahr und falsch*, um in erster Linie die äußeren bzw. vertikalen² Grenzen und Ausschließungssysteme zu definieren.

1. Das Verbot stellt die evidenteste Form der Ausschließung dar und äußert sich in Tabus betreffend des Inhalts des Diskurses, seiner Form oder des sprechenden Subjekts. Speziell in Bezug auf Politik und Sexualität nehmen diese Form des Verbots eine zentrale Stellung ein.
2. Grenzziehung und Verwerfung sind weitere Aspekte der indirekten Ausschließung. Besonders explizit verortet Foucault diese Mechanismen in der Trennung von Vernunft und Wahnsinn. Diese Dichotomie zieht eine scharfe Grenze, hinter der ein gewisser Diskurs nicht mehr zählt. Als Beispiel knüpft Foucault an seine ausführliche Untersuchung von Machtverhältnissen in der Psychiatrie, und kritisiert die diskursive Ignoranz gegenüber Geisteskranken in unserer Gesellschaft.
3. Im Moment der Gegensetzung von *wahr* und *falsch* wird ein drittes Ausschließungskriterium von Diskurs geschaffen. Der Zwang der Wahrheit, den Foucault in diesem Bereich verortet, ist der Ursprung des Paradoxons, da die Form der Grenzziehung in wahr und falsch, willkürlich und veränderbar ist. Zwar

² Bezugnehmend auf meine in Kapitel 5 ausgearbeitete Klassifizierung von partizipatorischen Grenzkonstitutionen, verorte ich diese Form der Differenzierung (in vertikale und horizontale Ausschließungsprozeduren) erstmals bei Foucault.

ist auf der Ebene des Urteils innerhalb eines Diskurses die Entgegenstellung *wahr/falsch* - statisch, in anderen Ebenen, regiert jedoch ein Netz von Institutionen die die Definition von *wahr/falsch* aufzwingen, absichern und zwangsweise mit Gewalt durchsetzen. (vgl. ebda: S. 57ff)

Hier treffen sich Foucaults Überlegungen mit dem Ansatz der funktionalen Differenzierung nach Luhmann. Eine Dichotomisierung von Begrifflichkeiten in *wahr* und *falsch*, kann einen Diskurs in jedem seiner Teilbereiche ad absurdum führen, da jedwede Grenzziehung immer inkommensurabel an das jeweilige Teilsystem gebunden bleiben wird. Somit plädiert Foucault für einen Diskurs um des Diskurses Willen. Die Verortung einer Wahrheit sollte sich weg von der Aussage selbst, hin zu einer verstärkten Wahrnehmung des Sinns, der Form, des Gegenstandes und dem referentiellen Bezug der Aussage bewegen. (Foucault, 1991: S. 15)

Eine weitere Form der Ausschließung verzeichnet Foucault in internen bzw. horizontalen Prozeduren. Hier handelt es sich um Techniken, mit denen Diskurse ihre eigene Kontrolle ausüben, die klassifizierend, anordnend und verteilend wirken und die das Ereignis und den Zufall des Diskurses kontrollieren sollen, nicht mehr nur den Inhalt.

Der *Kommentar*, hat hierbei eine entscheidende Rolle. Foucault hebt hervor, dass es in jeder Gesellschaft Diskurse in Form von Erzählungen gibt, die man immer und immer wieder erzählt, abwandelt, kommentiert und ergänzt. Sie besitzen einen besonderen Wahrheitsgehalt für die jeweilige Gesellschaft, Gemeinschaft und Kultur, im Gegensatz zu alltäglichen Diskursen die „mit dem Akt ihres Ausgesprochenwerdens vergehen“ (ebda: S. 18). Die Abstufung in Primärtext und Sekundärtext, in Haupttext und Kommentar ermöglicht eine sich immer wieder eröffnende Möglichkeit der Entfaltung und des Aktualisierens des Diskurses. Hier wird dessen Zufall durch die Kommentarfunktion neu angeordnet und kontrolliert. Es wird Neues gesagt, aber nur unter der Prämisse, dass der Primärtext rezitiert und ergänzt wird. „Das Neue ist nicht in dem, was gesagt wird, sondern im Ereignis seiner Wiederkehr.“ (ebda: S. 20).

Das zweite Prinzip der Kontrolle wird durch die Funktion der *AutorInnenschaft* bestimmt. Der/die AutorIn gruppiert und ordnet Diskurse und verleiht ihnen durch seine/ihre AutorInnenschaft einen diskursiven Ursprung, deren Relevanz vor allem in

den Bereichen der Literatur und der Wissenschaft. Das Diktat einer Referenz durch den/die AutorIn fordert eine Rechenschaft des Diskurses und verlangt nach der Form der Individualität und des Ich. Somit wird der formulierte Inhalt, die Idee untrennbar mit ihrer Herkunft verbunden und wiederum zu einem Index für Wahrheit.

Die dritte zentrale Form der horizontalen Ausschließung, verortet Foucault in der Festlegung von *Disziplinen*. Regeln, Methoden, Körperschaften an Sätzen, Definitionen und Techniken fusionieren so in ein anonymes System, dessen man sich nur bedienen kann wenn man es versteht den Regelkatalog an Voraussetzungen und Instrumenten richtig einzusetzen und zu verwenden. Glaubwürdigkeit und den Anspruch an Wahrheit erhält das Subjekt erst wenn es den Regeln einer „diskursiven ‚Polizei‘“ (ebda: S.25) gehorcht die in jedem seiner Diskurse Anwendung finden.

Das sprechende Subjekt, unterliegt wiederum einer umfassenden *Verknappung* die sicher stellt, dass nur bestimmte Subjekte in einem gegenwärtigen Diskurs wahrgenommen werden. Hier kommt es sowohl zu einer subjektbezogenen als auch zu einer objektbezogenen *Verknappung*. Nicht jede/r kann in die Ordnung des Diskurses eintreten ohne ausreichend qualifiziert zu sein, und nicht alle Regionen des Diskurses sind in gleicher Weise zugänglich.

Foucaults kontinuierlich auf die produktive Seite der Macht gerichteter Fokus, führt ihn zu einem Verständnis der *Umkehrung*, der *Diskontinuität* der *Spezifität* und der *Äußerlichkeit* der Prozeduren.

„Gewöhnlich sieht man in der Fruchtbarkeit eines Autors, in der Vielfältigkeit der Kommentare, in der Entwicklung einer Disziplin unbegrenzte Quellen für die Schöpfung von Diskursen. Vielleicht. Doch ebenso handelt es sich um Prinzipien der Einschränkung, und wahrscheinlich kann man sie in ihrer positiven und fruchtbaren Rolle nur verstehen, wenn man ihre restriktive und zwingende Funktion betrachtet.“ (ebda: S.25)

In seinem Verständnis liegt den Prozeduren der Ausschließung nichts Ursprüngliches zugrunde, das unterdrückt, manipuliert und ausgeschlossen werden könnte. Dadurch müsse die Perspektiven *umgekehrt* werden und der Kreislauf des Aufdeckung und der Befreiung des Diskurses als „*diskontinuierliche* Praktiken verstanden werden, die sich überschneiden und manchmal berühren, die einander aber auch ignorieren oder ausschließen.“ (ebda: S.34) Weiters soll der Diskurs nicht versuchen ein „lesbares Gesicht“ (ebda: S.35) zu suchen, das man als Subjekt aufdecken und erreichen möge. Vielmehr wird der Diskurs selbst, bei Foucault als ein gewaltvoller Akt verstanden, der

Dinge unweigerlich manipuliert und verändert. Hier wird anschließend der Punkt der *Äußerlichkeit* angeknüpft. Der Diskurs habe keinen inneren Kern, der dem Thema immanent wäre, und dem man gleich einer Suche folgen müsse. Vom Diskurs aus, von der Art wie er geführt wird, müsse man auf seine äußerlichen Wirkmechanismen und Möglichkeiten schließen.

Somit konstatiert Foucault, trotz seiner kritischen Haltung dem repressiven und manipulativen Machtbegriff gegenüber, ein gewisses Konzept der Gegenöffentlichkeit, das stark auf der Notwendigkeit eines unermüdlichen Diskurses und einer Umkehrung der von ihm erkannten Ausschlussprinzipien beruht und gleichzeitig ein rhizomatisches Grundverständnis des Diskurses einleitet. Dieser Forschungsansatz entfernte sich jedoch immer weiter je mehr sich moderne, technische Medien etablierten und schließlich die Funktion des öffentlichen Diskurses größtenteils übernahmen.

3.3.1.1 Medienmacht und Dispositiv in der Foucault'schen Perspektive

Obgleich ihrer immensen Relevanz, wurden Foucaults Konzepte innerhalb der Medienwissenschaft nur vereinzelt aufgegriffen und angewendet. (Parr/Thiele 2007: 84) Der direkte Anschluss an andere Disziplinen und Theorien fällt somit schwer. Durch seine Auseinandersetzung mit Macht und deren nicht-repressiven Verständnis nach wird Medienmacht, Foucault folgend, in einem Dispositiv lokalisiert.

Das Dispositiv beschreibt Foucault grob als ein "entschieden heterogenes Ensemble", das sich aus dem häufigen Sender-Empfänger-Modell, in ein Zusammenwirken von verschiedenen Machtstrukturen hebt. Information wird nun einerseits in einem abgesteckten Rahmen wahrgenommen und auf der Sender-Seite innerhalb abgesteckter Rahmen produziert. Das Publikum wird in diesem Verständnis zu einer aktiven RezipientInnenschaft die durch ihre kulturell- und systembedingte Wahrnehmung den Inhalt der Information beeinflusst. Die Information wird in Relation zu ihrem Medium gesetzt und gerät somit auch an bestimmte Grenzen, die durch Fragen wie: "Was ist eine Nachricht?", "Wann besteht ein Neuigkeitswert einer Nachricht und wann nicht?" sowie "Wann werden welche Nachrichten ausgestrahlt, gedruckt oder gesendet?" "An wen sind sie adressiert und an wen nicht?", "Was sind kindgerechte, dem Bildungsauftrag gerechte, etc. Sendungen?" am besten verständlich

werden. Das Mediendispositiv produziert demnach nicht nur eine Wirklichkeit durch die Nachricht, sondern reproduziert auch gleichzeitig eine bestehende Ordnung und Spiegelung der Wirklichkeit.

“Die gesamte Bevölkerung betreffende Phänomene werden folglich durch die Regierungstechnologie Fernsehen allererst nachvollziehbar und handhabbar. Zugleich werden die vielfältigen Praktiken der Zuschauer, die Technologien des Selbst, als für diesen Vorgang konstitutiv vorausgesetzt.”(Karis, 2010: S.65)

In dem Zusammenhang wird Medienproduktion und -rezeption zu einer gouvernementalen Praxis und Regierungstechnologie. Themen die ins mediale Rampenlicht rücken, erfahren in ihrer Diskursivierung ihre Plausibilität. Diese Perspektive ermöglicht es, Medien in einem komplexeren und dadurch zugreifbaren Machtgefüge zu betrachten. Obgleich sich dadurch kein bestimmter Hebel zur Schaffung einer Gegenöffentlichkeit zeigt, können durch die Abarbeitung an verschiedenen Punkten Möglichkeiten für eine Thematisierung von Grenzen und Hürden verortet werden.

3.3.2 Hans Magnus Enzensberger

Ähnlich wie Foucault kritisiert auch Hans Magnus Enzensberger die Manipulationsthese der StudentInnenproteste von 1968. Obwohl sie ursprünglich von großem Nutzen für den energischen Protest der 68er war, würde sie „die Wendung ins Defensive“ unterstreichen, und dadurch das „Erlebnis der Ohnmacht“ konstatieren. (Helmes & Köster, 2002: 257) Diese These setze keine vorantreibenden Kräfte frei. Manipulation sei per se ein bewusster Eingriff in bereits gegebenes Material. In der Bewusstseins-Industrie (vgl. Begriff der Kulturindustrie bei Horkheimer und Adorno) wäre jedes relevante Gebrauch der Medien politische und würde so eine Form der Manipulation voraussetzen. Ein unmanipulierter Schreiben, Filmen und Senden gibt es für Enzensberger nicht.

Enzensberger plädiert für einen taktischen Gebrauch der Medien, in dem man die Illusion aufgibt ManipulateurInnen der Medien zum Schweigen bringen zu können, sondern jeden und jede zum Manipulateur macht. Somit forciert auch er einen emanzipativen Gebrauch von Medien, der im Gegensatz zu einem *repressiven Mediengebrauch* zu einer Mobilisierung der Massen führen kann und soll. Das

Konzentrieren von linken Bewegungen auf die manipulativen Aspekte der Medien, würde zeigen, dass die Bewusstseins-Industrie von den MarxistInnen nicht verstanden wurde. Eine Wehrhaftigkeit gegen manipulative Strukturen, wie beispielsweise das Fordern einer Enteignung des Springer-Verlags, sei zwar gerechtfertigt, aber nicht ausreichend. Man müsse sich primär darüber Gedanken machen wem die Medien danach übereignet werden sollen. Strategische Nutzung der Medien stellt für Enzensberger keine persönliche, akademische Erwartung dar, sondern sei eine politische Notwendigkeit.

Obwohl Enzensberger dem Buchdruck eine revolutionäre Rolle zuschreibt, verweist er wiederholt auf die „stark formalisierte Technik“ des Schreibens, die „tabubesetzt“ sei und durch ihre starke Formalisierung Widerstände und Widersprüche verdrängen würde: „Sie verlangt, explizit oder implizit, nach Glättung der Widersprüche, nach Rationalisierung, nach Regelmäßigkeit der sprachlichen Form ohne Rücksicht auf den Gehalt.“ (Helmes & Köster, 2002: 271; zit.nach Enzensberger, 1970: S.159-186) Als Beispiele führt er insbesondere Orthographische Fehler an, die obwohl für die Kommunikation völlig belanglos, die gesellschaftliche Deklassierung des Schreibenden veranlassen würden. Auch die Formalisierung der Sprache würde von Widersprüchen und Stockungen die beim Sprechen sicht- und hörbar werden würden, ablenken. Das Produzieren von Geschriebenem wäre eine äußerst isolierende Praxis, die sich im Rezipieren des Geschriebenen widerspiegeln würde. Aus diesen Gründen plädiert Enzensberger für den Gebrauch von Neuen Medien deren Inhalte auf mehreren Sinnebenen darstellbar und erfahrbar wären. Im Gebrauch der Neuen Medien könnte Enzensbergers Ideal der Kommunikationsmedien entstehen, im Gegensatz zu den reinen Distributionsmedien. Indem man Medien nicht ausschließlich als Instrumente der Manipulation betrachtet sondern gemäß Foucault die produktive Seite der Machtausübung anvisiert, könne man sich Medien als Produktionsmittel aneignen und so selbst zum Sender werden.

3.3.3 elektronische Demokratie

Wie bereits beschrieben, wird Öffentlichkeit, Habermas folgend, als ein Bedingungsfeld für Demokratie verstanden, indem Kommunikation zwischen

PartizipantInnen bzw. BürgerInnen eines Staates stattfindet und Meinungs- und Willensbildung zustande kommt. Dies bedarf der Voraussetzung der Gleichheit aller Beteiligten, konstatiert sich des weiteren im Spannungsfeld des Diskurses und geht von einem sich erneuernden Prozess der Teilnahme verschiedener TeilnehmerInnen aus. Öffentlichkeit ist somit als Sphäre im Alltag zu verorten, wo politische Informationen wahrgenommen werden und in weiterer Folge zu Anschlusskommunikation und Partizipation führen. Ein diskursives Feld entsteht, in dem Meinungsbildung herausgearbeitet wird, und durch das Selbstverständnis der einzelnen PartizipantInnen als mündige und am Gemeinwohl interessierte BürgerInnen, getragen wird.

Für Habermas liegt in der Zivilgesellschaft, die marginalisierte und unzureichend thematisierte Themen verarbeitet, ein Gegenentwurf zur massenmedial organisierten und beherrschten, etablierten Öffentlichkeit. Als problematisch wird hier die machtbezogene und hegemoniale Verflechtung von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen mit der Öffentlichkeit verstanden. Um gesellschaftlich wahr genommen zu werden, müssen in vielen Fällen Kompromisse getätigt werden die sich eigentlich der eigenen Konzeption und Identität verwehren. Das Ideal einer aktiven, mündigen BürgerInnenschaft gerät schnell an seine Grenzen. Nicht nur die Bereitschaft zur Partizipation, sondern auch die dazu nötigen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, fehlen häufig.

Mit der rasanten technischen Weiterentwicklung des Internets, dem immer niederschwelligeren Zugang zu partizipatorischen Medien, entwickelten sich neue Möglichkeiten der Öffentlichkeit die sowohl transnational als auch demokratiepolitisch neue Perspektiven ermöglichten.

Abseits einer hierarchischen Macht- und Wissensstruktur, wurde ein rhizomatisches Verständnis von Macht und Wissen etabliert, dessen spürbare Elemente in der Verflechtung von Staat und Verwaltungsapparat verhaftet sind. Die Ähnlichkeit dieses Verständnisses mit den sich immer stärker ausweitenden Computernetzwerken, führte zu einer Theorieströmung die sich mit Netzwerken und Wissensverbreitung auseinandersetzte.

Unter dem Blickwinkel der bisherigen demokratie- und medientheoretischen Erkenntnisse, sah man elektronischen Medien und deren Nutzungsmöglichkeiten zwiespältig entgegen. Einerseits boten die neu entstandenen Räume und Öffentlichkeiten das Potenzial vermehrt Platz für die Verwirklichung zivilgesellschaftlicher Anliegen, andererseits befürchtete man die Gefahr der Erweiterung kapitalistischer Räume und der Verstärkung von Ausschließungsmechanismen durch technische, soziale und ökonomische Machtstrukturen sowie hegemonialen Nutzungsmöglichkeiten. Geert Lovink fordert angesichts dieser Widersprüche eine Netzkritik die „die Organisation von Macht in der immateriellen Sphäre [kritisiert] und versucht diese selbst in den Griff zu bekommen in dem Wissen, dass der Kapitalismus nie einen unbesiedelten, unzivilisierten Cyberspace erlaubte.“ (Lovink & Schulze, 1999)

Elektronische Demokratie als ein Konzept der Vereinfachung von Partizipation, erneuerte die medientheoretische Debatte um die demokratischen Möglichkeiten und potenziellen Wandlungsmöglichkeiten neuer Medien. Könnten soziale Bewegungen den elektronischen Raum für sich aneignen, so entstünden neue Perspektiven der Verbreitung und Vermittlung emanzipatorischer Anliegen. Öffentlichkeit könne sich so aus ihren lokalen Begrenzungen entfernen und durch eine globale Vernetzung neue Stärke gewinnen. Zudem würden Konzepte wie *e-democracy* und *crowdsourcing* Niederschwelligkeit fördern und somit politische Partizipation erleichtern. Die Möglichkeit sich durch eigene Homepages, Blogs, Foren und E-Maillisten zu vernetzen, revitalisierte Vorstellungen rund um demokratische Öffentlichkeit und offerierte neue Perspektiven und Falsifizierungen für vorangegangene medientheoretische Diskurse. Technische Entwicklungen im Rahmen von Web 2.0, ermöglichten gemeinsames, dezentrales Arbeiten von Vielen, und zeigten neue Perspektiven für altbekannte Überlegungen wie Wissenshierarchien und Medienarbeit auf. Die Debatte um Möglichkeiten und Versäumnisse computergestützter Technologien für demokratische und emanzipatorische Anliegen, schuf Raum für eine neue und aktive Diskussion. Schließlich einte der entflammte Diskurs die beiden Lager, und sorgte für eine thematische Wiederbelebung.

BefürworterInnen von E-Democracykonzepten (Levy, 1996; Barlow, 1996) sahen im Aufkommen der neuen Medien das Potenzial zur Reintegration von

StadtbewohnerInnen sowie eine Verstärkung demokratischer Strukturen, insbesondere in städtischen Gebieten. John Perry Barlow postulierte mit seiner „Unabhängigkeitserklärung des Cyberspace“ ein Pamphlet, das die Forderungen nach mehr direkter Demokratie und der Absage an hierarchische Verhältnisse Ausdruck verleiht. Barlow kritisiert die „Regierungen der industriellen Welt“ (Barlow, 1996) für ihre fehlende Beteiligung an der Hervorbringung partizipativer Strukturen entschieden ab. „Das Cyberspace liegt nicht innerhalb Eurer Hoheitsgebiete. [...] Der Cyberspace ist ein natürliches Gebilde und wächst durch unsere kollektiven Handlungen.“ (Barlow, 1996)

Barlow positioniert sich mit seinem Appell an die Regierung, als klare Opposition zur Repräsentationsdemokratie. Zentral hebt er die fehlende Materialität hervor und entzieht sich somit der physischen Identität durch den Körper, die er der etablierten Gesellschaft zuschreibt, den er stattdessen durch den Cyberspace und seine geistige Materialität bezieht. In seinem Postulat verankert Barlow die Grundvoraussetzungen eines freien Internets und markiert gleichzeitig dessen demokratisches Potenzial, als in seine eigene Struktur mit-ingeschrieben.

Bezeichnenderweise, verliehen die Konflikte um gesellschaftskritische Utopie und die eher pessimistische Perspektive neuer Medien, den Entwicklungen des world wide web zu massivem Aufschwung. Die schnelle Weiterentwicklung wäre ohne staatliche Subventionen, sowie des freiwilligen Engagements aufkommender *open source* – Bewegungen nicht möglich gewesen. Geert Lovink beschreibt (unter anderem) den Auftakt der Netzwerkentwicklung unter Zusammenarbeit beider Gruppen in seiner Publikation: „Netzkritik. Materialien zur Internet-Debatte“ (Lovink & Schulz, 1999). Die Verflechtung des Engagements beider Positionen, spiegelt die medientheoretische Entwicklung des Diskursraumes Neue Medien wieder.

Pierre Levy verortet den Erfolg und die Entwicklung des Internets im Engagement von sozialen Bewegungen. (Levy, 1996) Sogenannte Cyberutopisten, eine soziale kalifornische Bewegung, bemühte sich den Machtvorteil der TechnikerInnen und ProgrammiererInnen durch eine Umverteilung und Kostenreduktion von Computern aufzuheben. Zur Folge sanken die Preise in der Computerindustrie drastisch und wurden auch für Menschen aus unteren Bildungsschichten leistbar. So wie einst MedientheoretikerInnen die demokratiefördernden Eigenschaften der Massenmedien

herausstrichen, wurde nun das Internet zur Projektionsfläche für Demokratietheorien und -utopien. Mit nur einem Medium mehrere, viele zu erreichen, Wahlvorgänge zu erleichtern und Diskurse im Netz abzuhandeln, zeichnete ein komplett neues und unendliches Potenzial für die Verbreitung von Information und politischer Partizipation auf. Der Optimismus mit dem e-Democracy rojekten begegnet wurde, wich jedoch mit zunehmender Entwicklung und Zeit dem Realismus der tatsächlichen Partizipationsbereitschaft. Die Frage nach der Möglichkeit der schlichten Übertragung von demokratiethoretisch Überlegungen auf neue Medien warf sich auf. Lernen und politische Diskussion, schien nicht ohne weiteres ohne reale, soziale Auseinandersetzung und Anteilnahme möglich zu sein. Dem Medium und dessen spezifische Anwendung rückten ins Zentrum. Technologisch bedingter Zugang zu Medien und dem Potenzial der Ausdrucksoptionen, konnte jedoch auch nicht separiert voneinander betrachtet werden. Der Diskurs musste ausgeweitet und intensiviert werden – und sich letztendlich breiter und theoriebezogen spartenübergreifend fokussieren. Mit der Zeit kam es zu einer durchwegs skeptischeren Beschäftigung mit neuen Medien und die neu entstandenen Handlungs-, Deutungs- und Praxisräume, mussten vor dem Hintergrund einer sich immer stärker ausweitenden Einschränkung und Bedrohung von Grund- und Privatrechten neu interpretiert werden.

Auch für #unibrennt warf die intensive Auseinandersetzung mit neuen Medien eine Abarbeitung an Potenzialen und deren Enttäuschungen auf. Obwohl die Beteiligung zu Anfang sehr hoch war, und auch die thematische Auseinandersetzung verschiedene Teilbereiche umfasste, verlangsamte und verwässerte sie sich mit zunehmender Diskussionsweigerung der Adressierten.

3.3.3.1 Axel Bruns

3.3.3.1.1 Von der Rezeption zur Partizipation – Produusage

Axel Bruns untersucht in seinem Buch „Blogs, Wikipedia, Second Life and Beyond – From Production to Produusage“ (Bruns, 2008) die gesellschaftliche und technische Entwicklung von Rezeption zu Produktion im Zeitalter des Web 2.0 und prägt dabei den Begriff der *Produusage*. Produusage veranschaulicht den Wandel hin zu einer Orientierung an User bzw. BenutzerInnen und deren Einbettung in wirtschaftliche,

soziale und mediale Wertschöpfungsprozesse, bis hin zu Partizipation an demokratischen Prozessen im Netz, also elektronischer Demokratie.

Im folgenden Abriss möchte ich die Entwicklung von Rezeption zu Partizipation veranschaulichen und besonders, den von Axel Bruns geprägten Begriff der „Produusage“ ausformulieren, der für mich die Kriterien von Web 2.0 gut zusammenfasst.

„Produusage“ veranschaulicht die derzeit stattfindenden Wandlungsprozesse, und vereint die charakteristischen Merkmale von social software und Web 2.0.

“Social software is a particular sub-class of software-prosthesis that concerns itself with the augmentation of human, social and / or collaborative abilities through structured mediation (this mediation may be disturbed or centralised, top-down or bottom-up/ emergent)”.³

Die von Axel Bruns und Alvin Toffler beschriebene Wandlung von Rezeption zu Partizipation nimmt ihren Anfang in den frühen 1950er Jahren. Ausgehend von der Wertschöpfungskette innerhalb einer industriellen Produktionsweise, beschreibt Toffler die Möglichkeiten und somit auch die Partizipation an einzelnen Produktionsprozessen, als stark beschränkt.

i. Repräsentation:

Produzierende, Distributierende und Konsumierende stehen einander in starren hierarchischen Positionen gegenüber. ProduzentInnen stehen an der Spitze der Wertschöpfungskette, interpretieren und produzieren in weiterer Folge die Nachfrage, und leiten ihre abgeschlossenen Güter und Produkte an die DistributorInnen weiter. Die Distribution, ist verantwortlich für den Vertrieb der Produkte, und versucht den KonsumentInnen die Produktinformationen die sie von den ProduzentInnen erhalten lukrativ zu vermitteln. Am Ende der Wertekette, steht der/die VerbraucherIn, dessen Nachfrage den Produktionsfluss bestimmt. Dieser hat wenig Einfluss auf den Prozess der Produktion. Durch seine/ihre erzwungene Passivität verknüpft sich die Wertschöpfungskette kompromisslos mit Konsumzwang. Konsumverweigerung bleibt

³ Tom Coates, „My Working Definition of Social Software...“, Plasticbag.org, 8 May 2003, http://www.plasticbag.org/archives/2003/05/my_working_definition_of_social_software/ (accessed 25 Feb. 2007), n.p.

die einzige Möglichkeit Einfluss auf Distribution oder gar Produktion auszuüben. Die Wahlmöglichkeiten für KonsumentInnen sind beschränkt und der Fokus liegt verstärkt auf der Maximierung und Effizienz von Produktion, als auf der Einbindung von Bedürfnissen von KonsumentInnen. Die hierarchischen Strukturen innerhalb der einzelnen Produktionsbetriebe sind zudem eng und starr, um den Herausforderungen des Wettbewerbs zwischen den Betrieben, in der eigenen Produktion leichter und schneller entgegen zu können.

Innerhalb der Betriebe herrschen strenge Geheimnisse. Ideen und Produktionsweisen sind durch strenge Copyright-Gesetze und Patente gut geschützt. In diesem Zusammenhang erscheint die geringe Partizipationsmöglichkeit für KonsumentInnen in den Entwicklungsprozess selbst, nachvollziehbar, und die Partizipationsmöglichkeiten von sehr gering, indem ihre einzige Aufgabe darin zu bestehen scheint, überhaupt Bedürfnisse zu haben. Diese sollen von der Industrie gesehen, und möglichst schnell erfüllt werden. Je mehr Bedürfnisse gedeckt sind, desto weniger entstehen sie auf natürliche Weise, und Werbeindustrie mit all ihren Instrumenten- und Analyseverfahren wird „notwendig“.

Die darauf folgende Forschung, beschäftigte sich primär mit der Position der ProduzentInnen. Analyse- und Auswertungsmöglichkeiten wurden entwickelt um möglichst genau die Entstehung von Bedürfnissen zu kennen, auf diese einzugehen um den Erfolg der zu produzierenden Bedürfnisbefriedigungen erfolgreich einschätzen zu können.

Die Effizienz dieser eindimensionalen Wertekette war spätestens an dieser Stelle nahezu ausgeschöpft, das Bedürfnis- bzw. Kaufverhalten der KonsumentInnen konnte zwar bis zu einem gewissen Grad analysiert werden, zeichnete jedoch immer nur Präferenzen nach: die Wahl zwischen Cola und Pepsi, Bounty und Mars, usw. (vgl. Bruns, 2008. S. 11)

Die Schwierigkeiten die die Unidirektionalität von [Produktion → Distribution → Konsum] mit sich bringt, wurden spätestens bei der Produktion von Massenmedien spürbar, die zeitgleich immer mehr an Bedeutung gewannen, ein eklatantes Gefälle

zwischen produziertem Inhalt und dessen Rezeption, und einer sehr starken „producer/ distributor/consumer trichotomy“ wurde spürbar. (vgl. Bruns, 2008. S.11).

KonsumentInnen-Feedback wurde unabdingbar, in Form von Umfragen, LeserInnenbriefen, etc. wurde der rezipierenden und konsumierenden Position mehr Beachtung geschenkt.

Der marktwirtschaftliche Trend zur Einbindung von KonsumentInnen Feedback führte weiter zur Bildung der sog. *Prosumer/produsage*.

Wider Erwarten, kam es zu keinem Aufweichen der Produktionskette, sondern vielmehr zur Förderung von erweiterten, fortgeschrittenen Konsumfähigkeiten der EndnutzerInnen. Die Verwendung von High-Tech Geräten, wie bspw. Heimkino Produkten, oder IT-Geräten – bei deren Verwendung der/die KonsumentIn dazu aufgefordert wird, sich selbst im Konsum und der Information darüber zu professionalisieren, durch das Lesen von Fachzeitschriften, Messebesuchen, Spezialsendungen, etc. liefert hier ein brauchbares Beispiel. An diesem Punkt der Informationswertschöpfung und –verwertung geht es nicht mehr um Bedürfniserfassung und Befriedigung der KonsumentInnen sondern darüber hinaus um die Schaffung und Rechtfertigung von Wohlstand für den gebildeten und technikbewussten user/consumer.

ii. Producersage:

Professionalisierter Konsum führt in diesem Zusammenhang zur Vervollständigung der besagten Produktionskette, indem KonsumentInnen bis zu einem gewissen Grad in den Prozess der Produktion eingebunden wurden.

Toffler beschreibt diesen Prozess wie folgt:

„producer and consumer, divorced by the industrial revolution, are reunited in the cycle of wealth creation, with the customer contributing not just the money but share data, information vital for the production process. Buyer and supplier share data, information, and knowledge. Someday, customers may also push buttons that activate remote production processes. Consumer and producer fuse into a `prosumer´.” (Toffler, 1990. p.239)

Das Aufkommen des Internets, bestärkte die veränderten Produktionsbedingungen, und beschleunigte sie, so wie auch umgekehrt. Die aufgeweichte *producer-distributor-consumer* Kette, erlebte durch das Aufkommen des Internets ihre offensichtliche Legitimierung und ihre Blütezeit mit den Anfängen der New Economy.

Die Funktionsweise der Internets, die Möglichkeiten einer globalen und zunehmend echtzeitlichen Art der Informationsverbreitung darin, schufen die idealen Voraussetzungen für das Entstehen der sog. *Social Media* und des *Web 2.0* so wie wir es heute verstehen, und entkräfteten somit die traditionellen Produktionsketten.

Der erste Punkt betraf den Zugang zu Informationen selbst. Anstatt wie traditionell in Print- Radio- und TV-Medien angebotene Informationen rezipieren zu können, bewegt sich der/die User im Zeitalter des Internets mündiger und aktiver. Information wird nach Interesse abgerufen und gesucht, der Impuls kommt primär vom User selbst. Der Zugang zu Information ist zudem in den wenigsten Fällen an Zugangsbeschränkungen geknüpft. Niederschwellig wird Information angeboten, und steht somit – entgegen traditioneller Distributionsarten, nicht mehr wenigen, brancheninternen zur Verfügung, sondern wird theoretisch jedem ermöglicht. Gleichzeitig kommt es zu einer weiteren Aufwertung der vormals rezipierenden KonsumentInnen, indem er/sie aus seiner passiven Handlungsunfähigkeit in eine Multiplikatorposition gehoben wird und mit beeinflussen kann ob und welche Informationen schneller verbreitet werden. Zudem kann die Informationsverteilung und Kommunikation mit dessen InteressentInnengruppen sowie Kommunikation zwischen Einzelpersonen, im gleichen

Medium stattfinden und die dezentralisierte Informationsdistribution beschränkt sich dennoch auf einen definierten Raum.

Innerhalb dieses Raumes fällt der Begriff des Aufbrauchens, des Konsumierens flach. Inhalte und Informationen sind aufgrund ihrer technischen Eigenschaften schnell und global teilbar und modifizierbar. Der traditionelle Konsum von Medien, bzw. Informationen eliminiert sich, indem (die meisten) digitalen Informationen nachhaltig im Netz auffindbar sind und nicht „aufgebraucht“ werden können.

Wie bereits in der traditionellen Vermarktungskette beschrieben, sind KonsumentInnen der industriellen Produktionsweise ihrer Mitsprache größtenteils entmündigt. Medien und Informationen sind Güter und Produkte die den KonsumentInnen angeboten werden, lediglich durch Konsumverweigerung kann Dissens und Kritik ausgedrückt werden. Innerhalb der neuen Paradigmen des Web 2.0 bewegen sich MedienproduzentInnen und KonsumentInnen innerhalb der gleichen Parameter und operieren mit denselben Werkzeugen. Dezentralisierung wird zu einem Kernelement und die Tatsache InternetnutzerIn zu sein, und nicht mehr nur RezipientIn, impliziert im voraus mehr Handlungsmöglichkeiten.

Es kommt somit zur Bildung von Interessensgemeinschaften und daraus folgend zu Informationsgemeinschaften, die sich um die Informationsdistribution von bestimmten Interessen bilden. Anfangs im Arbeitsbereich und mit zunehmender Technisierung auch privat.

Die Weiterentwicklung der User, und das Fehlen von starren Handlungsrahmen, dienen hier als eine neue Kategorie seiner Beziehung zu Informationsproduktion und -austausch. Mal agiert der User als Benutzer mal ist er Verwender. Die zentrale Bedeutung ist jedoch nicht seine Position sondern die Tatsache, dass es kein entweder oder in dieser Position benötigt.

Der Moment der bloßen Verwendung von Informationen innerhalb der partizipatorischen Medien, die temporäre Positionierung als User, ist dennoch keine Position fehlenden Outputs. Vielmehr kommt es zu einem Kontinuum indem Führende, erfahrene User Inhalte produzieren, und neue durch ihre Inhaltsproduktion führen. Insofern ist der Punkt der ersten erfolgreichen Partizipation schon bei der

eigenständigen, ersten Angliederung an ein neues soziales Medium erreicht. Sobald User sich auf Facebook, Youtube, etc. registrieren, und das Medium schlicht verwenden, ‚FreundInnenschaften‘ schließen und evtl. andere einladen, nach Interessensgruppen suchen und sich in solche eingliedern, agieren sie als *Producer* innerhalb eines Mediums, hinterlassen Spuren und fungieren mitunter sogar als MultiplikatorInnen spezifischer Informationen.

Das Modell der Produsage kann absolut gleichwertig und erfolgreich mit dem Modell der industriellen Produktionsweise konkurrieren. Im Unterschied zur industriellen Produktionsweise, die innerhalb eines geordneten Systems auf deren Parameter abgestimmt ist, funktioniert und folgt partizipative Wissensproduktion immer nur ihren eigenen selbstgeschaffenen Regeln. Der kollaborative Ansatz funktioniert und ist geleitet von den Regeln der ihn verwendenden und schaffenden Gemeinschaft selbst, und ist mit folgenden vier Punkten kategorisierbar (vgl. Bruns, 2008: S.19):

1. Der kollaborative Lösungsansatz ist immer nur problemlösend - **wahrscheinlichkeitsorientiert** aber nie direkt problemlösend. Durch das Fehlen von Hegemonien, und indem alle gleichberechtigt sind, entstehen bereits erste Problemlösungsansätze sobald Interesse für das jeweilige Thema geweckt wurde.
2. Der kollaborative Lösungsansatz geht immer von einer **Gleichberechtigung** der PartizipantInnen aus. Es gibt keine vorangehende Selektion oder Bedingung um mitzumachen, der Lösungsprozess ist handlungsorientiert und kann in jeder Phase des Projekts begonnen werden. Dennoch leugnet der kollaborative Lösungsansatz nicht Autoritäten, sondern lehnt lediglich starre Hierarchien ab.
3. Je **zusammengesetzter und partikularer die Fassung** eines Projekts ist, desto wahrscheinlicher und schneller wird es im kollaborativen Lösungsansatz erfolgreich.
4. Unabdingbar für den Prozess der Zusammenarbeit ist freier Inhalt, und **gleichberechtigter, niederschwelliger Zugang** dazu. Im Gegensatz zur

industriellen Produktionsweise ist hier die Informationsdistribution und –verwertung an keine starren Parameter gebunden. Sobald der Zugang zum jeweiligen Medium erfolgt, ist prinzipiell die Bandbreite aller Möglichkeiten an Partizipation vorhanden.

Die Produktionskette beginnt hier nicht leer sondern startet bereits mit vorhandenem Inhalt. Ob User sich innerhalb dieser Kette eher als Nutzer oder als Produzenten verhalten variiert mit der Zeit und den Fähigkeiten Einzelner, entscheidend ist dennoch, dass sie sich innerhalb einer Rolle bewegen in der die Grenzen von User und Produzent verschwimmen – und sie so zu *Producers* werden.

Die ‚produzierten‘ Güter an sich, stehen nie unabhängig von den sozialen Rahmenbedingungen innerhalb derer sie produziert worden sind, sondern sind stets in diese eingebettet und können nie für sich selbst, demnach abgekapselt von den jeweiligen sozialen Zusammenhängen, stehen.

„Just as we do not speak of ‚producing‘ our social networks (we build, extend, maintain, improve them), in collaborative content creation much the same observation (of both content and the social relationships among participants) at least as much as it is one of production.“ (Bruns, 2008. S.23)

Beispielsweise lässt sich das Verhalten der meisten User nicht in erster Linie als das von aktiven ProduzentInnen von Inhalt begreifen, sondern eher als das Verhalten von Teilnehmenden. Die Frage nach deren tatsächlicher Partizipation, nach ihrem effektiven Beitrag, ist komplexer und nicht einfach mit einem Output Maßstab messbar. Betrachtet man bspw. gängige Suchmaschinen oder Online-Strategien verschiedenster Firmen, so stellt man fest, dass allein durch das Verwenden von Google, Amazon, Zalando, etc. Daten aufgezeichnet werden und Userverhalten verzeichnet wird. Diese Aufzeichnungen fließen wiederum in die Wertschöpfung hinein, werden verwendet und das Suchen, Surfen, Einkaufen den KundInnenbedürfnissen wiederum angepasst.

Ein weiteres Prinzip der Produusage ist die *Inklusivität*. Je mehr man User in ein bestimmtes Projekt einbinden kann, unabhängig von ihren Talenten und Fertigkeiten, desto schneller steigt die Qualität des Ergebnisses am Ende des Projekts, und obwohl

die Fertigkeiten und Talente der Teilnehmenden nicht alle gleich sind, so haben doch alle die gleichen Anfangsbedingungen, sinnvollen Input zu liefern. Die Ermächtigung des Users, die fehlende Vorschreibung in welcher Art und Weise er/sie sich in bestimmten Projektabschnitten zu verhalten und zu performen hat, steigert in dem Fall die Selbstverantwortung, das Maß an freiwilligem Output und reguliert die Konkurrenzprobleme der User.

Jeder Output, jede Einbringung die nützlich für das Projekt ist, wird angenommen und weiterentwickelt, jedes Stören oder unproduktive Einbringen wird ignoriert und verläuft sich mit größter Wahrscheinlichkeit.

„Participants who consistently make [...] unusable contributions will also themselves drift to the outside of the community, although those found to be usually worthy contributors gradually rise to greater prominence among their peers.” (Bruns, 2008. S. 25)

Selbstregulierung in Form von sich nach Kongruenz bildenden Hierarchien und Selektionen ist hier sehr effektiv. Motivierte Teilnehmer werden ihren Output sorgfältiger überdenken und hinterfragen, auf die Gefahr hin, „an den Rand der Gemeinschaft“ gedrängt zu werden. Wieder zurück in die Gemeinschaft zu finden, an den eigenen Methoden zu arbeiten ist prinzipiell immer möglich, da der ganze Prozess der Prodosage einem ständigem Fluss und Wandel unterliegt.

Der Prozess der Selbstregulierung darf jedoch nicht mit Chaos oder Fehlen von Regeln gleichgesetzt werden. Die Teilnehmenden an Projekten sind in hybriden Kleingruppen organisiert, haben Führende für bestimmte Teilbereiche der Projekte und auch meist für das Gesamtprojekt. Im Unterschied zu klar strukturierten Projekten, werden hier Führende nicht zuerst gewählt und dann eingesetzt, sondern müssen sich beweisen, bevor sie in den Führungsprozess integriert werden.

Strikte Hierarchien sind nicht nur unerwünscht sondern haben sich schlicht selbst wegrationalisiert. Die Möglichkeit einer Spaltung, Trennung und Abkapselung von einzelnen TeilnehmerInnen, die Bildung von mehreren Gemeinschaften in einzelne Gruppen ist immer gegeben, da Effizienz und Rationalisierung Hauptziele von Prodosage Projekten darstellen. Insofern erweist es sich als natürliche Folge, dass #unibrennt sich in einer partizipativen Struktur etablierte.

3.3.3.2 Clay Shirky

Aus einer weniger wirtschaftlichen Notwendigkeit für partikular-partizipative Arbeitsformen als einer sozialen, argumentiert Clay Shirky in seiner Publikation „Here comes everybody. The power of organizing without organizations“. Für Shirky, ist weniger die technische Entwicklung oder die wirtschaftliche Notwendigkeit von Effizienz entscheidend, als das soziale Grundwesen der Menschen: Liebe. Über kommunizierte Gemeinsamkeiten, gruppieren sich Partizipierende. Liebe fungiert gleichermaßen als bindendes Glied, als auch Abgrenzung zu anderen Gemeinschaften. Jeder Prozess der Produktion, sei es die Herstellung von Gütern, die Umsetzung von Ideen oder politische Arbeit, erfordert Gruppen und Gemeinschaften, Arbeitsteilung und somit Kommunikation. Durch die technischen Möglichkeiten hat sich unser soziales Verhalten weniger geändert, als es sich in seiner Geschwindigkeit entwickelt und verdichtet hat. Dort wo früher Kommunikationsstrukturen durch ihre Kosten als Hürde fungierten, und diese Kosten von Firmen aufgrund ihrer Notwendigkeit zur Organisation gezahlt wurden, haben zahlreiche Social Media Dienste diese Hürden abgeschafft. Insbesondere bei Medien ist dieser Prozess erst stark verzögert wahrgenommen worden und das Internet als Parameter verschiebende Prämisse zu spät erkannt worden.

Clay Shirky führt diese verspätete Reaktion auf die Bedrohung der Profession zurück. Komplexe Operationen und feste Handlungsabläufe die eine Spezialisierung erfordern, machen Professionalisierung notwendig. Je knapper die Ressourcen für die Herstellung und Verarbeitung von bestimmten Gütern sind, desto professionalisierter und sequentieller werden die einzelnen Handlungsabläufe. Im Fall von Medienproduktion, insbesondere in der Verarbeitung von Informationen zu Nachrichten, sind die Ressourcen knapp bemessen. Publizistische Konventionen wie z.B.: periodische Erscheinung, Umfang, Finanzierung und thematische Ausrichtung machen eine Spezifizierung von Handlungen und in weiterer Folge die Herausbildung von Disziplinen notwendig, die sich wiederum in Abgrenzung zu anderen Disziplinen aber innerhalb gleicher Themenbereiche definieren. Einerseits ist diese Form der Spezialisierung positiv, da sie zur Herausbildung von hohen Standards führen kann. Auf der anderen Seite können die abgegrenzten und klar definierten Positionen der einzelnen MitarbeiterInnen, zu einem Komplexitätsproblem führen. Anhäufungen und

Verdichtungen, wie sie durch Professionalisierung entstehen, führen zu komplexen Verhaltens- und Kooperationsmustern, die wiederum nur in ihrer Gesamtheit beobachtet und untersucht werden können.

Das Komplexitätsproblem hat Medien dazu gebracht die Bedrohung ihrer eigenen Parameter durch das Internet viel zu spät zu bemerken. Die Möglichkeit, nicht-professionalisierter aber medial interessierter Personen, über diverse Themen zu berichten und diese Berichte über niederschwellige Distributionsapparate zu verbreiten, verschob und bedrohte die Prämissen von traditionellen Medien. Dort wo bis vor kurzem, gut ausgebildete JournalistInnen und RedakteurInnen die Entscheidungsmacht inne hatten, Themen unter den Gesichtspunkten berichtenswert/nicht-berichtenswert auszuwählen, konnten nun *auch* Laien darüber entscheiden was Nachrichten sein konnten. Hierfür war und ist meist nicht einmal eine Entscheidung notwendig – oftmals reicht das Gefühl der Betroffenheit aus. Selbstverständlich ist nicht jeder Output, nicht jeder Blog und jede private Website von Qualität, aber durch die Vielzahl an Angeboten, lassen sich dennoch viele potenzielle Quellen finden. Entscheidend für das Verständnis ist nicht die Trennung von Qualität und Quantität sondern deren Reihenfolge. Im Gegensatz zu etablierten Nachrichtenkanälen, folgt ihm Netz die Qualität der Quantität unmittelbar, und die Praxis des Filterns und Aggregierens wird zu einem essentiellen Werkzeug, das Qualität, und bestimmte, meist aber undefinierte Mindeststandards sichert.

„Simply to remain viable, anyone producing traditional media has to decide what to produce and what not to; the good work has to be sorted from the mediocre in advance of publication.“ (Shirky, 2008: S. 97)

Dort wo in traditionellen Medien die Auswahl und die Aggregation durch professionalisierte Kanäle erfolgte, (die Auswahl der zu publizierenden Texte unternimmt in etablierten Medien die Redaktion, das Veröffentlichen von Büchern ein Lektorat, im Filmbusiness meistens die Produktions- bzw. Förderstelle) hat in Social Media, die Masse/crowd diese Aufgaben übernommen. Der Selektionsprozess erfolgt insbesondere durch positive Affirmationen: gute Blogbeiträge werden durch „Empfehlungen“ weitergeleitet, kommentiert, publiziert und zitiert. Schlechte Beiträge werden zumeist ignoriert und ausgelassen. Durch die Menge an thematischen Blogbeiträgen wird meist nur die positive Selektion bestärkt, da für die Rezeption von wenig empfohlenen und/oder mittelmäßigen schlicht die Zeit fehlt. Gleichzeitig bietet

das Ökosystem der BloggerInnen selbst, eine Vielzahl an möglichen Themen der Berichterstattung für den etablierten Journalismus.

Shirky betont jedoch, die zunehmende, sich ausweitende Berichterstattung durch BürgerInnen nicht als eine Gleichsetzung mit sich ausweitendem Journalismus zu betrachten. Dies würde einer Massen-Professionalisierung gleich stehen, und per se einen Widerspruch darstellen. Vielmehr vollzieht sich der Wandel auf der Ebene des Publizierens. Indem BürgerInnenjournalismus Einzelne zu einem selbstbestimmten Partizipieren anregt, beginnen Laien ihre Erfahrungen und Beobachtungen als eine berichtenswerte Perspektive wahr zu nehmen, und die Praxis des Publizierens ändert sich.

Die sich daraus resultierenden Veränderungen stellen etablierten, professionalisierten Journalismus vor einen Paradigmenwechsel. Privilegien die bis dato JournalistInnen vorbehalten waren wie Presseausweise, redaktioneller Schutz von Informationsquellen, usw. werden zunehmend auch von BloggerInnen verlangt. Ohne eine ausweitende Professionalisierung als Bedrohung für etablierte Berufsgruppen zu verstehen, muss der stattfindende Wandel, und insbesondere seine Auswirkungen auf die bis dahin künstliche Verknappung von Ressourcen in Form von Professionalisierung, untersucht werden. Die Praxis der Professionalisierung aus einer emanzipativen Perspektive zu betrachten, beinhaltet eine reziproke Adaptierung von medialer Produktion. Journalismus soll als eine behandelnde und nicht länger behauptende Praxis adaptiert werden, da sich zeitgleich mit der Ausdehnung des JournalistInnengewerbes auch die ZuhörerInnenschaft und das an Informationsvermittlung interessierte Publikum vergrößert.

„Amateur production, the result of all this new capability, means that the category of ‘consumer’ is now a temporary behavior rather than a permanent identity.” (Shirky, 2008: S. 108)

Anders als Aldous Huxley (vgl. Benjamin, 1963: 29), empfindet Shirky diese Veränderung nicht als „Vulgarität“ sondern als Herausforderung, die – Geert Lovink folgend – einer Anpassung der ökonomischen und existenziellen Grundbedingungen bedarf. Vor diesem Hintergrund, erscheint die mediale Präsenz und die Faszination rund um #unibrennt einleuchtend und unvermeidbar. Die Betroffenen kanalisieren ihre Erfahrungen und Auseinandersetzungen mit Protest und Politik in direkten Kanälen nach außen. Die stellenweise gelebte Unmittelbarkeit der Berichterstattung,

sowie die fehlende Professionalisierung der AkteurInnen machte den Protest für die Zusehenden erfahrbar und brachte ihn spürbar näher. Ohne VertreterInnen und ExpertInnen konnte jedeR seinen eigenen Zugang zum Thema Bildung und Studienbedingungen finden – was einerseits zu der breiten ZuhörerInnenschaft und andererseits zu einer kontroversen Berichterstattung führte. Ein Projekt, eine Zusammenarbeit von solch einer hohen Zahl an Beteiligten, wäre zentral nicht steuerbar gewesen. Partizipative Strukturen etablierten sich vielmehr notwendigerweise als intentional, gerieten jedoch insbesondere in der medialen Auseinandersetzung an ihre Grenzen. Obwohl mit größtmöglichem Anspruch an Niederschwelligkeit und Breite, kristallisierten sich bei den Bereichen die für das Überleben des Protest notwendig erschienen (Presse, Volxküche, Aufräumarbeiten), mit der Zeit Hierarchien ab, deren Abarbeitung mit dem Fokus auf die Medienpraxis hier erfolgen soll.

4 Partizipation und Demokratie im Internet

Die veränderten Bedingungen durch transformierte Wertschöpfungsketten bewirkten eine Integrierung von Rückkopplungskanälen für VerbraucherInnen und UserInnen sowohl in Produktionsprozesse, als auch in Medien und Politik. Auf politische Prozesse angewendet, treffen Bruns Unterscheidungen in ProduzentInnen und DistributorInnen von Inhalt auch auf politische Inhalte zu. ProduzentInnen von Politik (PolitikerInnen, LobbyistInnen, BeraterInnen jeglicher Art, etc.), DistributorInnen (JournalistInnen, VerlegerInnen und dem gesamten Medienkonglomerat) sowie am Ende der VerbraucherInnenkette die KonsumentInnen von Politik (breite Masse), bilden eine überschaubare Grundstruktur der Handlungsspielräume und politischen AkteurInnen. Eine Industrialisierung der Politik ist die ultimative Folge.

Ähnlich wie in anderen Wirtschaftssektoren werden NutzerInnenstatistiken und Umfragen durchgeführt um gezielt die Bedürfnisse und Interessen breiter Massen oder die kleiner, aber lukrativer Gruppen zu decken. Entsprechend den Mechanismen der Marktwirtschaft wird hier in erster Linie eine Markterweiterung forciert um in weiterer Folge politische Nischenmärkte zu erobern. Vor dem Hintergrund einer zunehmend repräsentativen Demokratie konzentrieren sich Wahlkampf und politische Kampagnen verstärkt auf Personen und Image als auf Themengebiete. Die Folgen sind verschwimmende Grenzen bei Parteiprogrammen und schwindende WählerInnenbeteiligung, da die politische Identifizierung zwischen Repräsentierten und Repräsentierenden immer mehr abhanden kommt.

Zeitgleich steigt die Zahl der neuen sozialen Bewegungen und überparteilichen Organisationen. Ihre niederschwellige, oft basisdemokratische und schwarmähnliche Figur vermag die Konzentration auf ein bestimmtes Themengebiet zu verstärken. Die strukturelle Ähnlichkeit und gleichzeitige Verschränkung mit und zu sozialen Medien, ist grundsätzlich nicht technikdeterministisch, da die Bandbreite an technischen Werkzeugen auch etablierten Politik- und MedienproduzentInnen zur Verfügung steht. Vielmehr kommt es zu einer ideologischen und praktischen Befürwortung von Web 2.0 Grundwerten, und daraus resultierend zu spezifischeren Handlungspraktiken. Grundlegende Offenheit von Informationen, Respekt von individuellen Freiheiten der User, hierarchiefreier Umgang und Feedback, die Ermächtigung von Laien zu kreativen

Output und weiter freier Umgang mit Zeit und Zeiteinteilung, stellen die idealen Bedingungen für ein auf Partizipation ausgerichtetes Umfeld. Nicht zuletzt die unmittelbare soziale Anerkennung, führen zu einer breiten Zustimmung innerhalb neuer sozialer Bewegungen. Zudem übt die Erfahrung von Prodsage Projekten und sei es auch nur deren Nutzung und Befürwortung, einen starken Einfluss auf das Verhalten ihrer User aus. Ähnlich wie in Internetforen, sozialen Medien und Plattformen, sind die AktivistInnen mit einer Fülle an heterogenen Meinungsbildern konfrontiert, müssen sich in Konsens-Bildung, einem respektvollen Miteinander und der Notwendigkeit der Eigeninitiative auseinander setzen. Das persönliche Einbringen in Prodsage Projekte, insbesondere in politische, hat somit einen starken emanzipatorischen Effekt auf seine User. (vgl. Bruns, 2008: S.363)

Die Übertragung der vier Prodsage Kriterien (wahrscheinlichkeitsorientiert, gleichberechtigt, granular, kommunal; siehe Kapitel 2.3.2.2.1) auf politische Prozesse führt zu der Annahme, dass freie Mitarbeit und Gestaltung einer breiten Masse an BürgerInnen, besser und gründlicher zu Lösungen beitragen kann, als die Führung und Entscheidungsmacht von und durch Einzelne. Niederschwellig können alle vor dem Hintergrund ihrer individuellen Interessen, ihrem Wissensstand und Fertigkeiten mitarbeiten. Um spezifische Themen, bilden sich in weiterer Folge natürliche Interessens- und Kompetenzgruppen. Diskutierte Inhalte sind per se nicht abgeschlossen, modulierbar und positionieren sich kontinuierlich in offenen Arbeitsprozessen. Erarbeitetes Wissen wird in den Pool an gemeinsam erarbeiteten Artefakten aufgenommen ohne einzelne AutorInnen und UrheberInnen für sich zu beanspruchen. Durch natürliche Differenzierungskriterien ergeben sich innerhalb der Gemeinschaften führende Positionierungen und Entwicklungen.

“[...] leaders arise from within the community based on their contribution to the collaborative building of consensus on current issues, to the collaborative creation of policy, to the collaborative governance of the res publica, the 'public matter', by the public – a formal recognition as a leader in governance, on other words, requires a long track record of constructive participation in the everyday acts of governance undertaken by all citizens.”(Bruns, 2008: S.365)

Inwiefern elektronische Demokratie im Verständnis eines direkten Wahlrechts und partizipatorischen orientierten Umgangs seine Implementierung finden wird bzw. überhaupt kann, bleibt schwer abzuschätzen. Die natürliche Grenze von Prodsage Projekten mit unmittelbarer Auswirkung auf die Partizipationsbereitschaft, liegt in der

kontinuierlichen und prinzipiellen Unabgeschlossenheit ihrer einzelnen Elemente. Trotz des massiven Zulaufs von und zu neuen sozialen Bewegungen, basiert oppositionelle Delegitimierung tatsächlich häufig auf dem genannten Aspekt. Bewegungen wie *#unibrennt*, *Movimiento-15M* auch jüngst *Occupywallstreet* wird vorgeworfen keine konkreten Forderungen zu haben oder keine artikulierte Agenda zu vertreten. Eine weitere Hürde stellt das Fehlen von FührerInnen bei neuen sozialen Bewegungen dar – die auch eine immer wiederkehrende Forderung von VerhandlungspartnerInnen darstellt. Dadurch werden die Motoren und konstanten Antriebskräfte der Bewegungen gleichzeitig zu einem Problem in der Anschlussfindung nach außen. Das daraus resultierende Spannungsfeld bewegt sich in der Weigerung etablierter PolitikerInnen und Parteien, eigene Strukturen zu erneuern und zu revitalisieren. Bei zunehmender Etablierung von Prousage-Kriterien besteht ihrerseits die Befürchtung, dass Parteien und ihre Strukturen in Legitimitätsnot geraten könnten, zumal Prousage-Ideologie mit der Herrschaft Einzelner nicht vereinbar ist.

Obwohl Prousage Projekte durchaus mit Modellen der industriellen Produktionsweise konkurrieren können, ist eine baldige Durchsetzung speziell im politischen Bereich eher nicht zu erwarten. Durchaus lassen sich bestimmte Ansätze finden, um hybride Organisationsstrukturen und Crowdsourcing in bestehende Systeme zu integrieren; wie beispielsweise die zunehmende Verlagerung von Wahlkampfkampagnen in Social Media, etc. So bleibt der Großteil der Einflussnahme, die Web 2.0 Konzepte auf politische Systeme haben, als systemimmanent. Soziale Bewegungen und politische AkteurInnen, agieren zwar aufgrund ihrer gemeinsamen Zielgruppe über die gleichen, breiten und niederschweligen Kanäle, ohne unmittelbar thematisch oder zielorientiert miteinander übereinzustimmen. So gilt der US-Präsidentschaftswahlkampf als eines der am häufigsten angeführten Beispiele für eine positive Einwebung elektronischer Demokratie in politische Prozesse. Die Implementierung von viralen Aktivitäten der WählerInnen, wie Videos, Bildern, Diskussionen in Foren, etc. zielte insbesondere auf Imagekampagnen der einzelnen PräsidentschaftskandidatInnen ab. Nichtsdestotrotz, reagierten BürgerInnen auf die neue Selbstdarstellung der PräsidentschaftskandidatInnen. Sie stellten Fragen zu politischen Programmen, kommentierten auf Youtube gepostete Videos, und beteiligten sich in Foren. Wahlkampf, also das zu bewerbende Produkt, wird nun in eine weitere Dimension der

Interaktivität und der Unmittelbarkeit gehoben und zusätzlich als eine kostengünstige Alternative von etabliertem Wahlkampf implementiert, während den KonsumentInnen von Politik suggeriert wird, dass sie sich zwar viral – aber doch unmittelbar in einen Dialog mit ihren PolitikerInnen begeben können. Die Tatsache, dass zahlreiche Kampagnen seitens der KandidatInnen gezielt ins Internet gestreut wurden und nur dem Anschein nach einer BürgerInnenbeteiligung im Netz entsprachen (vgl. Moorstedt, 2008: S.76) ist zwar relevant – spielt aber für den eigentlichen Selbstermächtigungsprozess der BürgerInnen keine entscheidende Rolle.

„Wenn John McCain nun ein Video über Energiepolitik ins Netz stellt, tauchen auf YouTube schnell neue Clips auf mit Titeln wie ‚AW: John McCain on energy politics‘, in denen Menschen entschlossen oder auch ein wenig nervös in die Kamera schauen und dem Senator ihre Meinung sagen – wichtiger als der tatsächliche Inhalt der Antworten ist das Selbstbewusstsein, das aus ihnen spricht.“ (Moorstedt, 2008: S. 77)

Philipp Auslander folgend, ist die am Umgang mit Neuen Medien empfundene Unmittelbarkeit und *liveness*, durch die die Interaktion mit AkteurInnen in einer temporären Kopräsenz stattfindet (Auslander, 2008), entscheidend. Wenn auch zeitversetzt, entsteht Gleichzeitigkeit während der Interaktion und ein persönlicher Kontakt, nicht zuletzt aufgrund der gemeinsam verwendeten niederschweligen Partizipationsplattform. Das Empfinden von *liveness* und dessen performativer Kontext sowie die Relevanz von Interaktionen zwischen Publikum und Audienz, werden um den Verweis auf zwischenmenschliche Verbindung erweitert.

„Understood in this way, the experience of liveness is not just limited to specific performer-audience interactions but refers to a sense of always being connected to other people, of continuous technologically mediated co-presence with others known and unknown.“ (Auslander, 2011; hier 10:32 – 10:40 Min.)

Konventionelle Kommunikationsebenen werden systematisch um Elemente der Hypertextualität, Interaktivität und Multimedialität erweitert und verdichtet, welche das subjektive Empfinden von *liveness* wiederum verstärken (vgl. Engesser und Wimmer, 2009). Kopräsenz von sozialen Bewegungen und politischen Akteuren in Sphären, in welchen dieselben Kanäle verwendet werden um Unmut und Protest gegenüber PolitikerInnen auszudrücken wie reziprok von diesen um BürgerInnen zu erreichen und in ihrer Partizipation zu ermutigen, unterstützt in weiterer Folge das Empfinden von Augenhöhe und Direktheit. Die Begegnung, bzw. Auseinandersetzung der AdressatInnen und AdressantInnen findet an einem gemeinsamen, öffentlichen

Ort mit Kontakt nach außen statt. „Konnektivität der internen und externen AkteurInnen“ (Wimmer, 2009: S. 47) ermöglicht nicht nur kürzere Kommunikationswege und Vernetzung nach außen, sondern auch Interkonnektivität zu anderen Plattformen, Weblogs und Foren. Solidarität mit weiteren sozialen Bewegungen sowie die Unterstützung von Forderungen anderer thematischer Bezugsgruppen, kann zusätzlich demonstriert werden, wie #unibrennt das mittels „Eselsohr“ und Online-Demo veranschaulicht hat.



Abbildung 1: Screenshot Wiki; Teilnahme zahlreicher Solidarisierender an der "Online-Demo" mittels Eselsohr Implementierung

Mittels eines graphischen Eselsohrs, dessen Anklicken zur #unibrennt-Homepage führte, konnte Solidarität und Unterstützung mit #unibrennt demonstriert werden. An der Aktion beteiligten sich unzählige Blogger sowie mit #unibrennt solidarisierende Bewegungen. Durch die Integrierung des Eselsohrs konnte insbesondere auf der intermedialen Ebene, zusätzliche Reichweite und Popularität generiert werden. Ähnlich wie der #unibrennt-Button offline eine gewisse Symbolwirkung besaß, konnten netzaffine User mit dem Eselsohr auf den Protest verweisen sowie ihre Verbundenheit ausdrücken. Durch die Auflistung aller engagierten Seiten entstand ein gegenseitiger Werbeeffect, dessen Wirkung sich in über vier Millionen Seitenaufrufen widerspiegelte.

4.1 Soziale Bewegungen im Netz

Die Ausdrucksweisen sozialer Bewegungen innerhalb des partizipativen Netzes sind sehr vielfältig und reichen von einer alternativen Publikationspraxis über künstlerische Aktionsformen bis hin zu Cyberaktivismus und Hackerattacken. In Anknüpfung an die Praktiken der 70er Jahre, verlagerte sich die Szene der alternativen Berichterstattung, also einerseits der literarischen Alternativpresse als auch der politischen Alternativpresse, ins Netz und erweiterte ihre Agenda durch Konzepte wie *citizens media*, *open source* oder *intellectual property*. Das Internet, insbesondere die Werkzeuge von Social media, schaffen hier „die Bedingungen für neue Taktiken“. (Winter, 2008: S. 24) Der Umgang mit Medien, deren Bedienung, die eigene technische und künstlerische Versiertheit, werden zu einer neuen universellen Sprache. Social Media liefern die Werkzeuge für eine vielfältige Kommunikation innerhalb von Interessensgruppen: *peer communication*.

Als größter Knotenpunkt, und gleichzeitig eine gelungene Umsetzung und Beispiel der alternativen Publizistik, partizipative Plattformen, wo auf verschiedenen Ebenen die Wirklichkeitsrepräsentation etablierter Medien in Frage gestellt werden und neue Ausdrucksmöglichkeiten erprobt werden können. Gleichzeitig animiert der niederschwellige Anmeldemodus, als auch die Möglichkeit der freien Themenwahl, zu einem emanzipativen BürgerInnenjournalismus. Die Kompetenz der Berichterstattung und Themenwahl, wird so aus den Disziplinen und Domänen des etablierten Journalismus, zurück in die Hände der Betroffenen gelegt und marginalisierten oder von Repression betroffenen Themen eine Bühne geboten. „Everyone is a media outlet“ (vgl. Shirky, 2008: S.55) wirkt hier gleichzeitig als motivierendes und Die Internationale Destinationen der Plattform, unterstreichen den globalen Anspruch der partizipierenden Bewegungen und sorgen für eine transnationale Öffentlichkeit. Der streng antikapitalistische Anspruch der Seite, widerspricht den Regeln kommerzieller und etablierter Medien, und erlaubt es Diskussionen in einer freieren und teilweise auch radikaleren Form, sei es thematisch als auch formell, abzuhalten.

Ein weiterer Aspekt der emanzipativen Praktiken sozialer Bewegungen im Netz, ist die selbstbestimmte und selbstermächtigende Form der Wissens- und Kompetenzaneignung. Vor dem Hintergrund der Einstellung, dass jeder Mensch

grundsätzlich mit den gleichen intellektuellen Möglichkeiten und Voraussetzungen geboren wird, ergeben sich Fragestellungen zu *intellectual properties* und *open source* Konzepten. Hierbei wird geistiges Eigentum und insbesondere dessen Patentierung per se in Frage gestellt, Wissen als freies Gut verstanden und Ideen als ein kontinuierlicher, sich in einer Entwicklung befindlicher Wissenszustand. *Open source* Projekte basieren, sofern sie nicht kommerziell umgesetzt werden, auf Prinzipien die sich gegen *intellectual properties* stellen und zudem in Produzage-orientierten Rahmenbedingungen realisiert werden.

Die Geschichte der Mediennutzung durch neue soziale Bewegungen, unterstreicht und pointiert den kontinuierlichen Versuch Medien und aktuelle mediale Handlungsspielräume für emanzipative Zwecke zu nutzen, unabhängig von gesellschaftlichen Problemstellungen. Extern gilt es Medien für organisatorische Anliegen zu nützen, für Kontaktherstellung, transnationale Vernetzung, Mobilisierung, etc., während auf der Metaebene versucht wird, Gegenöffentlichkeit und deren Bezugnahme und Umkehrung von Öffentlichkeitsprinzipien kritisch zu hinterfragen und aufzuzeigen. Konzeptueller Netzwerkaktivismus, wie Kommunikationsguerilla aber auch direkte Aktionen wie DOS-Attacken von Anonymous sind aus einem strategischen Anspruch auf das Internet entstanden. Auch hier lassen sich transnationale und nationale Tendenzen erkennen. Während Anonymous AktivistInnen in den USA primär die Internetzensur angreifen und sich gegen staatliche Wissens- und Informationshierarchien wenden, wurden österreichische Anonymous AktivistInnen aufgrund von DOS-Attacken auf Webseiten von Regierungsparteien bekannt. Somit vermischen sich organisationelle und inhaltliche Anliegen von Netzaktivismus und erneuern die zyklische Diskussion um ihr revolutionäres Potenzial.

Innerhalb der sich entwickelnden Räume von Web 2.0 sowie Web 3.0 Konzepten, wirken die sich seit den Anfängen der Medientheorie etablierten Theorieachsen neuer sozialer Bewegungen, gleichzeitig in der sich entfaltenden Sphäre. Mit dem Aufkommen der neuen Medien, wiederholte sich die Diskussion um das emanzipative und gegenöffentliche Potenzial neuer Medien. Die Auseinandersetzung mit dem Konzept Gegenöffentlichkeit fungierte im Kern an der Abgrenzung zur bürgerlichen Öffentlichkeit und der sich in ihr etablierten Normen und Konventionen. „One-to-

many“ Kommunikation wurde durch Blogs, Foren, Mailinglisten und Publikationsplattformen ermöglicht. Gleichzeitig wurden Taktiken und Praktiken der Kommunikationsguerilla, des Netzaktivismus sowie der elektronischen Demokratie forciert. Bekannte Formen der Alternativpresse fanden online ihren Raum und vermehrt Reichweite, während etablierte Medien ihre Angebote ins Internet ausweiteten und neue Räume der partizipativen Beteiligung sowie potenzieller Gegenöffentlichkeit ermöglichten. Die Bandbreite der Auseinandersetzung und Erweiterung der Plattformen, spiegelt sich auch in der sprachlichen Pluralität der Begriffe, die sich mit dem Phänomen der partizipativen Formen der Vermittlung beschäftigen. Wimmer (Engesser und Wimmer, 2008: S. 47) spricht von einer „Begriffsinflation“ die insbesondere die Unsicherheiten mit dem Umgang der neuen Kommunikationsformen verdeutlicht. Tendenzen des BürgerInnenjournalismus, wie Blogs, Foren und eigene Seiten, als auch Praktiken der Teilhabe an etablierten Medienformaten werden zur Beschreibung einer produzierten Gegenöffentlichkeit vereinheitlicht. Engesser und Wimmer plädieren für eine differenzierte Beschreibung der gegenöffentlichen Landschaft und unterscheiden in drei Teilbereiche. Demnach konstituiert sich Gegenöffentlichkeit in drei Ebenen, die sich an den Formen des partizipativen Journalismus orientieren. Auf der ersten Ebene, kann Gegenöffentlichkeit in Form von Beiträgen und Hinweisen sowie Ergänzungen zur professionellen Berichterstattung produziert werden. In der zweiten Ebene wird Öffentlichkeit durch Beiträge in etablierten, professionellen Medien generiert, indem LeserInnenbriefe und Berichte externer RedakteurInnen in die klassische Berichterstattung miteinfließen. In der dritten Ebene, wird eine eigene Gegenöffentlichkeit, mithilfe eigener partizipativer Plattformen und Räume generiert, in der eigene publizistische Formate sowie eine autonome inhaltliche Produktion umgesetzt werden kann. Als Beispiel gilt hier die bereits erwähnte Plattform *Indymedia*, die nach dem Prinzip des „open publishing“ funktioniert, sowie eigene Weblogs und kollektive Medienformate.

#unibrennt hat sich auf allen Ebenen der Generierung von Gegenöffentlichkeit beteiligt, wobei durch die Etablierung der eigenen Homepage, des Wikis sowie des Facebook-Netzwerks ein besonderes Augenmerk auf eigenen Plattformen gelegt wurde. Eigene Plattformen sowie Kollektivformate, ermöglichen hypermediale

Verknüpfungen und dadurch ein hohes Vernetzungspotenzial auf nationaler wie auch internationaler Ebene. Systembedingt bleiben diese Formate in einer

„Weblogs und Kollektivformate eignen sich relativ gut dazu, Diskurse anzustoßen und politische Aktionen zu planen. Allerdings bleiben die Effekte in der Regel auf Teilöffentlichkeiten begrenzt. Die Mainstream-Medien ignorieren die Formate weitgehend oder nennen sie zumindest nicht als Quelle.“ (Engesser und Wimmer, 2009: S. 58)

Allem zugrunde liegend, bleibt nach wie vor der gemeinschaftliche Anspruch. Die *crowd*, als Hoffnung für eine kritische Masse, Partizipation und partikulare Beteiligung als Möglichkeit der Bemächtigung und Emanzipation Einzelner abgekoppelt von ökonomischen Interessen. Partizipation als Handlungsimperativ sowie Ideologie.

Wo die Grenzen dieser Partizipation liegen und inwiefern #unibrennt in ihren Grundzügen als neue soziale Bewegung dem Impetus neuer sozialer Medien und der kollaborativen Zusammenarbeit Folge leistete, wie sich der Ausblick dieser medientheoretischen Entwicklungen der letzten Jahre gestaltet, soll in den folgenden Kapiteln erörtert werden.

5 #unibrennt im Kontext seiner medialen Praxis

5.1 #unibrennt im Internet

Als Unibrennt im Herbst 2010 bei der Ars Electronica den „Prix Forum digital communities“ verliehen bekommen hat, konstatierte und konstatiert diese Auszeichnung bis heute den Status quo einer modernen sozialen Bewegung, im Kontext ihrer medialen Praxis. Unibrennt und insbesondere **#unibrennt** fungierten gleichzeitig als Beschreibungen, Perspektiven und Momentaufnahmen, einer sich immer mehr digitalisierenden und granulierenden Gesellschaft. Die Verwendung von Social Media, beginnend mit der ersten Minute der Demonstration am 23. Oktober 2009 die in der Besetzung des Audimax mündete, wurde begleitet von kontinuierlichem Update ins Netz mittels Livestreaming, Micro-Blogging und Foto-Journalismus. Zusätzlich zur Bildung einer thematisch und inhaltlich basierenden kollektiven Identität, konnte die Medialisierung der StudentInnenproteste diese Entwicklung nicht nur verdichten sondern auch beschleunigen. Zugehörigkeit und Gemeinschaftsgefühl, komplexe und vielschichtige Motivationsvorgänge und Prozesse, konnten durch die Vermittlung von Bildern und dadurch auch Stimmungen verdichtet und potenziert werden. Die Verlagerung des Protests auf mehrere Ebenen der Sinneswahrnehmungen, seine Vermehrung in und um das Netz herum, und dadurch seine permanente Verfügbarkeit, konstatierten #unibrennt von einem Protest hin zu einem Ereignis und Event.

Die Demonstration am 22. Oktober 2009, die in der Besetzung des Audimax mündete, lieferte per se eine Vielzahl an Möglichkeiten zur Anschlusskommunikation. Sei es Bildungspolitik, Ökonomisierung von Bildung im Zuge der Wirtschaftskrise (vgl. Schmidinger, 2011), österreichische Protestkultur, die fatale Beschäftigungssituation für Lehrende der Universität oder letztendlich, grundlegende Systemkritik. Die Möglichkeiten der inhaltlichen Identifizierung mit dem Phänomen der Besetzung und des Widerstands waren vielfältig und konstatierten sich anschaulich in den zahlreichen Wortspenden und Tweets.

Gleichzeitig lieferte die Vielfältigkeit der Identifikation und Betroffenheitsmomente, Möglichkeiten zur Kommunikation und wiederum zur Anschlusskommunikation. Eines

der ersten Kommunikationsmittel die im besetzten Audimax eingesetzt wurden und die eine breite Anschlusskommunikation ermöglichten, war die Live-Stream Übertragung aus dem Hörsaal. Unkommentiert, ungefiltert und einen objektiven Anspruch verfolgend, vermittelte sie in Echtzeit. Zusätzlich lieferte ein Chat neben der Live-Stream Seite Platz für Kommentare und Austausch und verwies gleichzeitig auf andere Plattformen die zu Kommunikation anregten. Die Hürden der Partizipation waren insbesondere in den Anfangstagen der #unibrennt Formierung, sehr gering. Aus der Notwendigkeit und Verfügbarkeit kostenloser und schneller Nutzung von Massenkommunikationsmitteln, wurden auf nahezu allen Social Media Kanälen Zugänge errichtet. Verschiedene Social Media Plattformen, erfüllten und implizierten verschiedene Verhaltensweisen und Adapatierungen.

Als zentrales Moment der Anschlusskommunikation erwies sich die Implementierung von medialen Rückkanälen. Wie bereits Brecht in seiner Abhandlung über Radiotheorie diskutierte (vgl. Kapitel 2.1.1.2), präsentierten sich verschiedene Kommentar- und Chatmöglichkeiten als technische Rückkanäle. Die Bildung von Interessensgruppen und Arbeitsgemeinschaften im Laufe des Protests kann weiters als eine zunehmende „Organisation der Ausgeschalteten“ (Brecht: 1967, S.118) verstanden werden. Die Etablierung von eigenen Medien und Foren kann als Verstärkung dieser Tendenzen wahrgenommen werden

Abseits der politischen Motivation die die Proteste zur Besetzung und zur temporären Geiselnahme von Raum und Zeit anspornte, wurde über #unibrennt im Kontext und Spannungsfeld ihres medialen Aktivismus und ihrem virtuellen Engagement berichtet. Sehr ausführlich veranschaulicht das ein Blick auf die Schlagzeilen des #unibrennt Pressespiegels. (vgl. http://unibrennt.at/wiki/index.php/Pressespiegel/Oktober_2009, Zugriff: 15.3.2012) In den ersten Tagen der Besetzung, fungierte primär die Besetzung als Ereignis. „Die braven Enkel der wilden 68er“ (Schwarz: 2009), standen im Rampenlicht des öffentlichen Interesses.

Im Oktober 2009, in den ersten zwei Wochen der Besetzung, dominierten informative Artikel die Berichterstattung rund um #unibrennt. Die Öffentlichkeit wurde ontologisch auf die stattfindende Performance im Hörsaal vorbereitet. Kaum ein österreichisches Tagesblatt, mit Ausnahme traditionell mitte-links positionierten BerichterstatterInnen, wollte und konnte eine Deutung des Spektakels riskieren. Mit der Zeit und dem

zunehmendem Abflauen der Brisanz der Besetzungen, verlagerte sich der Diskurs über und um #unibrennt – weg von einer deskriptiven Berichterstattung hin zu verstärkter Auseinandersetzung mit Bildungspolitik. Wegweisende Medien die bereits zu Beginn des Protests abseits der rein informativen hin zur inhaltlichen Berichterstattung arbeiteten, waren vor allem ausländische, deutschsprachige Medien, die in umfangreicheren Berichten, zum Verstehen der Proteste auf der Metaebene anregten. Sie waren es auch, die sich mit längeren Reportagen, Porträts und Analysen dem Thema intensiver widmeten und die politischen und gesellschaftlichen Umbrüche artikulierten.

Ganz anders die online-community. Seit dem ersten Tag der Übertragung des Live-Streams aus dem Audimax, wurde eine Schar an Menschen zu Hause vor den Computern an das Geschehen im Audimax gefesselt. Erwerbstätige, Interessierte aber noch Unschlüssige, ins Ausland verzogene aber auch BesetzerInnen und Protestierende vor Ort im besetzten Hörsaal, verwendeten den Raum des Internets vielfältig als Erweiterung ihrer Tätigkeit und ihres Aktivismus, sowie zur Vertiefung der inhaltlichen Auseinandersetzung und nicht zuletzt zur Vernetzung und Organisation. Der Live-Stream verband die Menschen außerhalb des Hörsaals mit dem Geschehen vor Ort und diente als gemeinsamer, performativer Raum, der durch den an der Seite mitlaufenden Chat observiert und kommentiert wurde. Viele Gespräche begannen im Live-Stream Chat, indem sie inhaltliche, organisatorische und alltägliche Themen die im Plenum vor Ort diskutiert wurden, kommentierten, diskutierten und auslagerten. Während den Plena wurden immer wieder Inputs aus dem Live-Stream in den Hörsaal hinein geholt und wiederum diskutiert und behandelt. Abseits von informativen, themenbezogenen Kurzmeldungen wurde über Twitter und Chats, auch über allerlei Alltägliches und Organisatorisches kommuniziert.

Erste Gruppenbildungen entstanden impulsiv vor Ort, indem sich Interessierte anhand thematischer Gemeinsamkeiten formierten und aktiv werden wollten. Die meisten waren sich davor nicht bekannt, und so musste die Zusammenarbeit aufgrund von inhaltlichen Überlegungen und durch Ausprobieren stattfinden.

Gerade die Abwesenheit konkreter Führungsstrukturen macht es für die Akteure so interessant, daran teilzunehmen. Dadurch erleben sie gerade in einer Zeit, in dem die individuelle Nutzenmaximierung zur anerkannten Handlungsmaxime geworden ist, die Kraft, die sich aus ihrem kooperativen, entindividualisierten Handeln schöpfen lässt. So

wird ohne Ansehen der Person konsequent nach sachlichen Kriterien entschieden. Und bei aller Heterogenität der Meinungen ist es bislang gelungen, auf Kampfabstimmungen zu verzichten und einen tragfähigen Konsens herzustellen, der dann auch hält - selbst wenn die Entscheidungen oft lediglich darin bestehen, die jeweilige Frage in den Arbeitsgruppen weiter zu diskutieren, neu zu formulieren und erst später abzuarbeiten. (telepolis; Zugriff: 19.3.2012)

Übergreifend, war insbesondere in den ersten intensivsten Tagen der Formierung von #unibrennt, aber auch in weiterer Folge, der Faktor Zeit, als entscheidendes Element. Das Live-Erleben der Geschehnisse vor Ort mittels des Live-Streams, die Simultaneität des gleichzeitigen Kommentierens und Verarbeitens des Gesehenen und Geschehen und dessen nachhaltige Dokumentation in Form von Wikis, Blogs, Pressespiegeln, Video-Plattformen und Text-Archiven, boten den zeitlichen Rahmencluster und machten die Bewegung so innovativ und besonders.

5.1.1 Externe Kommunikation: Live-Stream, Twitter, Facebook

Wie schon erwähnt, sorgte insbesondere der Live-Stream in den Anfangstagen für reges Interesse und fungierte als Ankerpunkt für mediale Aufmerksamkeit. Der Anspruch der #unibrennt-Bewegung Hierarchien abzusagen und Entscheidungen basisdemokratisch durch Plena und Diskussionen zu treffen, implizierte die Notwendigkeit der maximalen Transparenz bei der Entscheidungsfindung. Aber auch ideologisch, als Antwort auf durch-hierarchisierte Zustände an den Universitäten, abgeleitetes Zensuswahlrecht an Instituten und bei Universitätsversammlungen sowie zunehmende Entdemokratisierung, war die Forderung nach Transparenz und die Absage jeglicher hierarchischer Formen unumgänglich. Zusätzlich zu Aktionen wie Demonstrationen, Flashmobs und Besetzungen, ließ #unibrennt – ob vorab berechnet oder nicht – in seine eigenen Prozesse Einsicht halten, und dokumentierte sich in verschiedensten Phasen seiner Arbeit. Dadurch konnte dem Anspruch an maximale Transparenz gerecht werden und den verschiedensten Handlungsabläufen bei der Entstehung von Aktionen wertschätzende Aufmerksamkeit geschenkt werden.

„Im Fall der jüngsten Uni-Protteste hat sich jedoch das Innere nach außen gestülpt: teils bewusst im Namen der Transparenz (z.B. Einrichtung und Aufrechterhaltung des Live-Webstreams aus dem Audimax), teils als Nebeneffekt der unter Studierenden relativ weit verbreiteten Nutzung von Plattformen wie Facebook, StudiVZ und Twitter. Die Folge: Das Material, anhand dessen heute Schlüsse über Besetzung und Besetzer_innen getroffen werden können, ist nicht nur deutlich breiter, es dringt auch weiter in die Trivialität des Alltags jenseits der Inszenierung ein.“ (Herwig, Kossatz und Mark: S. 212)

Das besetzte Audimax, bot mit seinem Fassungsvermögen von über 800 Sitzplätzen, und seiner technischen Ausstattung einer Kamera, Mikrofonen und Lautsprechern, das ideale Zentrum für das zentrale Organ der Bewegung: das Plenum. Das Plenum, das zunächst mehrmals täglich stattfand, mit zunehmender Andauer der Besetzung seltener, dafür organisierter und konzentrierter wurde, fungierte als Arena der Besetzung.

Hier konnten einzelne Arbeitsgruppen ihre Anliegen und „Plenarthemen“ anbringen, über die in Folge abgestimmt wurde. Obwohl die Zusehenden vor dem Live-Stream kein Mit- und Abstimmungsrecht hatten, konnten sie per Chat *Veto* einlegen, also ihre dezidierte Ablehnung gegenüber Entscheidungen und Beschlüssen zum Ausdruck bringen. Jedes Veto bedeutete eine erneute Aufnahme der Diskussionsverhandlungen. Die Erfahrung des Live-Sehens band die Zusehenden an das Geschehen vor den Bildschirmen. Die Unerwartbarkeit des jeweils nächsten Moments, garantierte einen kontinuierlichen Spannungsbogen und Überraschungsmomente. Vergleichbar mit Fernsehen und Live-Übertragungen von sportlichen oder kulturellen Ereignissen, wurde die eigene Wohnung, die eigene Lokalität zum performativen Ort der direkten Auseinandersetzung. Das Fehlen dramaturgischer Stilmittel, erlaubte dem Zusehenden die Auseinandersetzung und Fokussierung auf selbst-gewählte Elemente des Spektakels, Chats die Möglichkeit einer Einflussnahme auf das Geschehen.

Simultan zur Verfolgung des Live-Streams, der primär auf die Plenum-SprecherInnen gerichtet war, wurde das Plenumsprotokoll auf die Wand im Audimax projiziert und war in seiner Erstellung durch einen Link in Gmail Docs auch live mitverfolgbar. Somit konnten beschlossene und im Plenum durch Handzeichen und vormalige Diskussionen abgestimmte Themen, nicht nur per Live-Stream Chat und Twitter mitbestimmt werden, zusätzlich konnten im Fall von schlechter Ton-Qualität des Streams oder Verständnisproblemen, die einzelnen Tagesordnungspunkte und Beschlüsse unmittelbar nachgelesen werden. Die Live-Übertragung des Plenumprotokolls ins Netz, erweiterte die Zahl der aktiv partizipierenden PlenarbesucherInnen um einen erheblichen Anteil. In seinen Höchstphasen zählte der Live-Stream bis zu 3000 BesucherInnen, zusätzlich zu jenen Personen die vor Ort den Hörsaal füllten.

Während des gesamten Etablierungsprozesses von #unibrennt fungierte Twitter als am intensivsten genutztes Medium. Das Bewusstsein, dass es sich hierbei um eine Art der

many-to-many Kommunikation handelte, war von Anfang an gegeben. Somit fungierte Twitter unter dem Hashtag #unibrennt als ein öffentliches, für jeden zugängliches Forum öffentlich: jeder wusste, dass er/sie öffentlich postet und liest. Das Gefühl in einem Schwarm zu kommunizieren, und sich direkt und indirekt mit mehreren Gleichgesinnten zu unterhalten, war für viele Partizipierende ein entscheidender Moment der emotionale, verbindliche Betroffenheit generierte. Durch verschiedene Hashtags wurden thematische Gruppierungen von Kommentaren und Diskussionen möglich. Daraus etablierte sich #unibrennt zu einem allgemeinen Zuordnungshashtag der Proteste, #unsereuni konzentrierte sich auf die bildungspolitischen Aspekte während #audimax und #besetzung eher organisatorische Anliegen und Probleme zusammenfassten.

5.1.2 Interne Kommunikation: Skype, Piratepad-Tools, Gmail

Es bleibt schwer abzuschätzen welches tatsächliche, zählbare Ausmaß, #unibrennt ausmachte. Rund 70 000 „SymphasantInnen“ zählte man auf Facebook und Twitter, bei der ersten Groß-Demonstration sprachen Medien von bis zu 40 000 TeilnehmerInnen und täglich nahmen bis zu 1500 Personen im überfüllten, besetzten Hörsaal Platz. Ohne den Einsatz von frei verfügbarer Software, wäre der massive Andrang an Informationsverarbeitung nicht bewältigbar gewesen. Bis zu 450 E-Mails musste die AG Presse täglich beantworten. Darunter Anfragen von JournalistInnen, Solidarisierungsbekundungen von anderen Universitäten, grundsätzliche Anfragen zur Orientierung oder konkrete Kritikpunkte an Forderungskatalogen. Jegliche Kommunikationseröffnung kam zum selben Gate herein und musste, nach anfänglich fehlender Zuteilung, organisiert werden.

„In den ersten Wochen erreichten uns jeden Tag hunderte e-Mails im offiziellen Account der Protestbewegung. Von der Presse AG wurden sie an die zuständigen Arbeitsgruppen und Ansprechpartner_innen weitergeleitet. Während der Audimaxbesetzung saßen zwischen acht und zwölf Leute im Pressebüro und übernahmen verschiedene Aufgaben – 16 Stunden pro Tag in mehreren Schichten. Die Journalist_innen wurden betreut, die Homepage aktuell gehalten, e-Mails verwaltet und Informationen über Social Networks wie Twitter, Facebook und StudiVZ verteilt.“ (Maier und Arnim-Ellissen: S.212)

Die zu bewältigenden Aufgaben unterschieden sich in ihrem Ausmaß und ihrer Handhabung kaum von den Anforderung die täglich von großen Parteien, Vereinen oder Gemeindeverwaltungen abgearbeitet werden müssen. Mit dem Unterschied,

dass die meisten MitarbeiterInnen unbezahlt und ohne jegliche Ausbildung und Vorkenntnisse in den Arbeitsprozess hineingeworfen wurden. Die Etablierung von #unibrennt-Arbeitsstrukturen, für die die soziale Bewegung öffentlich so viel Lob, Anerkennung und Bewunderung erhielt, formierte sich schlicht aus einer kontinuierlichen Notwendigkeit heraus.

5.1.3 Wiki, Homepage

5.1.3.1 #unibrennt: Trial und Error im Fluss der Zeit

Ein wesentlicher Kernaspekt der #unibrennt-Arbeit, war die kontinuierliche Unabschlussheit der Arbeitsprozesse und die offizielle Absage an jegliche Hierarchien. Basisdemokratie als politisches Pendant und Analogie zur Arbeitsweise, war nur eines der vielen, bzw. eine der vielen gemeinsamen Nenner in der heterogenen Bewegung. Der Begriff „Permanently Beta“ (vgl. Herwig, Kossatz und Mark: S.250) bezeichnet den bei #unibrennt stattgefundenen Prozess, sehr trefflich. Hierbei wird ein Verhalten beschrieben, das ich bereits in Kapitel 2.3.2.1 ausführlich ausgearbeitet habe, und das die Absage an hierarchische Strukturen und ein Sich-Hinein-Begeben in ein fluides, kontinuierlich adaptierbares System des „Trial and Error“ beinhaltet.

Neff und Stark (vgl. Neff und Stark: Permanently Beta: Responsive Organization in the Internet Era), beleuchten und argumentieren den Permanently Beta-Status in seiner Wechselwirkung zu den Möglichkeiten die sich aus einer solchen Arbeitsweise ergeben, und konstatieren hierbei eine technik-deterministische Perspektive. Die Rahmenbedingungen unter denen Codes geschrieben werden und die Funktionsweise der von ihnen zu steuernden Aktionen beeinflussen - wirken sich auf den gesamten Prozess der Anwendung aus. Der Code ist den Programmen per se eingeschrieben, und produziert sowie reproduziert den Spielraum der Anwendungsbreite.

Indem sich Programme und Anwendungen, analog zu ihrer technischen Entwicklung und Innovation, in einem Zustand der ständigen Adaptierung, Veränderung und Fluktuation befinden, befinden sie sich in einem fortwährendem Feedback-Loop mit hoher Änderungssensibilität. Wenn viele Meinungen und Verbesserungsvorschläge in

einem bestimmten Programm bzw. im Fall von #unibrennt, in konkreter Umsetzung resultieren, stieg das Gefühl der Verwirklichung der eigenen Vorstellungen und die persönliche Einbindung resultiert in Selbstverwirklichung. Bei der technischen Entwicklung von Programmen führt Selbstverwirklichung bis zu einem, auf die eigenen Bedürfnisse abgestimmten Programm – im Fall von #unibrennt gab sie Studierenden und AktivistInnen das Gefühl der Handlungsmacht und –möglichkeit, was sie wiederum stärker in das Geschehen integrierte.

Zusammengefasst konnte man eine Vielzahl von bis dato geforderten und in Kapitel 4 ausgearbeiteten Medienkonzepten bei der medialen Praxis von #unibrennt wiederfinden, die wiederum häufig durch die Verwendung von digitalen Medien verbessert und teilweise erst ermöglicht wurden.

Insbesondere das Konzept Gegenöffentlichkeit, das Megaphonmodell, Konzepte Alternativer Medien sowie Aktionen der Kommunikationsguerilla wurden während #unibrennt ausführlich abgehandelt. Im Hinblick auf theoretische Konzepte wie beispielsweise den Angriff auf etablierte Medienpraktiken und Normen wie es die StudentInnenproteste der 1968er taten, blieben jedoch aus. Primär konzentrierte sich #unibrennt auf die Etablierung von eigenen Medienkanälen oder versuchten mit gängigen Methoden im etablierten Mediensystem unterzukommen. Hierzu wurden InterviewpartnerInnen für Interviews und Fernsehberichte zur Verfügung gestellt oder VertreterInnen für geleitete Diskussionen im Fernsehen gewählt obwohl ein Grundsatz der Bewegung lautete, keine VertreterInnen zu wählen. Starke Kritik kam hierbei seitens anarchistischer Kreise die an den Protesten beteiligt waren. Diese plädierte für eine mediale Kammer, in der Informationen zum und über den Stand der Protestbewegung ausschließlich über eigene Kanäle publiziert hätten werden sollen. Diese Kritik fand bei Mitgliedern der #unibrennt-Presseabteilung wenig Beachtung. Viele die in der Presseabteilung arbeiteten, waren fachliche PublizistInnen und MedienwissenschaftlerInnen die einerseits keine andere Form von Medienarbeit in ihrer Ausbildung vermittelt bekommen hatten und gleichzeitig den hohen Konkurrenzdruck in dem Gewerbe durch Profilierung bei #unibrennt-Medienarbeit entgegenstehen konnten. Gegen Ende der akuten Besetzungsphase von #unibrennt wurde viel Zeit und dadurch Ressourcen dafür aufgebracht, falsche Pressemitteilungen

zu korrigieren und spezifisch für die Aufmerksamkeit der Medien zugeschnittene Presseaktionen abzuhalten.

Parallel dazu wurden insbesondere seitens der anarchistischen TeilnehmerInnen von #unibrennt kreative Aktionen abgehalten die noch am ehesten mit der Praxis der Kommunikationsguerilla vergleichbar sind. So halte ich zwei Aktionen für hervorhebenswert, einerseits die Wahl der „Die Drei Da“ für den Auftakt des sogenannten Hochschuldialogs und die Abhaltung des „Alternativen Hochschuldialogs“ sowie weiters die Aktion „Café Winkler“. Diese Aktionen griffen durch ihre Dramaturgie die bestehenden Kommunikationssysteme an, die zwischen Universität und Studierenden seitens der Universität etabliert worden waren (immer geringer werdende Mitsprache- und Wahlrechte sowie bürokratische Hürden und lange Kommunikationswege).

6 Grenzen medialer Praktiken

6.1 Die Suche nach den „neuen Intellektuellen“

In den letzten Jahren des 20. Jahrhunderts entwickelt sich das Internet gemeinsam mit dem Ausbau der Telekommunikation immer stärker zu einer Informations- und Kommunikationsplattform. Austausch von Ideen und Erfahrungen wurde erleichtert und global möglich gemacht. Das Internet, als ein Mittel der Freiheit der Information und des Wissens gepriesen, als ein Ort, an dem sich bisher herrschende Prämissen von Raum und Zeit in gänzlich neuen Zusammenhängen verknüpfen, inspirierte zu neuen theoretischen Auseinandersetzungen und Hoffnungen, wie Visionen von direkter Cyberdemokratie (Hagen, 1997) und kollektiver Intelligenz (Lévy, 1997). Demokratiepoltische Utopien prägten das Aufkommen des neuen Mediums, das sich so schnell wie kein anderes zuvor entwickelte. Neue Reichweiten und Kommunikationsstrukturen versprachen großes Potenzial an erfolgreichen Handlungsimpulsen. Die von Medientheoretikern herbeigesehnte Gleichzeitigkeit von Senden und Empfangen wurde ermöglicht und verhiess erstmals wahre demokratische Verhältnisse. Die Trennung von ProduzentInnen und RezipientInnen in Medien und Öffentlichkeit, lag in Reichweite und der von Brecht geforderte Rückkanal sowie die Einbindung von BürgerInnen in eine breite, niederschwellige Öffentlichkeit in eine mediale, kommunikative Wechselwirkung mit demokratischen Institutionen, schienen sich abseits von theoretischen Versprechungen zu verwirklichen. An der Abarbeitung und Zusammenführung des Konzepts Gegenöffentlichkeit, der authentischen Kommunikation sowie der Rückkanal-Theorie, inspirierten die aufkommenden Neuen Medien die Möglichkeiten der Verwirklichung von medien- und demokratiethoretischen Visionen. Die optimistischen und Technik-euphorischen Ansätze interpretierten den Cyberspace als Perspektive einer elektronischen Agora, als einen virtuellen Platz, auf dem jeder seine Meinung ohne Angst vor Zensur und Repression frei äußern konnte. Um dieses Ziel zu erreichen musste das Netz möglichst breit und niederschwellig zugänglich gemacht und vereinfacht werden. Gleichzeitig zu der emanzipativ interpretierten Zukunft des Netzes, pries der pionierhafte und unternehmerisch orientierte Ansatz der *Kalifornischen Ideologie* (vgl. Barbrook und Cameron, 1997: <http://www.heise.de/tp/artikel/1/1007/1.html>; Zugriff: 11.09.2012)

die wirtschaftlichen Aspekte der Netzkultur und den sich eröffnenden neuen Marktplatz. Die neuen Informationstechnologien, so das Credo, würden die Macht des Individuums vergrößern, die persönliche Freiheit stärken und so die Macht des Nationalstaates verringern. Infolgedessen könnten „bestehende gesellschaftliche, politische und staatliche Machtstrukturen [...] zugunsten von unbeschränkten Interaktionen zwischen autonomen Individuen und ihrer Software verschwinden.“ (ebda. Barbrook und Cameron, 1997). Dies könnte allerdings nur gelingen, wenn Informationen frei verfügbar wären und man konstanten Zugang zur Verbesserung von Systemen, insbesondere in Form von Computerprogrammen, besitzen würde.

Als symbolische Verkörperung beider Ansätze dient bis heute der Hacker. Seit der rasanten Entwicklung des Internets agiert er erstmals als „Subjekt der Geschichte - eine Rolle, die früher dem charismatischen Leadership sozialer Revolten zugeschrieben wurde“ (Bruns & Reichert, 2007). Die Entstehung des Archetyps eines depersonalisierten, revolutionären Hackers, projizierte eine Perspektive, die über Generationen hinaus subversive, revolutionäre Synergien in sich vereinen konnte. Die Macht hatten die, die Technik bedienen und sich aneignen konnten. Die Praxis des Hackers war das *debuggen*, des Auffindens von Fehlern in bestehenden Computersystemen und deren Entfernung. Je mehr sich die operativen und informellen Elemente großer Institutionen, Firmen und Konzerne ins Netz verlagerten, desto politischer und wichtiger wurde der Hacker, desto symbolischer wurde die Aufgabe des *debuggens*, als Praxis des Aufzeigens von Lücken im System. KünstlerInnengruppen (Elektronik Disturbance Theatre), medienkritische Ensembles (Critical Art Ensemble) und MedientheoretikerInnen (vgl. Lovink, Zuboff, Mozorov, Shirky) beschäftigten sich vor dem Hintergrund dieser Fragestellungen mit verschiedenen Formen des Protests im Netz. Ausschlaggebende Idee hinter virtuellen Störaktionen war die Verlagerung von Protesten direkt in die neuen Räume der Machtakkumulation. Denn die durch das Aufkommen der Neuen Medien veränderten Macht- und Raumgefüge, verlangten aus Sicht der MedienaktivistInnen nach neuen Formen des Protestes.

The rules of cultural and political resistance have dramatically changed. The revolution in technology brought about by the rapid development of the computer and video has created a new geography of power relations in the first world that could only be imagined as little as twenty years ago: people are reduced to data, surveillance occurs on a global scale, minds are melded to screenal reality, and an authoritarian power emerges that

thrives on absence. The new geography is a virtual geography, and the core of political and cultural resistance must assert itself in this electronic space. (Critical Art Ensemble, 1996: S. 3)

Aktionistische Elemente von *Hacktivisten*⁴ umfassten beispielsweise das Blockieren von Webseiten durch DOS-Attacken, die Simulation von virtuellen Sit-Ins, aber auch entfremdende und persiflierende Aneignungen der Kommunikationsguerilla (vgl. Kapitel 3.2.2.1).

Abseits der kulturpessimistischen Einstellung zu neuen Informationstechnologien, die sich angesichts der großen Nachfrage und rapiden Entwicklung des Netzes nicht durchsetzen konnten, mitten im sogenannten Zeitgeist des Netzrauschens, im Widerspruch von Technikeuphorie und Kulturpessimismus, verfassen Geert Lovink und Pit Schulz ihren „Aufruf zur Netzkritik“ (Lovink & Schulz, 1999), in dem sie die aktuellen Debatten rund um das aufkommende Medium zusammenfassen. Netzkritik soll in ihrem Sinne als reflektierte und aktive „Theoriepraxis“ (ebda: S.6) verstanden werden, als eine kritische Auseinandersetzung mit vorangegangenen Medientheorien, als eine Art digitalen Dekonstruktivismus, der Gesellschaftskritik in einer hybriden Masse sucht. Schulz und Lovink propagieren eine Rekombination von bisher vorhandenem Wissen, setzen auf Kollaboration und Kooperation und hoffen auf die Vernetzung von Datenströmen. Lovink und Schulz betonen, dass vieles möglich ist, „solange es offene Netze und Mailboxen gibt und eine ausgedehnte politische Technik-Kultur, die viele erst noch entdecken müssen.“ (Schulz & Lovink, 1997: S.8). Gleichzeitig sprechen sie sich klar gegen eine starre Struktur und allgemeine Theoriedogmen aus, wiederholen den sich entwickelnden und fluiden Raum des Internets und propagieren einen gelebten Zugang zum Internet. Lovink und Schulz propagieren eine Freiheit der Technik, die sich in den Diskurs mit ihrer gesellschaftlichen Umsetzung und Eingliederung stellt und warnen vor Machtinteressen und potenziellen politischen Absichten, die sich hinter einer zu starken und unbedachten Forcierung von Cyberkultur verstecken könnten.

⁴ Der Begriff des Hacktivisten (aus dem englischen *hacktivist*) stellt eine Zusammensetzung aus den Worten *hacker* und *activist* dar und repräsentiert die Verwendung von Computern, Netzwerken und Informationen, um auf politische Inhalte und Forderungen aufmerksam zu machen. (vgl. <http://www.wired.com/techbiz/it/news/2004/07/64193>; letzter Zugriff am: 07.09.2012).

Diese Warnung macht hier die Einforderung von offline-Realitäten notwendig und stellt die Notwendigkeit ins Zentrum, sich abseits der digitalen Räume und Welten zu vernetzen. Beispielsweise durch „Symposien, Netzarbeiterkollektive, Kneipen und Privatwohnungen“ eine gewisse Ernsthaftigkeit in die „unerträgliche Leichtigkeit der digitalen Kosmopoliten“ einzuschreiben. Die Bedeutung der Vernetzung geht für die neuen sozialen Bewegungen über den Bereich der Digitalisierung ihrer Öffentlichkeitsarbeit hinaus. Der *hacker* steht bei Lovink für den Inbegriff des Cyberaktivismus, dessen Arbeit in einem marxistischen Verständnis einer Aneignung der Produktionsmittel gleichkommt.

Insbesondere durch die aktuelle Debatte um Datensicherheit und die Speicherung von Daten auf Vorrat, wird der Diskurs und die Praxis des Hackens sowie der Forderung nach uneingeschränkter Informationsfreiheit wieder neu aufgerollt und zu einer konstanten politischen Praxis. Die rhetorische Figur des Hackers und des depersonalisierten revolutionären Akteurs, wird durch Anonymous und die in schwarz gekleideten Hackergemeinschaften sowie durch das Tragen der anonymisierenden Guy Fawkes Maske gebrandmarkt. Der anonyme Hacker hat nun ein Gesicht, eine personifizierte Ethik und wendet sich gleichzeitig von jeglicher Subjektivierung ab. Das Gemeinsame abseits der Anonymität bleibt der Konsens auf eine bestimmte übergeordnete Hackerethik, die nicht zufällig die Grundprinzipien der Prousage-Kriterien und der politischen sowie medialen Praxis von #unibrennt in sich vereint. Die mediale Präsenz und Praxis von #unibrennt lässt sich rückblickend in vielen Überlegungen früher NetzaktivistInnen und TheoretikerInnen wiederfinden. Steven Levy (Levy, 1994) fasst Hackerethik in folgenden Punkten zusammen:

(1) Alle Informationen müssen frei sein; (2) Misstrauere Autoritäten – fördere Dezentralisierung; (3) Beurteile einen Hacker nach dem, was er tut, nicht nach den üblichen, sinnlosen Kriterien wie akademischer Grad, Alter, ethnischer Zugehörigkeit oder gesellschaftlicher Stellung.

Betrachtet man die Heterogenität der #unibrennt-Bewegung und dessen unterschiedliche AkteurInnen, werden die Parallelen zur sogenannten Hackerethik deutlich. Besonders stark kristallisierte sich die Vielschichtigkeit der Bewegung im basisdemokratisch produzierten Dokumentarfilm „Imagin' Audimax“ (AG Doku: 2010), in dem von Studierenden über Obdachlose sowie protestierende Lehrkräfte alle auf

Basis der gemeinsamen Fragestellungen ihren persönlichen Zugang zum besetzten Audimax schildern, um von ähnlichen Erfahrungen berichten zu können.

Der Leitspruch der #unibrennt-Bewegung „Eine_r von vielen“ pointierte die Grundlage des Gemeinsamen in der Bewegung. Quer durch Bildungsschichten, Alter, ethnischer Zugehörigkeit oder gesellschaftlicher Stellung, verfolgte man im Protest einen gemeinsamen Nenner – die Suche nach der Verantwortlichkeit für die chronische Unterfinanzierung des Bildungssektors. Insofern konnte frei nach den Prinzipien der Hackerethik jede_r seinen Beitrag zur Bewegung leisten, jede_r, der/die in einer Form von den schlechten Bedingungen im Bildungssektor betroffen war. So endete der Bildungsprotest nicht wie bei der Studierendenbewegung auf der Universität, sondern umfasste (wenn auch nur kurzfristig) Solidarisierungen mit unzufriedenen KindergartenpädagogInnen, SchülerInnen sowie streikenden und in Lohnverhandlungen stehenden Gewerkschaften der MetallerInnen.

15 Jahre nach Verfassen von „Netzkritik“, mitten im Zeitalter des Web 2.0, scheinen sich die Forderungen und Wünsche von Schultz und Lovink nur bedingt zu erfüllen. Die Auseinandersetzung mit emanzipatorischen Möglichkeiten von Medien muss mit dem Aufkommen der neuen Internet-Technologien in jedem Fall neu aufgerollt werden. Die Unzufriedenheit mit aktuellen medientheoretischen Überlegungen, insbesondere die der deutschen Medientheorie, zieht sich durch Lovinks Studien. Es würde nach wie vor separiert geforscht werden. Kaum ein/e MedientheoretikerIn würde sich grenzüberschreitend und hybride dem Aspekt der neuen Medien widmen. Die Schwierigkeiten, das Internet in seiner Ganzheit zu erfassen, würden sich darin spiegeln, dass die wenigsten MedientheoretikerInnen im Netz auffindbar wären, geschweige denn sich selbst die Praktiken ihrer eigenen Forschungsfelder aneignen würden (beispielsweise durch das selbstverständliche Verwenden von Web 2.0 Anwendungen). Immer noch würden Intellektuelle verstärkt etablierte Medien konsumieren. Nachrichten würden nach wie vor aus dem Fernsehen rezipiert werden, der tägliche Griff zur Zeitung bliebe unhinterfragt natürlich.

Tatsächlich bleibt die Implementierung von TheoretikerInnen auf z. B. Facebook, Twitter und Blogs abseits der MedientheoretikerInnen eine rare und wenig frequentierte Praxis und lässt nach der Rolle der Position der Intellektuellen im Cyberspace fragen. Wissenschaftliche Publikationen in Buchform existierten nur noch

der Form halber, die Ökonomisierung der Bildung hätte hier ganze Arbeit geleistet und durch gezwungene formelle Publizierungen das „Zeitalter des Autors“ beendet. (vgl. Lovink, 2001: S.39) An die Stelle des verstaubten offline Intellektuellen, solle der/die virtuelle Intellektuelle treten, der hochgradig vernetzt, über ein wesentliches neues Merkmal verfüge: technische Kompetenz. Lovinks Idealtypus des/der virtuellen Intellektuellen, verkörpert alle Kriterien der Prodosage-Ideologie und würde zudem gekonnt, ganz im Sinne der Kommunikationsguerilla und der taktischen Medien, die Grenzen zwischen Kunst, Wissenschaft und Politik aufheben. Text würde auch in diesem Fall des Intellektuellen zum dominierenden Medium werden, allerdings durch die Einflechtung von Bildern, Videos und Ton, der Hybridität des Netzes gerecht werden.

Idealerweise würde die Kenntnis von Hypertextstrukturen und Programmiersprachen, diese Intellektuellen dazu bringen, neue Medien und dadurch entstehende neue Machtstrukturen in einem größeren Zusammenhang zu reflektieren. Diese gänzlich neuen Sphären, in einer logischen Sprachstruktur kommunizierend, würden schließlich für eine kritische Rezeption, die Kenntnis ihrer eigenen Sprache erfordern. Dadurch würde die technikdeterministische Haltung früherer NetzwerktheoretikerInnen ad absurdum geführt werden. In diesem Zusammenhang sieht auch Lovink den aktuellen Trend neuer sozialer Bewegungen, Demonstrationen, Petitionen und zivilen Ungehorsam auf die Straße zurückzuholen, als „ineffektive und leere Rituale“ (Lovink, 2004: S. 35). Herrschaft und Repression hätten längst den sichtbaren Bereich der Öffentlichkeit verlassen und müssten durch gezieltere Angriffe kreativ diffamiert werden.

Der Intellektuelle, als öffentliche Gestalt mit signifikantem Einfluss, als Meinungsführer und Wissensarbeiter, hätte ausgedient, so Lovink, und in Hinblick auf #unibrennt lassen sich Lovinks Enttäuschungen und Forderungen gut nachverfolgen. Obgleich Lovink einen *status quo* der Netzwerk- und Medientheorien konstatiert, möchte ich die Gründe und konkreten Ausprägungen seiner Überlegungen in den folgenden Kapiteln anhand des Fallbeispiel #unibrennt näher erörtern und die Grenzgänge für neue soziale Bewegungen darin skizzieren.

Folglich sollen einige Grundüberlegungen das Gefühl für den herrschenden Zeitgeist vermitteln und Veränderungen im Umgang mit Medien und Informationstechnologien,

sowie dessen Folgen, skizzieren. Den Grundüberlegungen des BürgerInnenjournalismus und den Prinzipien der abgeflachten Wissenshierarchien folgend, wurden viele Hoffnungen aufgrund neu entstandener Partizipationsgrenzen und Unterschiede nicht erfüllt und unter anderem aufgrund struktureller Eigenheiten verdrängt.

6.2 *Verändertes Raum-Zeit Gefüge*

Um Räume zu wechseln, um Informationsräume zu tauschen und neu zu betreten, muss im Internetzeitalter selten die Lokalität gewechselt werden. Bezogen auf den Alltag im Netz, kann das Wechseln von Räumen auf rein inhaltliche Aspekte, kaum mehr aber auf die Struktur selbst angewandt werden. Die so entstandene Zeit wird als Zeit-Überschuss in anderen Domänen verwendet und somit kompensiert. Erstmals in der Geschichte der Medientheorie, muss das Internet als eine eigene Dimension definiert werden, die gänzlich dem Zeitverständnis und -gebrauch anderer Medien, wie Radio, Print und TV, widerspricht. Die Globalisierung von nahezu allen Lebensbereichen, hat das Netz und seine veränderten Zeitbedingungen zu einem unverzichtbaren Werkzeug gemacht und gleichzeitig ein neues Verständnis von Zeit-Strukturen gefordert. Die Problematik des Netzrauschens, demnach die Überforderung durch ein Überangebot an Informationen mit einhergehender Gleichzeitigkeit, ist vielmehr die Schwierigkeit der Zeit-Indifferenz. Vielmehr seien die geschilderten Problematiken Teil der spezifischen Qualität von Internetdomänen.

“Man denke nur an mehrere Sitzungen, die gleichzeitig stattfinden, wie z.B.: Chatten, via Skype sprechen, durch MySpace surfen, Videos anschauen, Blog-Links nachgehen, eintreffende E-Mails lesen und beantworten, eine Suche durchführen. Wenn man (mit seinem DSL-Breitband-Zugang) die ganze Zeit online ist, ist es das Bündel dieser endlosen Sitzungen, das die Internet-Erfahrung definiert.” (Lovink, 2008: S.27)

Mehrere Tätigkeiten, die nebeneinander bis zu gleichzeitig stattfinden und bewältigt werden, stellen die durchschnittlich erfahrbare Zeit im Internet dar. Der sich daraus ergebende verdichtete Zeitnutzen sollte im Sinne einer Neuorientierung verstanden werden.

6.3 Aufmerksamkeit

In diesem Kontext ergibt sich ein weiteres Phänomen, das insbesondere für die Verwendung von Social Media typisch ist: die Aufmerksamkeitsökonomie. Hier wird gemessen, wie viel Zeit mit dem jeweiligen Medium verbracht wird, wodurch und wann diese Aufmerksamkeit abdriftet und wie sie wiederum anderwärtig verwendet wird.⁵ Zielloses, sich selbst fortwährend durch weitere Ablenkung unterbrechendes Surfen wird zu einem alltäglichen Problem. Internet-Zeit verlässt ihren gewohnten, ursprünglich linearen und chronologischen Rahmen und definiert sich fortan über „Threads“. Threads strukturieren Zeit zu thematischen Bündeln, das zusammenhaltende Werkzeug ist nunmehr das eigene Interesse und weniger externe Faktoren. Hier plädiert Lovink, den Begriff des Flaneurs wieder in den alltäglichen Sprachgebrauch einzuführen. Das Flanieren im Netz, das Surfen, wird zuerst zu einer orientierenden und fortwährend spezifizierenden Praxis der Informationsbeschaffung und -berieselung. Die Gleichzeitigkeit von mehreren Inhalten, Kommunikationen, Handlungen und Absichten, lässt die Konzentration oft abflachen, die Aufmerksamkeit verbreitern und die Informationswerte neu ordnen. Mehr Nachrichten in kürzerer Zeit, heruntergebrochen auf die formalen Anforderungen des Netzes, sind in vielfacher Hinsicht positiv für ein breit gefächertes Informationspotenzial – können jedoch durch fehlende Tiefe auf eine übergeordnete Metainformation für das Verständnis umfassenderer Zusammenhänge, nicht verzichten.

6.4 Ökonomische Grenzen

Laut Lovink, hat Ende der neunziger Jahre ein massiver Hype um neue Medien und Blogs stattgefunden, dessen Versprechen nicht eingelöst werden konnten. Vor dem Hintergrund der versprochenen und erträumten Selbstermächtigung und Emanzipierung in Form von Blogs und BürgerInnenjournalismus, wich die anfängliche Technikeuphorie der frühen 90er einer harten Realitätsprüfung. (Lovink, 2008: S.38)

⁵ Ein gutes Beispiel liefern hierfür zahlreiche Blogs, die tagtäglich aus den (Band-)Breiten des Netzes schießen. Der Anspruch auf Inhalte und eine gewisse Pflege der Schreibkultur, würde bei der Großzahl an Bloggern einem blinden Buhlen um Aufmerksamkeit erliegen, der sich in der eifrigen Messung von Zugriffszahlen und Rankings offeriere.

Das Versprechen der 90er Jahre: „Content is King“ (zit. nach ebda. S.26) hätte sich als falsch herausgestellt, so Lovink - die Idee des Bloggens und des freiwilligen Partizipierens beschränke sich auf einige wenige, die den Traffic kontrollieren und zählen würden, und auf Aggregatoren, die durch Filterung von Informationen und Inhalten Gewinne erzielen. Somit würden diejenigen, die Inhalte sammeln, bündeln und weiterverteilen, höhere Gewinne erzielen, als diejenigen, die die Inhalte zur Verfügung stellen, wie Fallbeispiele wie Google und Facebook vorexerzieren.

„Wie Inhaltsproduzenten künftig ihren Lebensunterhalt bestreiten sollen, wird als individuelles Problem gesehen und kaum diskutiert. Die meisten von ihnen sind Amateure und die wenigen Professionellen erzielen ihr Einkommen über die alten Medien wie Print, Film, Fernsehen und Radio.“ (ebda. S.27) .

Lovink konstatiert im Bloggen und Publizieren eine Form von „kreativen Nihilismus, der offen die Hegemonie der Massenmedien in Frage stellt“ (ebda. S. 33). Die von Noam Chomsky dargestellten ökonomischen und machtgenerierenden Strukturen von Medienmonopolen (vgl. Kapitel 2.2.2), würden zwar durch das Bloggen umgangen werden, die sich daraus ergebende Kluft – nämlich die der fehlenden finanziellen Entlohnung, nicht bedacht werden. Im selben Kontext wird eine Grenze zwischen angewandter Produktionsform in Form von kollektiv generierendem Inhalt (Youtube, Facebook, etc.) und der vermeintlich emanzipativen Ermächtigung durch BürgerInnenjournalismus und Bloggen, gezogen. Die Frage nach der Entlohnung des im Bereich der Produktions-Projekte entstehenden Mehrwerts, bleibt unbeantwortet. Profit lukrieren AnbieterInnen, DistributorInnen und Werbeflächen. Die Verhältnismäßigkeit des individuellen Nutzens der User zum Aufwand und der Entlohnung und dessen Produktion ist schwer messbar und infolgedessen zu wenig in Erfahrung gebracht und spiegelt sich in Diskussionen um UrheberInnenrechte für kreative Inhalte sowie der Forderung nach einer *Kulturflatrate*.

6.5 Kulturelle, sprachliche Barrieren

Zu guter Letzt sei auf kulturelle Unterschiede und Themen hingewiesen, deren Publikationen sich auf lokale Problemstellungen beschränken, sodass globale emanzipatorische Ansprüche zurückgeschraubt werden müssen. Eine entscheidende Rolle kommt hier auch dem herrschenden Anglizentrismus zu, der sowohl auf Inhalte als auch Strukturen des Web 2.0 angewendet wird. So sehr Blogs und emanzipative

Projekte im Netz sich praktisch auf die Aufwertung von minorisierten Themen und Perspektive konzentrieren würden, käme es dennoch zu einer Überrepräsentation von Betroffenenperspektiven. Probleme, die durchaus übergeordneten Strukturen zugeordnet werden könnten, würden oft als solche nicht wahr genommen werden und sich auf die Darstellung von regionalen, kulturellen und fallspezifischen Eigenheiten beschränken.

6.6 Partizipation als Handlungsimperativ

Seit zu Beginn der Jahrtausendwende und dem Aufkommen des Internets, Wissen und Zugang dazu konstant erleichtert wurden, begann in der Wissenschaft und innerhalb der neuen sozialen Bewegungen die Debatte um dessen tatsächliche Freiheit und das Potenzial, Wissensmonopole und Hierarchien zu durchbrechen. Während sich die optimistische Perspektive im NutzerInnenverhalten und den Vernetzungsmöglichkeiten von neuen sozialen Bewegungen widerspiegelt, kann die pessimistische Sichtweise ihren Höhepunkt in der Diskussion um Urheberrechte und die Freiheit von Wissen verorten. Felix Stalder (Stalder, 2011) bevorzugt beim Diskurs über freies Wissen die Bezeichnung *demokratische Wissensordnung*, die sich im Gegensatz zum abstrakten Freiheitsbegriff klarer definieren lässt. Um Informationen tatsächlich im Sinne von freiem Wissen anbieten zu können, müssen laut Stalder folgende Punkte gewährleistet sein: (1) Legitimation aus der aktiven Partizipation, (2) Verhinderung von Wissensmonopolen und (3) Schutz des minoritären Wissens, bei sonstiger Herausbildung von Hierarchien, Monopolen und insbesondere Machtgefügen und zentralisierter Kontrolle.

Partizipative Projekte wie beispielsweise Wikipedia oder Facebook, aber auch #unibrennt, betonen in ihren Referenzen stets die Quantität der Teilnehmenden. Bei genauerer Betrachtung erweist sich, dass die tatsächliche Zahl der Partizipierenden weit niedriger liegt als angenommen.

6.7 Partizipatorische Grenzen

Im folgenden Kapitel wird sich die Arbeit den konkreten partizipatorischen Grenzen bei der Medienarbeit von #unibrennt widmen. #unibrennt wurde für seine mediale Präsenz und Vernetzungspraxis in der Berichterstattung als Sensation gefeiert. Für die Öffentlichkeit war der Umgang mit neuen Medien wie Twitter, Facebook, Flickr und insbesondere eigenen Wikis und Homepages neu, und suggerierte eine überraschende Professionalität der AktivistInnen und StudentInnen. Gleichzeitig sorgte die Ansage der BesetzerInnen, sie seien jeweils „Eine_r von Vielen“ sowie das Fehlen klassischer Repräsentationsorgane für Verwirrung bei den jeweiligen Oppositionen und potenziellen VerhandlungspartnerInnen sowie für eine konstante Forderung nach Repräsentation und Zentralisierung der Menge.

6.7.1 Vertikale Grenzkonstitution

6.7.1.1 Datenverlust, Vorratsdatenspeicherung

Mit Inkrafttreten von zahlreichen Änderungen in Hinblick auf EU-Richtlinien, Änderungen des Telekommunikationsgesetzes und schlussendlich Anpassungen des Sicherheitspolizeigesetzes und der Strafprozessordnung, wurden innerhalb der EU seit den Zugansschlägen in Madrid, in Hinblick auf den Patriot Act in den USA von 2001, zunehmend Überwachungs- und Kontrollinstanzen eingeführt. In den letzten zehn Jahren, kam es in Europa und auch in Österreich zu massiven Verschärfungen, die eine sukzessive Aufknüpfung und Destabilisierung von Grund- und Freiheitsrechten mit sich zog. Die Ineffizienz von ebensolchen Gesetzesverschärfungen wird in Anbetracht der um 0,006 % gesteigerten Aufklärungsquote bei der Anwendung der Vorratsdatenspeicherung nur noch untermauert.

Eine entscheidende Rolle spielten die zum Zeitpunkt von #unibrennt inhaftierten TierschützerInnen. Der Prozess um die 13 angeklagten und letztendlich 2011 frei gesprochenen TierschützerInnen, galt als Beispiel für eine umfassende Kriminalisierung von neuen sozialen Bewegungen und als Prozess gegen zivilen Ungehorsam. Entscheidend für die Brisanz der Anklage waren jedoch nicht die konkreten Beschuldigungspunkte, sondern die unzureichende und lückenhafte Beweisführung

seitens der Staatsanwaltschaft. Mit Inkrafttreten der Änderung des Sicherheitspolizeigesetzes Anfang Juli 2012, wurden Polizei und Behörden umfangreiche Werkzeuge zur präventiven Überwachung von Einzelpersonen ermöglicht und das umstrittene und insbesondere in der linken Szene angewandte und gebräuchliche Gesetz §278a und §278b sowie §278d umfassend erweitert.

Ursprünglich eingeführt wurde der Paragraph im Jahr 1993, gemeinsam mit dem §165 StGB gegen Geldwäsche, um bei der Bekämpfung von „organisierter Kriminalität“ bereits die Mitgliedschaft in einer solchen kriminellen Organisation unter Strafe zu stellen, ohne dass von dieser bzw. ihren Mitgliedern konkreter Tatbestand erforderlich gewesen wäre. Der Strafbestand dieses Gesetzes ist ein sog. „Vorbereitungsdelikt“, das heißt, dass hier auch Verhalten unter Strafe gestellt werden kann, das sich einer möglichen, zukünftigen, aber noch nicht konkreten Aktivität widmet. Hierunter fallen Zusammenschlüsse einer größeren Menge an Personen mit einer gemeinsamen Zielsetzung und arbeitsteiligem Verhalten, wie sie beispielsweise von NGOs praktiziert werden und in der Praxis von #unibrennt ihre Ausführung fanden (vgl. Mackinger und Pack, 2011: 73). Als Fahndungsmethode wird hier das massiv umstrittene „Ethnic Profiling“ angewandt, das Sammeln von Rufdaten ohne größeren Aufwand ermöglicht. In den vergangenen Jahren, konnte vermehrt eine Anwendung des Paragraphen bzw. ähnlichen Gesetzen in Europa, insbesondere in der linken, politisch aktiven Szene beobachtet werden. So sind die Gesetzestexte sehr vielfältig anwendbar und berufen sich auf wenige, dafür sehr breit und willkürlich interpretierbare Punkte. Mitglied einer kriminellen Organisation kann entweder sein, wer im Rahmen der Organisation straffällige Tätigkeiten praktiziert, aber auch Informationen oder finanzielle Unterstützung bereitstellt.

„Darunter kann das Bereitstellen von Rechercheergebnissen für eine bestimmte Kampagne oder von allgemeinen Informationen über Computersecurity ebenso fallen wie die Nutzung von Autos, Räumlichkeiten oder geliehenes Bargeld.“ (ebda: S.77)

Im Prozess gegen die TierschützerInnen wurden in dem Zusammenhang auch die „Organisation von Kundgebungen, die Teilnahme an Demonstrationen, das Aufbewahren von Flugblättern oder deren Archivierung, die Beherbergung von internationalen AktivistInnen, das Einholen von Firmenbuch- oder Melderegisterauszügen für Recherchen“ (ebda: S.79) in die Beweisführung eingeschlossen. Sowohl die vielfältig interpretierbaren Gesetzestexte, als auch deren

willkürliche Anwendung im Prozess gegen die TierschützerInnen, erfüllte ihren Zweck der Repression. In linken Gruppierungen oder Lebensgemeinschaften organisierte AktivistInnen, fürchteten die Unvorhersehbarkeit ihrer politischen Aktivitäten, die Angst vor Repression führte auch bei #unibrennt zu einer starken, unsichtbaren, aber stets präsenten Bedrohung. Insbesondere die Aufzeichnung von Telekommunikationsdaten, die Möglichkeit der Ortung von AktivistInnen, sowie die Ausführung der Gesetzestexte auf die Recherche oder Publikation im Netz, lies auch langjährige und erfahrene AktivistInnen vor der Nutzung von neuen Medien zurückschrecken. Diskussionen um die Abbildung von Gesichtern im Live-Stream, die konstante Präsenz von JournalistInnen im besetzten Audimax, kurz – die mediale Inszenierung des Inneren nach außen, wurde für viele AktivistInnen zu einer potenziellen Bedrohung. Und so wird das Zitat, dass zuvor zur Unterstreichung der Transparenz und des kollaborativen Potenzials verwendet wurde, zum Hinweis auf zahlreiche Angriffspunkte und Bedrohungsmomente.

„Im Fall der jüngsten Uni-Protteste hat sich jedoch das Innere nach außen gestülpt: teils bewusst im Namen der Transparenz (z.B. Einrichtung und Aufrechthaltung des Live-Webstreams aus dem Audimax), teils als Nebeneffekt der unter Studierenden relativ weit verbreiteten Nutzung von Plattformen wie Facebook, StudiVZ und Twitter. Die Folge: Das Material, anhand dessen heute Schlüsse über Besetzung und Besetzer_innen getroffen werden können, ist nicht nur deutlich breiter, es dringt auch weiter in die Trivialität des Alltags jenseits der Inszenierung ein.“ (Herwig, Kossatz und Mark: S. 212)

Als im Sommer 2010 mit dem Verweis auf die Bildung einer terroristischen Vereinigung nach § 278b StGB gegen vier Studierende und „eine unbekannte Menge an MittäterInnen“ aus dem #unibrennt Milieu ermittelt wurde, kamen die bis dato nur gemutmaßten und gefürchteten Überwachungstechniken ans Licht. Hausdurchsuchungen und die Verhängung von zwei Monaten Untersuchungshaft gegen die vermeintlichen „TerroristInnen“ waren die unmittelbare Folge von Ermittlungen bezüglich einer brennenden Mülltonne vor einer Arbeitsmarktfiliale in Wien Mariahilf. Abhängig von der Unverhältnismäßigkeit der Strafandrohung sowie der Untersuchungshaft von acht Wochen, verschärfte sich die Angst vor der Repression in der #unibrennt-Szene.

Abseits der rechtlichen Grundlagen und konkreter Tatbestände, wurde sowohl den verurteilten TierschützerInnen, als auch den Studierenden aus dem #unibrennt-Umfeld die ungläubliche Menge an Daten und Informationen, die einerseits gezielt von den ErmittlerInnen gesammelt wurden, aber auch frei verfügbar waren, zum Verhängnis

und Grundlage der Beweisführung. Neue Medien, die zahlreichen Wikis und Videoaufnahmen gewährten uneingeschränkten Einblick in die sozialen Strukturen von politischen Aktivitäten und lieferten den Pool für umfassende Datensammlung und –archivierung, der offenbar „beliebig“ gegen die AktivistInnen verwendet werden konnte. Angst und eine gewisse Paranoia vor politischer Verfolgung, verfestigten die Grenzen für Partizipation im Netz. Vorhandenes Wissen über rechtliche Möglichkeiten, politischen Aktivismus und alle erdenklichen kritischen Stimmen, wurden durch ihre Publikation und ihre Rückführbarkeit zu möglichen Beweisen für terroristische Aktivitäten oder zivilen Ungehorsam. Zusammen mit *surveillance*-Strategien in anderen Lebensbereichen, wie beispielsweise der Aufzeichnung von Videodaten und gezielten Perlustrierungen auf Demonstrationen, können vereinfacht Profile von TäterInnen und AktivistInnen erstellt werden. Folgt man der aktuellen Entwicklung, kann kaum bestritten werden, dass neue Technologien das Ausmaß und die Form der Überwachung gewandelt haben.

6.7.1.2 Strukturelle Grenzen, Verbuchung

i. Filterblasen und Echokammern

„Woraus sich die aktuelle Bedeutung von Facebook ableitet, erschließt sich nicht zuletzt über die Frage nach den Kategorien, Differenzkonstruktionen/Grenzziehungen und Normierungen (und etwaige Verschiebungen), um die es geht, wenn von einem enormen Einfluss sozialer Netzwerke auf gesellschaftliche Entwicklungen die Rede ist.“
(Lummerding, 2011: S.1)

Mit über 900 Mio. bzw. 100 Mio. Usern sind Facebook und Twitter als marktführende Social Media Plattformen aus der täglichen Medienpraxis nicht mehr wegzudenken und bieten Ansatzpunkte für zahlreiche Fragen, die sich an strukturellen Konventionen, Vermarktung sowie medienspezifischen Userverhalten orientieren. Welche inhaltlichen Grenzen bieten Facebook und Twitter, bzw. welche Inhalte werden aufgrund der Rahmenbedingungen überhaupt erst als solche erkannt?

Susanne Lummerding stellt in ihrem Text „Facebooking – What You Book is What You Get – What Else?“ insbesondere die Konstruktion des *booking* in Frage, das eine erfolgreiche Anwendung innerhalb der jeweiligen medialen Parameter bezeichnet und durch ein „Geben“ seitens des Users charakterisiert ist. Facebook, historisch als

Anwendung im Sinne einer „Genealogie der Operationalisierung relationaler Daten“ (Lummerding, 2011: S. 2) betrachtet, verbucht Leistungen (z.B.: Statusupdates, Link-Sharing, Liken, Gruppenbildung, etc.) innerhalb enger, multidimensionaler Rahmenbedingungen und verknüpft Daten zwischen klaren strukturellen Klammern. Lummerding hebt zwei zentrale, wegbereitende Strategien hervor, deren Grundzüge die Arbeits- und Funktionsweise der Datenverarbeitung auf Facebook maßgeblich formten. Hierzu zählt sie (1) die Soziometrie nach Jakob Levi Moreno und (2) den von Eugene Garfield entwickelten *Scientific Citation Index (SCI)*, der insbesondere den für soziale Medien zentralen *impact factor* beinhaltet. Beide Werkzeuge in Kombination, ermöglichen eine „soziometrische, bibliometrisch/informatische“ (ebda: S.4) Erfassung von relationalen Datensätzen, mit der Absicht, Wissen, Beziehungen und Einfluss quantifizierbar und mathematisch erfassbar zu gestalten. Kommerziell genutzt, ermöglichen sie eine Verwertung von subjekt- und subjektgruppen-bezogener Datensätze mit variablem Nutzungsrepertoire.

So hat die Ergänzung von PageRank-Algorithmen auf Suchmaschinen und Social Media Plattformen durch TrustRank- oder ähnlichen Algorithmen, zu einem Referenzsystem von sozialen Beziehungen und in weiterer Folge zu messbaren Einheiten geführt. Jegliche Interaktion, Kommunikation und Partizipation wird infolgedessen in „neoliberalen Vernetzungs-, Sichtbarkeits- und Optimierungsparadigmen“ (ebda: S.7) denk- und verwertbar. Subjekte erhalten mathematisch generierte Nutzungs- und Interessensprofile, die aufgrund ihres Userverhaltens mathematisch generiert werden, aus denen sich wiederum skizzierte Gruppen ergeben und Netzwerke bilden. Auf dieser Basis wird personen- und gruppenbezogenes Suchen ermöglicht, das durch selbstreferenzielles Verweisen eine spezifische Web-Ordnung herstellt, deren natürliche Grenzen für einzelne kaum spürbar oder erfahrbar sind. Verbucht und verwendet werden also nicht nur selbstgenerierte Inhalte wie Fotos, Dokumente, Gespräche, etc. sondern auch Referenzen und Beziehungen untereinander. Die Konstruktion der jeweiligen Subjekt-Darstellung und ihre medialen Praxis samt ihren Hintergründen, wird hier nicht beachtet, da sich diese den ökonomischen Verwertungskriterien ganz klar widersetzen.

Abseits der kommerziellen Verwertung von Partizipation, ergibt sich für die User eine untergeordnete, horizontale Grenzkonstitution: die Bildung von sog. Echokammern.

Innerhalb medialer Echokammern, dringen immer mehr Informationen aus den gleichen Themengebieten und verschiedenen Kanälen an eine Gruppe heran, sodass kritische Hinterfragung derselben verabsäumt wird. Das Folgen und Vertrauen von *opinion leadership* nimmt eine zentrale Stellung innerhalb der Rezeption und unkritischen Übernahme von Informationen ein. Insbesondere in der zivilgesellschaftlichen Szene, die bemüht ist sich klar vom Mainstream und von etablierten Medien zu distanzieren, vermag mangelnde Reflexion auf den ersten Blick nicht aufzufallen, da die Stärkung der eigenen Gruppenstruktur nach außen oftmals als notwendiger und dringlicher empfunden wird. Eine Bestätigung der eigenen Filterblase vermag in dem Zusammenhang als gewissermaßen wohltuender und auch einfacher verlaufen und schließt sich an der Stelle thematisch Zügen von *slacktivism* an.

“Your filter bubble is your own personal, unique universe of information that you live in online. What’s in your filter bubble depends on who you are, and it depends on what you do. But you don’t decide what gets in — and more importantly, you don’t see what gets edited out.” (Pariser, 2011).

Eli Pariser verweist hier auf die gefährliche Einflussnahme, die Filter Bubbles auf demokratische Prozesse haben. Mit dem Aufkommen von Web 2.0 seien wichtige Strukturen, wie der unidirektionale Fluss von Sender zu Empfänger demokratisiert und gemeinschaftlich aufgeweicht worden. Sogenannte *gatekeeper*,⁶ die einst den Nachrichtenfluss kontrolliert oder zumindest entscheidend beeinflusst haben, wurden teilweise durch bürgerInnen-journalistische Plattformen wie Twitter, Facebook oder persönliche Blogs abgelöst. Die Berichterstattung durch Einzelne, durch sog. AmateurInnen wurde durch soziale Medien möglich und begünstigte das Aufbrechen von hierarchischen Strukturen sowie Nachrichtenzensur. Die aktuelle Entwicklung würde die Kompetenzen und die Macht der enteigneten *gatekeeper* an Algorithmen übergeben. Aufgrund fehlender moralischer Grundwerte und Rationalisierungsmechanismen von Algorithmen, käme es zu einer Rückkehr und einer Verstärkung von und zu alten Zensurstrukturen. Bereits erkämpfte und langjährig

⁶ Engl. für TorwächterInnen, SchleusenwärterInnen: bezeichnet insbesondere in der Nachrichtenproduktion eine Person mit zentraler Entscheidungsgewalt. Hierzu zählen RedakteurInnen und JournalistInnen, die Nachrichten filtern, reduzieren, zusammenfassen und säubern und dadurch entscheidende Einflussnahme auf die Endproduktion und Veröffentlichung von Nachrichten, Zeitungen, Blogs, etc. ausüben.

erarbeitete Errungenschaften wie der journalistische Grundkonsens wären wieder gefährdet.

ii. Bloggen als Alternative zu etablierter Berichterstattung

Um eine Alternative zur etablierten Berichterstattung zu konstituieren, bloggten während #unibrennt sowohl Partizipierende als auch BeobachterInnen über die Ereignisse vor Ort und auch über deren Wahrnehmung in der Öffentlichkeit. Eine eigenen Bloggerszene etablierte sich bereits vor #unibrennt, festigte sich jedoch zunehmend während der Zeit der Besetzung. Während sich die Berichterstattung der Partizipierenden primär auf Informationsvermittlung und Fütterung der Informationskanäle beschränkte, wurde die Reflexion der Ereignisse, mit besonderem Augenmerk auf die mediale Präsenz und Öffentlichkeitswirkung, zunehmend von der österreichischen Bloggerszene übernommen. Diese wiederum formierte und festigte sich auch untereinander aufgrund ihrer thematischen Bezogenheit zu Politik, Medien und alternativer Berichterstattung rund um #unibrennt.

Insbesondere in Österreich war und bleibt die Szene der Blogger sehr klein, sodass man korrekterweise von einer Wiener Szene sprechen kann. Gemeinsamkeiten der Blogger untereinander sind zentrales, politisches Interesse und ihre Social Media Affinität. Die meisten von ihnen sind zwischen 20 und 30 Jahre alt, männlich und weiß – und entsprechen somit allen Klischees und Kategorien von *digital divide*. (vgl. <http://zurpolitik.com/2010/03/15/bloggerszene/> Letzter Aufruf: 03.07.2012).

Während der Besetzung engagierte sich die Wiener Bloggerszene thematisch sehr stark um #unibrennt. Es wurden unzählige Blogeinträge verfasst, zum Teil von sehr hoher Qualität, und untereinander diskutiert. Doch so sehr sich die Bloggerszene rund um die Proteste formierte, kommentierte und beobachtete, verabsäumte sie ein zentrales Element der Bewegung: die eigene Partizipation, die jenseits intellektueller Arbeit, fernab bequemer Bürostühle und der eigenen sog. *comfort zone* stattfand, und auf der aktiven Anwesenheit Einzelner begründet war. Die Beobachtungen über die Bewegung, die medientheoretischen Betrachtungen erreichten die BesetzerInnen nicht, wurden nicht im besetzten Hörsaal vorgetragen und von den Betroffenen nicht verarbeitet. Die Diskurse der Blogger fanden auf Seiten, Blogs und Foren statt, die

#unibrennt nicht direkt verfolgte und verfolgen konnte. Beiträge wurden zueinander verlinkt, und das TrustRank-Prinzip (siehe oben) verstärkt. So sehr die Beiträge, insbesondere zu medientheoretischen Überlegungen, wichtig und treffend formuliert waren und als fundierte Arbeitsgrundlagen ihre Verwendung gefunden hätten – fanden sie aufgrund ihrer Einbettung in ein inkommensurables Subsystem das Gleiche bevorzugte, nicht zu den Betroffenen.

Sogenannte „A-list-bloggers“ (vgl. Zerfaß & Boelter: 2005, S. 51) genießen sowohl die Aufmerksamkeit anderer Blogger als auch der Medien und verweisen, wie bereits erwähnt, wiederum auf andere A-list-bloggers.

Das Versprechen und die Utopie von Blogs, die durch ihre starke Betroffenenperspektive die zentralistischen Bedeutungsstrukturen etablierter Medien außer Kraft setzen und so eine Alternative generieren, wurde nur bedingt eingelöst. Die Frage nach der emanzipatorischen Möglichkeit der Blogs wurde dadurch nicht geklärt, wie fälschlicherweise postuliert.

Wie bereits Lovink skizzierte (Lovink, 2008: S. 211), würden Blogs zwar mit ihrer Praxis die schwindende Macht der Massenmedien erkennen, vermögen es jedoch nicht, eine Alternative zu diesen herzustellen. Die hierarchische Kommunikation der Massenmedien würde durch die hierarchische und selektive Form des Bloggens und Kommentierens reproduziert werden und durch fehlende ökonomische Überlegungen und kapitalistische Strukturen verstärkt werden. Wieder bildete sich eine privilegierte Gruppe an *opinion leaders*, die zwar untereinander Einfluss nahm und Diskurskultur förderte, aber abgegrenzt zum jeweiligen Geschehen fungierte. Das jeweilige Geschehen, Plena, Infrastruktur, Medienarbeit aber auch die in sozialen Bewegungen und insbesondere Besetzungen benötigte soziale Arbeit, blieben von den Beobachtungen unbeeinflusst und gerieten aufgrund stetig schwindender Energien und TeilnehmerInnen in immer stärkere Belastungssituationen. Die Kommunikation beschränkte sich auf einige wenige, die dafür immer wiederkehrend online waren und miteinander kommunizierten, aber wenig mit der offline-Realität vernetzt waren. Ganz ohne Algorithmen bildeten sich Filterblasen und thematische Beschränkungen.

Zudem, so Lovink, leisteten technische Einstellungen sowie Determinanten im Layout von Blogs (z.B.: Kommentare auf Blogbeiträge in verkleinerter Schrift bzw. gänzlich

ausgelassene Kommentarfunktion), systemerhaltende Wirkungen. Die Unterscheidung in Statement und Kommentar, AutorIn und ErgnzerIn, würde mittlerweile belächelte Strukturen aus der Ära vor Web 2.0, wie beispielsweise Mailinglisten, zu Unrecht verdrängen. Dort wurde eine flachere Hierarchie der Kommunikation gepflegt, indem Antworten und Kommentare auf Themen zumindest technisch gleichwertig gehandhabt wurden. In Anlehnung an Foucault, käme es hier bei den meisten Blogs zu Ausschlieungsmechanismen. Diese Grenzkonstitution zeigte sich insbesondere bei der Auflösung der „alten Presse-AG“, als eine Gruppe von Partizipierenden, die Ablegung ihrer technischen Kommentarfunktion beanstandete und selbst als AutorInnen auf der Webseite der Bewegung fungieren wollte.

6.7.1.3 UrheberInnenrechtsdebatten / geistiges Eigentum

Spätestens seit der Unterzeichnung von ACTA durch mehrere EU-Staaten, ist die Diskussion um UrheberInnen- und Verwertungsrechte von geistigen „Produkten“ im Diskurs der Öffentlichkeit angekommen. Dieser Diskurs arbeitet sich an mehreren Spannungsfeldern ab und postuliert sich in der Grundfrage nach der Rechtfertigung von geistigem Eigentum. Ebenso wie Eigentum per se, einer neuen Ausverhandlung in Zeiten ökonomischer und ökologischer Ressourcenkampfe bedarf, muss auch geistiges Eigentum seine bereits streng abgesteckten Theorieachsen neu perspektivieren. Die Debatte um die Beschaffenheit und Vergütung von geistigem Eigentum oder *intellectual property*, beginnt konsequenterweise mit der Frage nach der Konzeption von AutorInnenschaft: Sind Ergebnisse geistiger Tätigkeit Schöpfungen aus dem Nichts oder stehen sie innerhalb einer kontextualisierten Verschränkung aus hegemonialen Bedingungen ihrer jeweiligen Zeit- und Gesellschaftsordnung?

Was sich in der aktuellen Debatte rund um ACTA und die Verwertung und Neuverarbeitung von geistigem Eigentum spiegelt, stellt in den Grundsätzen die zentrale Forderung von #unibrennt „Bildung für Alle“ dar. Nicht zufällig ähneln die hier postulierten Kriterien den Debatten rund um die „freie Universität“, lassen sich in den formulierten Forderungskatalogen der ersten Tage der Besetzung wiederfinden und spiegeln sich in der Praxis der #unibrennt AktivistInnen. Wikis, Foren und eine „Do-it-yourself“-Strategie, bemühten sich, möglichst viele Partizipierende zu generieren,

während die inhaltliche Diskussion nach der UrheberInnenschaft von Wissen und dem Verwehren dessen durch Zugangsbeschränkungen und Ausschlussmechanismen im Zuge der Studiengebührendiskussion sowie der Entdemokratisierung der Studierendenvertretung ihre Abhandlung fand. Die technische Einbettung dieser Diskurse spiegelt sich in der Verwendung von Social Media Tools, die eine breite hierarchiefreie Kommunikation technisch überhaupt ermöglichten und in einem demokratischen Kontext verwendet wurden.

Aus der Perspektive, in der geistiges Eigentum, bzw. in dem Fall primär geistige Produkte – aus einer Konstellation und Zusammensetzung verschiedener Eindrücke, Erfahrungen und Umgebungen eruieren, fällt die Frage nach der UrheberInnenschaft und des Eigentums schwer. Aus einer ökonomischen Sicht, in der durch ein Zeit-Surplus Kreativität entsteht, und „Couch Potatoes die MedienrezipientInnen des 20. Jahrhunderts darstellen“ (vgl. Böning, 2010: S.218), sind die Bedürfnisse von Prosumern und Producern, die eines freien und kostenlosen Wissens und Contents. Die nach wie vor hohe Zahl illegaler Downloads trotz medial stark inszenierter Fahndungen nach Copy-Right-Verstößen (z.B.: Megaupload, Kino.to, ...) spricht in dem Fall für eine Netzkultur, die trotz Illegalisierung ihrem Bedürfnis nach freiem Wissen und geistigen Produkten, nachgeht. Diese Praxis lässt die Frage offen, ob eine UrheberInnenrechtsdebatte angesichts des Zeitgeists und der Überproduktion von kreativem Output nicht anachronistisch anmutet (vgl. Böning, 2010: S. 222). Bei der Forderung nach freiem Wissen und freien Inhalten, kritisiert Felix Stalder (vgl. Stalder, 2011) Freiheit in dem Kontext, als einen vom Internetkapitalismus präokkupierten Begriff, der sich in Wissens- und Machtkonzentration innerhalb von Plattformen wie Wikipedia oder Facebook widerspiegeln. So werden ursprüngliche Freiheitsansprüche zu einer Konzentration, die den Imperativ zur Partizipation und das „freie Wissen“, zu Mitteln der sozialen Kontrolle missbrauchen. Für Stalder stellt die Freiheit des Wissens im Internet vielmehr demokratische Ansprüche und definiert sich als günstiger unter folgenden Prämissen: (1) die Legitimation der Ordnung bezieht sich aus der Partizipation vieler und richtet sich nach der tatsächlichen Partizipation und nicht nach der NutzerInnenstatistik, (2) die Wissensordnung schafft es, Wissensmonopole zu verhindern und (3) den Schutz des minoritären Wissens zu wahren und zu fördern (vgl. Stalder, 2011).

Die Grenzziehung, die sich hier aus der UrheberInnenrechtsdebatte ergibt, umfasst in ihrem Kern die Frage (1) nach der Vergütung und Verbuchung von Wissen und (2) dessen UrheberInnenschaft. In einer Zeit, in der Wissen und Wissensarbeit nur unter bestimmten Bedingungen die Wertschätzung empfangen, die sie bei gleich bleibender Qualität einst erhalten hätten, in der Bildung durch zunehmende Nachfrage und Wohlstand immer stärker zur Ware wird, verwundert es nicht, dass der Zugang zu Wissen strenger bewacht und dessen Vergütung stärker eingefordert wird.

Potenzielle Lösungsansätze behandeln das Problemfeld von geistigem Eigentum in Netzinhalten, sowie freier Bildung in ähnlicher Art und Weise. So wurde für die Abgeltung von Rechten an geistigem Eigentum vermehrt nach Vergütungs- und Abgeltungsmodellen wie beispielsweise der *Kulturflatrate* gefordert, die sich als pauschale Abgabe für geistige Produkte auf die Nutzung von Internet bzw. Hardware schlagen würden. Diese werden wiederum von technischen Grenzen und der (noch) nicht durchsetzbaren Verfolgung von illegal geteilten Inhalten im Netz beschränkt.

So bewegt sich die UrheberInnenrechtsdebatte stark an der Problemstellung von Finanzierbarkeit von *cognitive surplus* und vermag es nicht, sich in dieser Diskussion nachhaltig in einer Lösungsstrategie wiederzufinden. Auch für #unibrennt spielte die Vergütung von freiwilliger Arbeit und damit verbundenen zeitlichen Aufwänden eine zentrale Rolle. Vor dem Hintergrund, dass etwa jede/r zweite Studierende berufstätig war, konnte sich nur der enge Kern der Vollzeitstudierenden langfristig den Protesten widmen oder sich als Teilzeitberufstätige/r der starken Dreifach-Belastung von Studium, Arbeit und Protesttätigkeit widmen. Als sich mit zunehmender Dauer der Proteste die Zahl der AktivistInnen drastisch verringerte, der bildungspolitische Aspekt dem sozialen wich, und der Hauptteil der Aktivitäten darauf konzentriert war, die strukturellen Bedingungen für die räumliche Besetzung aufrecht zu erhalten, wurde die Belastung für die Einzelnen ans Limit gebracht. Die bildungspolitischen Bemühungen der #unibrennt-AktivistInnen wurden seitens des Rektorats und der Politik ignoriert. Inhaltliche Debatten und Diskussionen konzentrierten sich auf den besetzten Hörsaal C1 oder wurden in Diskussionssendungen im Fernsehen ausgetragen, und verlangten immer wieder nach VertreterInnen und SprecherInnen der Bewegung. Das partizipative, basisdemokratische Entscheidungs- und Mitbestimmungsorgan der

Studierenden, das Plenum, wurde negiert – die Proteste letztlich trotz ihrer massiven TeilnehmerInnenzahl ausgehungert.

6.7.2 Horizontale Grenzkonstitution

6.7.2.1 Digital Divide

Freier Zugang zu neuen Internet- und Kommunikationstechnologien ist trotz seiner Anpreisung nach wie vor nicht selbstverständlich. Abseits der konkreten Nutzung, eröffnet sich bei näherer Betrachtung ein erhebliches digitales Gefälle. Der Begriff *digital divide* umfasst hierbei eine Vielzahl an Ausschluss- und Separierungsmechanismen, die einen gleichwertigen und gerechten Zugang zu Informations- und Kommunikationstechnologien im Internet verunmöglichen.

Nach einer anfänglichen Streuung der Zugänge zu Internet- und Informationsnetzwerken, in der angesichts von Empowerment-Theorien und der Abwägung des politischen Potenzials des Internets an den Möglichkeiten demokratischer und gerechter Verteilung gesucht wurde, verlagerte sich die Forschung relativ bald auf die Art und Form der Internetnutzung. Ausgehend von der immer weiteren Verbreitung des Netzes, verschob und veränderte sich damit einhergehend auch die digitale Spaltung. Internetnutzung ist nicht gleich Internetnutzung, und so ist die immer weitere Verbreitung nicht gleich mit Informationsbeschaffung und -Verbreitung übers Internet gleichzusetzen, sondern bezieht sich oft auf andere Praktiken wie Online-Shopping oder beschränkt sich auf Kommunikation und Spiel.

Unabhängig von der tatsächlichen Nutzung, unterscheidet Manuel Castells (Castells, 2001: S. 249 ff.) hier in acht verschiedene Gefälletypen, die sich in verschiedenen Lebensbereichen finden lassen und sich jeweils an den Grenzen von Herkunft, Geschlecht und Bildungsniveau orientieren. Castells Unterscheidungen sind für das Verständnis der Strukturierung der globalen Internetnutzung essenziell, erklären jedoch nicht die vielschichtigen Zugänge zu Internet und Web 2.0 Anwendungen innerhalb der #unibrennt-AktivistInnen. Das Gefälle der Bildung, des Geschlechts und der technischen Ausstattung spielte für #unibrennt eine entscheidende Rolle. Dennoch vermag die Diskrepanz zwischen der tatsächlichen Nutzung und Partizipation sowie der

Usergruppe viele Fragen aufzuwerfen. Hauptpartizipierende waren primär Studierende und Teilnehmende aus bildungsnahem Umfeld mit tendenziell starkem politischem Interesse.

Vor dem Hintergrund der Bourdieu'schen Habitus-Kapital-Theorie, zeigen Dudenhöffer und Meyen in ihrer Studie „Digitale Spaltung im Zeitalter der Sättigung“ (vgl. Dudenhöffer & Meyen, 2012), wie stark soziale Positionen den Umgang mit dem Internet beeinflussen. Gemäß Bourdieu (vgl. Bourdieu, 1983) unterscheiden sie ökonomisches, soziales und kulturelles Kapital, das als Motivation für eine Internetnutzung dienen kann. Bourdieus Theorie versucht „alle Handlungen (und damit auch die Internetnutzung) durch den gesellschaftlichen Status der Menschen erklären zu können, und fragt zugleich nach den Folgen jeder Handlung für die Position im sozialen Raum (Kapitalakkumulation)“ (vgl. Dudenhöffer & Meyen, 2012: S.10).

Als Bourdieu'sche Grundthese gilt die Annahme, dass jeder Mensch in Einbettung seiner sozialen Position nach einem gewissen Kapital strebt, insbesondere, um sich von anderen abzugrenzen und die eigene Position zu verbessern. Bourdieu bezeichnet die Positionen, anhand derer die eigene Positionierung in der Gesellschaft gemessen werden kann, als Kapital und unterscheidet dabei *ökonomisches*, *kulturelles*, *soziales* und *symbolisches* Kapital. Als *ökonomisches Kapital* wird alles bezeichnet, was in Geld angerechnet werden kann, *kulturelles Kapital* spiegelt sich in Abschlüssen, Kompetenzen und Titeln wieder, *symbolisches Kapital* bezeichnet die Anerkennung durch andere und *soziales Kapital* ein breites Beziehungsnetz. Über die Wahrnehmung der eigenen sozialen Position in Abgrenzung zu anderen, findet sich das Individuum in der Gesellschaft zurecht und macht sich gleichzeitig von seiner eigenen Abschätzung abhängig. Innerhalb jeder sozialen Disposition verspricht letztendlich eine andere Durchmischung von Kapital eine andere Form von Erfolg. So gesehen kann es auch in jeder Kapital-Kombination zur Entstehung von Klüften kommen.

Verschiedenste Internetangebote und -anwendungen versprechen verschiedene Kapitalformen und können darüber hinaus unter bestimmten Voraussetzungen zur Akkumulierung von ökonomischen und kulturellen Kapital beitragen. Aus diesem Grund, beschränken sich Dudenhöffer & Leyen in ihrer Studie auf die empirische Umsetzung von kulturellem und sozialem Kapital.

“Es ist [...] zu vermuten, dass das soziale Kapital, das über die Internetnutzung gesammelt wird, langfristig zum ökonomischen Kapital beiträgt. Dies gilt auch für kulturelles Kapital, das zum einen latent die Position auf dem Arbeitsmarkt verbessert und zum anderen auch direkt im beruflichen Kontext eingesetzt wird und so die Mobilität in einem Unternehmen oder in einer Branche beeinflusst.” (Dudenhöffer & Leyen, 2012: S. 12)

Die in der Studie abgegrenzten Typisierungen von Netzusern, lassen sich in der breitgefächerten Gruppe der #unibrennt-AktivistInnen gut wiederfinden und skizzieren den vielschichtigen Zugang zu Internet und Web 2.0 Anwendungen. So unterscheiden Dudenhöffer & Leyen in ihrer Typologie zwischen Fans (11,8 %), NetzwerkerInnen (6,7 %), ArbeiterInnen (20,2 %), Surfern (14,3 %), PragmatikerInnen (6,7 %), Gästen (22,3 %) und AußenseiterInnen (18 %).

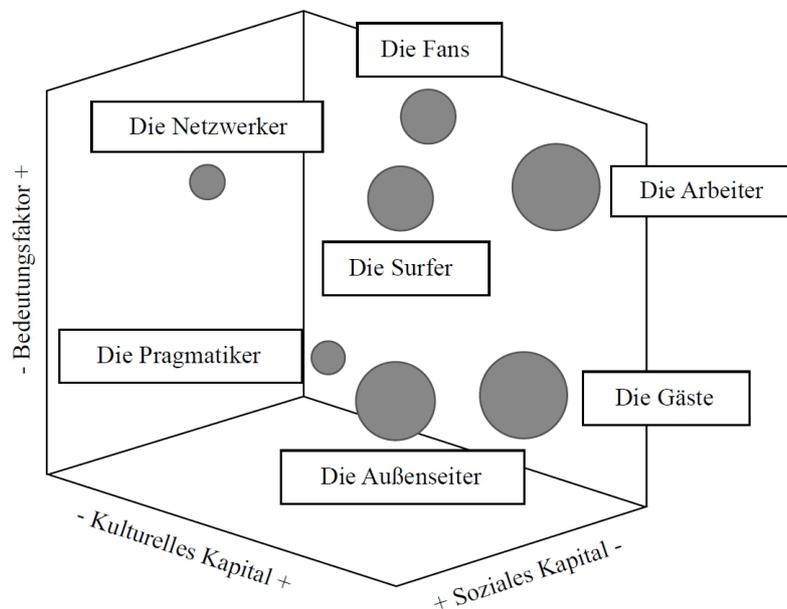


Abbildung 2: Typisierung von Netzusern nach Dudenhöffer & Leyen

Verantwortlich für ein grundlegendes Digital Divide bei #unibrennt AktivistInnen waren insbesondere die unterschiedlichen Lebensrealitäten in Bezug auf die politische Praxis. So setzte sich die Gruppe je nach Tätigkeitsfeld primär aus StudentInnen, aber auch ArbeiterInnen sowie Arbeitslosen zusammen. In Bezug auf das Alter pendelte sich der Schnitt definitiv bei 20 - 30 Jahren ein. Je komplexer die Tätigkeitsbereiche wurden desto höher wurde die Internetnutzung und desto fachspezifischer wurden die AktivistInnen.

So könnte man, beispielsweise die Presse AG oder die AG Doku (Foto- und Videodokumentation) durchaus zu den Fans und ArbeiterInnen zählen, die ein hohes soziales und kulturelles Kapital in ihrer Internetnutzung anstrebten. Sie waren es, die ihre #unibrennt-Tätigkeit fast ausschließlich vor dem Rechner ausübten, informelle Leistungen erbrachten und zusätzlich zur Archivierung und Publikation von Material auch für die Bewegung relevantes, soziales Kapital akquirierten, indem sie als erste Anlaufstelle für JournalistInnen und MedienvertreterInnen fungierten.

Andere AktivistInnen bzw. AGs (Arbeitsgruppen), deren Arbeit sich insbesondere auf die Organisation und primär praxisbezogenes Partizipieren konzentrierte, nutzten das Internet fast ausschließlich zur Vernetzung, Terminorganisation und für partizipative Textarbeiten, aber weniger zur Informationsbeschaffung oder grundlegenden Aktionsraum. Diese Gruppe, zu der vor allem AktivistInnen der AG Krisenintervention, AG Plenumsvorbereitung und AG Erste Hilfe zu zählen sind, organisierte vor allem ihre Rahmenarbeit über das Netz, agierte inhaltlich allerdings rein praxisbezogen. So wurde gemäß den Prinzipien von #unibrennt durch die Nutzung von Web 2.0 Anwendungen, vor allem Transparenz gewahrt: Protokolle von Treffen online gestellt, wichtige Ereignisse notiert und für alle Partizipierenden die Anschlusskommunikation erleichtert. Diese Gruppe wäre laut Dudenhöffer & Meyen zu den PragmatikerInnen zu zählen, die relativ kurz und selten, dafür sehr kapitalintensiv im Internet arbeiten. Das Internet fungiert als ein pragmatisches Werkzeug und hat klare Anforderungen und Verpflichtungen für diese NutzerInnen zu erfüllen. Inhaltlich werden konventionellere Methoden der Wissensakquirierung angewendet, wie intersubjektive Treffen, Literaturrezeption und Workshops/Trainings.

Die dritte und kleinste Gruppe der AktivistInnen könnte politisch zu den Randgruppen und radikalen Linken gezählt werden. Sie waren es, die bezogen auf Partizipationsgrenzen die kritischste und distanzierteste Position vertraten. Sie fürchteten den Datenverlust, die Vorratsdatenspeicherung und die damit verbundene politische Repression, grenzten sich räumlich wie inhaltlich von den anderen Gruppen ab und bildeten gleichzeitig den Kern der räumlichen Besetzung. Sie nutzten das Internet wenig und wenn, dann primär zur Verwendung von Alternativpresseportalen wie Indymedia, etc. und könnten nach Dudenhöffer & Meyen zur Gruppe der Gäste oder Außenseiter gezählt werden. Den Höhenpunkt erreichten die inhaltlichen

Differenzen mit dieser Gruppe mit einem Ereignis Anfang Dezember, das als „Spaltung der Presse AG“⁷ in die Geschichte von #unibrennt einging.

Die Spaltung der Presse AG verdeutlichte den Lebens- und Praxiszusammenhang in Bezug auf Hierarchien und Partizipationsgrenzen und konstatierte das Grundproblem von neuen sozialen Bewegungen: die Schwierigkeiten im Umgang mit der Bandbreite an heterogenen Alltagsrealitäten. AktivistInnen, die zur Gruppe der Gäste und Außenseiter zählen würden, fühlten sich durch den konstanten Informationsvorteil der Presse AG ausgeschlossen und bevormundet. Sie kritisierten das Abflachen der Dynamik der Proteste und machten hierfür insbesondere die informellen ArbeiterInnen der AktivistInnen – die Presse AG – verantwortlich, die für ihr Verständnis zu viel Zeit und Aufwand in informelle und organisatorische Aufgabenbereiche investierten. Angesichts der Definition von Dudenhöffer & Meyen, lässt sich dieser Vorwurf durchaus nachvollziehen.

Kurzerhand wurden Büroräumlichkeiten an der Universität Wien besetzt (Hof 5), und die Passworte für die Administration der Homepage und der Social Media Kanäle geändert. Die Folge waren eine 48-stündige Sperre der #unibrennt-Homepage und ein Zurücktreten der damaligen Presse AG. Das Ereignis löste Wellen an Diskussionen in den Foren von #unibrennt sowie vor Ort aus. In einem fast 24-stündigen Plenummarathon stritten und diskutierten die konfrontierten Gruppierungen und konstatierten die erste, kritische Auseinandersetzung mit ihrer eigenen Medienpraxis. Gleichzeitig wurden ganz klare Verabsäumungen in der so hoch propagierten Transparenz der Bewegung sichtbar und Lösungen für die Diskrepanzen nicht wirklich gefunden. Das Fernbleiben der zum damaligen Zeitpunkt eingearbeiteten Presse brachte einen sicht- und spürbaren Bruch mit sich und führte in einer kritischen Zeitspanne (Fernbleiben von aktiven BesetzerInnen, bevorstehende Weihnachtsfeiertage, zunehmende Schwierigkeiten mit Obdachlosen und InfrastrukturnutznießerInnen) zum kurzzeitigen Erliegen des Informationsflusses.

„@Die Seite wurde am Mi Abends vorübergehend gesperrt, um Zeit zu haben, interne Konflikte zu diskutieren und zu reflektieren! Presse ist nun seit Fr 18.12 wieder am arbeiten und die Homepage wird auch wieder bearbeitet! Wir sind eine heterogene

⁷ vgl. dazu http://#unibrennt.at/wiki/index.php/UnsereUni_Webseite (Zugriff: 13.06.2012) und http://#unibrennt.at/wiki/index.php/Achtung_wichtig! (Zugriff: 13.06.2012).

Bewegung, darum ist es auch klar, dass wir uns zwischendurch uneinig sind. Konzentrieren wir uns auf die Gemeinsamkeiten unserer Bewegung und führen wir unseren Kampf für freie Bildung weiter. (Besetzer, Fr 18.12)“ (http://unibrennt.at/wiki/index.php/Achtung_wichtig! (Zugriff: 13.06.2012)).

Obwohl die Räumung des besetzten Audimax knapp eine Woche nach der Auflösung der Presse AG nicht unmittelbar auf die Auflösung der Presse AG rückführbar ist, so hatte das Ereignis die bis dato konstante Solidarität der Gemeinschaft in Frage gestellt und den Zusammenhalt geschwächt.

Die Transparenz und Hierarchiefreiheit war offensichtlich nicht gegeben, umso mehr stieß die Spaltung der AG Presse die AktivistInnen vor den Kopf. Die Fähigkeit, sich hierarchische Unterschiede und Privilegien einzugestehen, konnte nur mühsam gefunden werden und resultierte daher eher in einer Spaltung als in Einigung.

6.7.2.2 Geschlechterordnungen

Obgleich von der Theorie ausgegangen wird, der virtuelle Raum sei eine Spiegelung der Realität oder der Überzeugung, das Netz schaffe neue Räume, bleibt die Relevanz von Geschlechterverhältnissen im Netz unbestritten. Die Besonderheit einer genderspezifischen Perspektive bei der Untersuchung von Kommunikations- und Handlungsstrukturen im Netz, stellt die massive Divergenz zwischen *offline* und *online*⁸ Realität dar. Während *offline* Frauen zunehmend veraltete Rollenstrukturen aufbrechen und die Forschung sich mit Konstruktion und Dekonstruktion von Geschlechterordnungen befasst, scheint im Netz eine neuerliche Geschlechterhierarchie zu entstehen. Die Divergenz soll nicht primär in einer Spiegelung der Verhältnisse verstanden werden. Vielmehr entsteht hier ein neuer, junger Raum, dessen genderrelevante Komplexität noch zu untersuchen sein wird und kontinuierlicher Transformation bedarf. (Neverla, 1998: S.138)

⁸ Irene Nerval (Nerval, 1998), verwendet in ihrem Text über Geschlechterordnung im Netz, die Unterscheidung zwischen virtueller und nicht-virtueller Welt, die beiden Begriffe ‚virtual life‘ und ‚real life‘. Im Laufe meiner Arbeit hat sich die Unterscheidung in offline und online Realität terminologisch bewährt. Die Dichotomie real/virtuell bzw. real/virtual impliziert einen Gegensatz, der durch das personalisierte Internet fraglich ist. In meinen Überlegungen stehen hinter ‚virtuellen‘ Handlungen reale Personen, die auf einer Ebene agieren. Der im Internet genutzte Raum stellt folglich eine weitere Ebene einer vielschichtigen menschlichen Realität dar. Diese Ebene erfährt durch Virtualität zwar Änderung sowie Erweiterung (speziell im Hinblick auf Etablierung von Identität, Lokalität und Gemeinschaft), werde aber nicht neu erfunden. (vgl. Bräuchler, 2005)

Der im Netz vorherrschende Androzentrismus ist laut Nerval (Nerval, 1998) auf drei Hauptfaktoren zurückzuführen: (1) Entstehungskontext, (2) Nutzungskontext und (3) Inhalt. Technik von Internet und Web 2.0 Anwendungen wird nach wie vor von traditionell männlich-dominierten Institutionen konzipiert: Militär, technische Forschungslaboratorien und Universitäten. Weiters sind im Bezug auf den Nutzungskontext Männer die Hauptanwender im Internet. Somit wird inhaltlich, abgeleitet von Zeit-, Geld- und Wissensaspekten der geschlechtsspezifischen Divergenz, vorwiegend eine männlich strukturierte Domäne geschaffen, die sich implizit an bspw. Kommunikationsstilen im Netz ablesen lässt.

Was die Zukunft von Geschlechterhierarchien im Netz anbelangt, fällt es schwer, konkrete Aussagen zu treffen. Grundsätzlich spricht eine rhizomatische Grundstruktur des Internets für eine Abflachung von Geschlechterdifferenzen, die zunehmende Kapitalisierung sowie Kapitalzentrierung für eine Verschärfung akuter Gefälle – ausgehend von den bisherigen Erfahrungen und Zusammenhängen von Geschlechterpraxis und zunehmender Kapitalisierung.

i. Propagierte vs. gelebte Gendersensibilität bei #unibrennt

Die Relevanz von Genderhierarchien und der Integrierung von Gendersensibilität spielte auch für #unibrennt eine entscheidende Rolle. Die Inanspruchnahme des Audimax ging mit der Postulierung eines politischen Grundkonsens einher, der sich als antisexistisch und antidiskriminierend definierte und bemüht war, einen möglichst hierarchiefreien Raum zu generieren. Gegenderte RednerInnenlisten im Plenum, bei denen darauf geachtet wurde, dass abwechselnd Männer und Frauen zu Wort kommen, bzw. Männer und Frauen sich in ihrer Redezeit und Inanspruchnahme von Raum die Waage halten, bildeten die grundlegenden Maßnahmen, um auf den nach wie vor herrschenden Ungleichheiten mittels Top-Down Strategien zu begegnen. Eigens eingerichtete FLIT-Räume⁹ sollten benachteiligten Gruppierungen

⁹ Die Abkürzung FLIT bezeichnet in der Regel eigens für Frauen, Lesben, Inter- und/oder Transsexuelle definierte Räume, Veranstaltungen, Demonstrationen, Versammlungen und ähnlichem.

Schutzmöglichkeit bieten, spezifische Plena, die Sexismus und sexualisierte Gewalt in den Protesträumen thematisierten, wurden eingerichtet und zahlreiche Arbeitsgruppen beschäftigten sich mit der Thematik. Anfang Dezember organisierte eine sich verantwortlich fühlende Gruppe diesbezüglich eine Veranstaltungsreihe.

Trotz der vermeintlich sehr gendersensiblen und reflektierten Diskurspraxis, fanden konstant Grenzüberschreitungen und Konflikte in Genderdebatten statt, spiegelten sich insbesondere in der Medienpraxis der AktivistInnen wieder bzw. wurden im vernetzten Umgang sogar noch verstärkt. So fand die Kritik an der herrschenden Gendersensibilität in den besetzten Räumen ihre zentrale Rolle in den online-Diskussionsforen und Wikis. Kommentare, verbale Attacken und Beschimpfungen wurden im Netz viel offensiver und direkter ausgetragen als vor Ort. (vgl. <http://unibrennt.at/?p=2890&lang=de> Zuletzt aufgerufen am: 05.07.2012). Die Anonymität des Netzes nutzten viele, um ihrem Ärger vermehrt Luft zu machen, wiederholt wurde feministischen Debatten bei #unibrennt allgemein die Berechtigung abgesprochen, und als Themenverfehlung angeprangert. Feministische Forderungen hatten für viele in einem „Studentenprotest“ nicht viel verloren und sollten besser in separaten politischen Bewegungen thematisiert und abgehandelt werden.

„Was mich schon sehr stört, ist dieser Genderismus, Feminismus in dieser ganzen Bewegung. Das sollte ja eigentlich kein Thema sein?!?! Solidarisch zu sein heißt auch, den Männern ein gewisses Vertrauen zu schenken, was den Umgang mit Frauen betrifft. Mit Quotenforderung liegt man in gesellschaftspolitischer Hinsicht sicher falsch! Unsere Bewegung soll sicher nicht dezidiert: LINKS, FEMINISTISCH usw. sein.... NEIN!!!! Wir müssen uns endlich einmal vertrauen uns so RICHTIG solidarisieren! Abseits von irgendwelchen idealistischen Utopien! Irgendwie wird ständig versucht – auch bei uns in Salzburg – eine Studentenbewegung für andere Themen zu missbrauchen und das lässt mich einfach nicht kalt!!!!“ (vgl. ebda).

Wie in diesem sehr repräsentativen Posting deutlich wird, werden bei der Diskussion um Gendersensibilität bei #unibrennt mehrere Argumentationslinien zusammengeworfen. Einerseits solidarisiert sich der User deutlich mit der Bewegung, in der auch klar mehr Gendersensibilität in den Forderungskatalogen gefordert wird, andererseits möchte er/sie diesen Aspekt in der Bewegung nicht zu stark formuliert haben. In einem Nebensatz wird der Bewegung vorgeworfen, Gendersensibilität aus Misstrauen heraus zu fordern.

ii. Hate speech als Folge veränderter Nähebeziehungen

Jana Herwig hat in ihrer Untersuchung des Raums 4chan¹⁰ die Motivationen und Prozesse untersucht, in der sich vermehrte Anonymität zu einem Selbstläufer von Hassreden (sog. *hate speech*) und vermehrt sexistischen und rassistischen Äußerungen entwickelt. Grundlegend dafür sei eine genauere Betrachtung der veränderten Nähebeziehungen im Netz. So sei die Annahme, dass der User über das Netz mit der ganzen Welt verbunden ist, mit einer klaren Unterscheidung von offline- und online Realitäten verknüpft. Mit der Hingabe an eine Seite der Realität, käme es zu Einbußungen auf der jeweils anderen Seite.

„Verbunden mit der ganzen Welt, wird der User zugleich als isoliert und vor dem Bildschirm vereinsamend empfunden. Aufgelöst wird das scheinbare Paradox in der Untersuchung zweier konkurrierender Sphären, der ‚Virtualität‘ und der ‚Realität‘, wobei die Nähebeziehungen der einen zu Lasten der Nähebeziehungen der anderen gehen sollen.“ (Herwig, 2011: S. 2)

4chan als Plattform, wo es prinzipiell keine Registrierungsmöglichkeit gibt und Kommentare routinemäßig gelöscht anstatt konserviert werden, fungiert hier als Ort der intendierten Anonymität, an dem sich User nach Interessen gruppiert wiederfinden können. Das Fehlen einer spezifischen Zuordnung und somit Verbuchungsmöglichkeit (vgl. (Lummerding, 2011) entfernt sich von etablierten Rahmenbedingungen und Selbstrepräsentationsformen im Netz. Somit kommt die Kommentarfunktion ohne AutorInnenschaft aus, da Usernamen zu einem spezifischen Kommentar frei gewählt werden können, variieren oder ausgelassen werden. Die Nähebeziehung ist trotz erhaltener Diskussionmöglichkeiten relativ gering – wobei unklar bleibt, inwiefern der thematische Bezug zueinander eine Rolle für das Empfinden der Nähebeziehung darstellt.

Dadurch erklärt sich die verstärkt in Foren und Kommentaren abgewickelte Auseinandersetzung mit Feminismus, der vor Ort im besetzten Audimax vorrangig mit

¹⁰ 4chan ist ein sog. Imageboard, eine Homepage, die aufgrund ihrer strukturellen Beschaffenheit und ideologischen Anspruchs, eine niederschwellige Form der Partizipation anstrebt und als Ursprungsort der Anonymous-Bewegung gilt. Das Ziel der niederschweligen Partizipation wird auf 4chan.org bereits im Begrüßungstext definiert: „4chan is a simple image-based bulletin board where anyone can post comments and share images. There are boards dedicated to a variety of topics, from Japanese animation and culture to videogames, music, and photography. Users do not need to register an account before participating in the community. Feel free to click on a board that interests you and jump right in!“ (vgl. <http://www.4chan.org/>, zuletzt aufgerufen am 05.07.2012).

Entgegenkommen und Zustimmung begegnet wurde. Im Netz, insbesondere in der anonymisierten Forenstruktur, herrschten zunehmend Aggressionen und Hassreden vor, die selbst in Facebook-Kommentaren nicht in dem Ausmaß aufzufinden waren. Mit zunehmender Anonymisierung und Entkopplung von Identitäten zu ihrer Online-Präsenz, stieg die Zahl der diskriminierenden Kommentare und verletzenden Bemerkungen.

Obwohl die Auswirkungen von Hassreden im Netz mit Hassreden in offline-Realitäten nicht vergleichbar sind, so ist davon auszugehen, dass insbesondere die Wiederholung von verächtlichen Kommentaren und Aussagen aus der offline-Realität in der online-Realität deren verletzende und performative Wirkung spürbar werden (vgl. Eichhorn, 2001).

Die Gründe für die Verschiebung von verbalen Attacken in online-Realitäten verortet Jessie Daniels (vgl. Daniels, 2008) in der neu postulierten Anonymität, die das Internet entwickelt hat und deren Auswirkungen auf die Agitation von Individuen. Aufgrund eines gesellschaftlichen Wandels und öffentlichen Adaptierungen von *political correctness*, war es vielen Menschen in den letzten 30 Jahren nicht mehr möglich, rassistische, homophobe, sexistische oder anderwertig diskriminierende Kommentare und Äußerungen in der Öffentlichkeit mitzuteilen. Die Frage, ob demokratisierte Öffentlichkeiten wie das Netz durch ihre postulierte Redefreiheit die Entwicklung von diskriminierenden Praktiken fördern würden, verneint Daniels. Die verschobene Realität ins Netz würde Identitätskämpfe unter neuen Prämissen widerspiegeln und reproduzieren, und die Forderung nach einer demokratischen Netzensur und verstärkter Moderation in Foren laut werden. Auch die Frage der quantitativen Repräsentation von Diskriminierung in der offline-Realität sei hier nicht klar mit der online-Realität gleichzusetzen, vor dem Hintergrund, dass etwa 80 Prozent der Internetuser lediglich 20 Prozent der Inhalte produzieren.

iii. Sonderstellung Antifeminismus

Auffällig in der Beobachtung von diskriminierenden Kommentaren im Netz ist die Konzentration auf feministische Kritik und Praxis an der Bewegung. #unibrennt

postulierte in seinem Grundkonsens sowohl anti-rassistische als auch anti-homophobe, universale anti-diskriminierende Prinzipien für den gemeinsamen Umgang – sowohl in der Recherche als auch in persönlichen Gesprächen mit BesetzerInnen konnten kaum rassistische oder homophobe Übergriffe, Angriffe oder harsche verbale Kritik gefunden werden. Die Prinzipien und Gründe für die spezifisch anti-feministische Diskriminierung waren zwar in den Diskurs der *hate speech* eingewebt, bezogen aber dennoch eine gesonderte Rolle.

Angela McRobbie unterbreitet in ihrem 2010 erschienen Buch „Top Girls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes“ eine Analyse des sogenannten Postfeminismus, den sie innerhalb der zeitgenössischen Populärkultur verortet. Der Begriff des Postfeminismus ergibt sich für McRobbie aus der Kritik, dass zwar gewisse Elemente des Feminismus im Sinne der 2. Frauenbewegung sowohl in die politische Landschaft als auch in gesellschaftliche Institutionen integriert worden wären, diese feministischen Anliegen aber gleichzeitig in einen wesentlich individualistischeren Diskurs übertragen wurden. Postfeminismus ist für McRobbie durch den Prozess charakterisiert, der die Erfolge, Errungenschaften und Forderungen des Feminismus der 1970er und 80er Jahre unterminiert, indem sie als überholt und nicht länger zu verfechten abgestempelt werden.

McRobbie verortet in der aktuellen Zeit einen spezifischen Pseudo-Feminismus, der insbesondere von der Populärkultur, aber auch als Top-down-Strategie gouvernemental eingesetzt wird (vgl. Kapitel 2.3.1). So würde insbesondere der Impetus an Frauen, für ihren eigenen Unterhalt zu sorgen und sorgen zu können, als feministisch angesehen. Konzepte wie Work-Life-Balance würden Frauenzeitschriften dominieren und in der Populärkultur hätten sich weibliche Rolemodels im Stil von „Sex and the City“ und „Bridget Jones“ etabliert. In einer „doppelten Verwicklung“ (McRobbie, 2010: 24) hat sowohl in den Bereichen Sexualität und Familienleben gleichzeitig eine Liberalisierung des Staates stattgefunden als auch eine Neoliberalisierung desselben Terrains. So wurde Homosexuellen einerseits in einigen Staaten Heirats- und Partnerschaftsrechte zugesprochen, während es gleichzeitig zu einer verstärkten Ausgrenzung und Integrierung derselben unter eine neoliberale Logik kam.

„Wer würde ernsthaft gegen einen allgemeinen Konsens angehen wollen, dass die *Ladies' Night* im Pub um die Ecke mit männlichen Strippern ein Ausdruck der Gleichberechtigung von Frauen ist? Und seit Schwule und Lesben nun ebenfalls ‚eingeladen‘ sind, an der Heiratskultur teilzuhaben, gibt es noch weniger Anlass, diese Rituale der Freude zu hinterfragen.“ (ebda: 26)

In einer zunehmend medialisierten Welt wären Medien im Gegensatz zur breiteren Öffentlichkeit der 70er und 80er Jahre, heutzutage der Schauplatz, an dem sexuelle Verhaltenscodes definiert werden würden. Werbung, Filme und Zeitschriften würden ein Spektrum an Weiblichkeit generieren, das sich nicht mehr männlichen Vorstellungen unterwirft und aus Eigenantrieb die Rolle der starken, aber stets sexualisierten Frau darstellen würde. Feminismus tritt hierbei immer stärker in den Hintergrund, je konsumfähiger und konsumpotenter Frauen werden. Die neue Norm bietet hierbei der „adult worker“ (ebda: 9), was bedeutet, dass jeder und jede, der/die erwerbsfähig ist, auch erwerbstätig sein soll. Junge Frauen als erwerbstätige Konsumentinnen, müssen partizipieren, sei es zu Lasten einer feministischen Kritik. Und so würden sich feministische Leitbilder in ihrer „Befreiung von patriarchaler Kontrolle, Selbstbestimmung, Unabhängigkeit“ und eigenständiger Existenzsicherung mit den „Prinzipien des globalen Standortwettbewerbs und der neoliberalen Zuweisung von individueller Eigenverantwortung treffen.“ Tatsächlich sind immer mehr Frauen erwerbsfähig und erwerbstätig, verweilen jedoch zunehmend in Teilzeitbeschäftigungen und nicht-sozialversicherten Dienstverhältnissen.

Innerhalb dieser kurz dargestellten Parameter, konstatiert McRobbie ein *undoing* des Feminismus, der insbesondere Frauen in eine Partizipation hineindränge und die Negation von Antifeminismus erfordere. McRobbie kommt zu dem Schluss, dass die Abkehr von feministischen Inhalten jungen Frauen das Versprechen an der Teilhabe an Freiheit und Unabhängigkeit anbietet. Auf einer symbolischen Ebene bringt insbesondere die Fähigkeit ein Ansehen, eine gesellschaftliche Teilhabe und eine Berechtigung, Ansprüche zu stellen. In der Ablehnung dessen, was eine feministische Politik jungen Frauen bieten könnte, wird ihnen eine Art „rhetorische Gleichheit“ angeboten, „die in Bildungs- und Beschäftigungschancen, in der Möglichkeit zur Teilhabe an Konsumkultur und Bürgergesellschaft ihren konkreten Ausdruck findet.“ (ebda: 18).

6.7.2.3 *Slacktivism*

Die tatsächliche Bedeutung der Verschränkung von Neuen Sozialen Bewegungen mit Neuen Sozialen Medien, spiegelt sich in der Debatte um die Hintergründe und Handhabung von *slacktivism*. Den massiven Nutzen, den Neue Soziale Bewegungen durch die Reduzierung der Kosten von Internet- und Kommunikationsmedien haben, die schnellere und breitere Kommunikation sowie schnellere und erleichterte Gruppenbildung, kann andererseits auch Nachteile mit sich ziehen.

Losgelöst von seiner medialen Praxis, war #unibrennt schon bevor bzw. zeitgleich mit der Besetzung des Audimax vor Ort, eine Gruppe an politischen und bildungspolitischen AktivistInnen, allerdings in einer sehr kleinen Anzahl. Die intensive Nutzung und Ausdehnung des Aktionsfeldes ins Netz, die mediale Praxis während der Besetzung, wurde erst im Herbst 2009 ins Internet und in soziale Medien verlegt. Insofern formten sich Bezugsgruppen (auch über neue Medien) zu #unibrennt um ein bestimmtes Ereignis herum, im Gegensatz zu zahlreichen Gruppen im Netz, die bemüht sind, Ereignisse und Veranstaltungen um ihre Gruppierung zu organisieren und zu veranstalten. Diese Tatsache erklärt die häufige Schwierigkeit, geeignete Literatur für die theoretische Abarbeitung an #unibrennt, zu finden. Weiters lassen sich wenige Studien und Ergebnisse zu Langzeit- und Wechselwirkungen zwischen Neuen Sozialen Bewegungen und Neuen Sozialen Medien finden oder zu Wechselwirkungen auf offline-Aktivitäten von AktivistInnen, was wiederum eine umfassende und langfristige Beobachtung schwierig gestaltet. Viele Lücken in der Recherche ergeben sich mitunter aus der Schwierigkeit der Messbarkeit und der Quantifizierung von komplexen Strukturen. So können, bezogen auf #unibrennt, zwar genaue Angaben getätigt werden, wie viele AbonentInnen und „Fans“ den #unibrennt-Informationskanal auf Twitter und Facebook nutzten, welche und wie viele Inhalte online geteilt wurden und wer mitunter virtuelle „opinion leader“ in der Bewegung waren. Die Zahl derer, die vor Ort, im besetzten Hörsaal, freiwillige Dienste geleistet haben, für die Nahrungsversorgung und –beschaffung der AktivistInnen und Gäste verantwortlich waren, bleibt immer nur abzuschätzen. Zu sehr lag der Fokus, sowohl der Berichterstattung, als auch der allgemeinen Aufmerksamkeit, auf der Organisation der #unibrennt-Bewegung verhaftet. So sehr der Versuch unternommen wurde, die Bewegung in Zahlen darzustellen, so sehr wurde verabsäumt, eine

umfassendere qualitative Untersuchung der Bewegung darzustellen. Die individuelle Motivation der AktivistInnen, ihre Hintergründe, ihre sozialen Kontexte blieben schlecht beleuchtet und aufgrund ihrer schwierigeren virtuellen Darstellbarkeit in der allgemeinen Betrachtung eher unterrepräsentiert.

Slackivism, ein Begriff, der unter anderem von Evgeny Mozorov, zur Beschreibung von „feel-good online activism that has zero political or social impact“ (Mozorov: 2009) eingeführt wurde, beschäftigt sich mit der Frage, inwiefern politischer Aktivismus im Netz auch in offline-Realitäten Bezug findet. So lässt beispielsweise die Anzahl der online-Zusagen zu einer politischen Facebook-Veranstaltung wenig Rückschlüsse auf die tatsächliche Partizipation vor Ort zu, kann aber in manchen Fällen zu einem überraschend hohen Aufgebot an Anwesenden führen. Die Motivation, die schlussendlich zur einer tatsächlichen Teilnahme führt, kann andererseits durch die Gruppenbildung und persönliche Adressierung innerhalb Social Media, begünstigt und verstärkt werden.

Evgeny Mozorov verweist in seiner Publikation „The Net Delusion. The dark side of internet freedom“ auf die erleichterte Gruppenbildung von Social Media, der als irreführender Faktor, häufig mit unangebrachter Euphorie, entgegnet wird. Bereits in den frühen 70er Jahren hätte es zahlreiche Studien der Sozialpsychologie bezüglich Gruppenbildung gegeben, die ergaben, dass selbst unter minimalen, künstlich geschaffenen Bedingungen für Gruppenbildung, Fremde zur Bildung von Gemeinschaften und folglich auch Gruppenidentität neigen würden.

„It turns out that the fact of categorizing people into groups – using completely random, coin-tossing methods – already produces a strong feeling of group identity, enough to start discriminating against those who are not members of the group.“ (Mozorov, 2011: S.188).

Umgekehrt wäre die Solidarität und Bereitschaft, für die Mitglieder der eigenen Gruppe Opfer zu bringen, persönliches Eigentum, Geld, Zeit etc. zu teilen, nur vorhanden, wenn sehr viele Überschneidungen, thematische Übereinkünfte und Bedingungen gewährleistet wären. Vielmehr kommt es laut Mozorov, öfter zum sog. Ringelmann-Effekt, der sich dadurch auszeichnet, dass je größer die Gruppe der Partizipierenden ist, desto weniger sich Mitglieder bei ihrer eigenen Leistung beobachtet fühlen und desto weniger fällt es auf, wenn einige von ihnen in ihrer Leistungsbereitschaft nachlassen.

„The logic is clear: When everyone in the group performs the same mundane tasks, it's impossible to evaluate individual contributions, and people inevitably begin slacking off (it's for this reason that another name for this phenomenon is „social loafing“). Increasing the number of participants diminishes the relative social pressure on each and often results in inferior outputs.“ (Mozorov, 2011: S. 193)

Mozorov verweist darauf, dass manche Aktionen und Ziele, die AktivistInnen verfolgen, einzeln effektiver zu erzielen wären, als sie in einer Gruppe abuarbeiten. Mittels Facebook könnte man zwar leichter Gruppen bilden und diese finden, müsste aber proportional weit mehr Aufwand betreiben um die Mitglieder dieser Gruppe zu partizipativer Arbeit bewegen. Kern des Problems sei, implementiert durch die technischen Rahmenbedingungen, eine Dezentralisierung von Wissen und politischer Arbeit. Den immensen Vorteil, den Dezentralisierungsmechanismen auf die Wissensakquirierung haben, würden sie auf der anderen Seite bei der politischen Arbeit verfehlen. Eine Verlagerung von Organisationspotenzial zu Mobilisierungspotenzial ist die Folge, bei der viele AktivistInnen vergessen, dass reine Anwesenheit, sowie reine Informationsverbreitung, keine politische Aktivität per se darstellt. Quantität wächst in Folge auf Kosten von Qualität. Politische Kampagnen vermögen unbestritten in sozialen Medien sehr erfolgreich sein, da sie sich in eine gemeinsame Arena begeben und so AdressatInnen und AdressantInnen gemeinsam in mehreren Dimensionen miteinander agieren. Für gröbere politische Umbrüche, für Revolutionen wie jüngst in Ägypten und Tunesien, ist die Notwendigkeit von aufopferungsvollen, konstanten und heroischen AktivistInnen vonnöten. Dort, wo soziale Bewegungen auf Bewusstseinsarbeit abzielen, Themen vor die mediale und breite Aufmerksamkeit führen wollen, bieten soziale Medien die geeigneten Werkzeuge mit ausreichender Streuung. Um Ziele zu erreichen, nachhaltige Änderungen herbeizuführen, reichen diese Werkzeuge nicht aus und es sollte vermieden werden, zu viele Ressourcen mit der Aufrechterhaltung eines Informationsflusses in diesen Medienportalen zu verschwenden.

Umbrüche, soziale Revolten und jüngste Revolutionen am Maghreb, sind mit Hilfe von sozialen Medien entstanden, die treibende Kraft lag jedoch an den katastrophalen politischen Bedingungen, den staatlichen Repressionsstrategien sowie der ökonomischen Aussichtslosigkeit der Teilnehmer: der 20- bis 30-Jährigen. Bezogen auf #unibrennt, lässt sich der Ringelmann Effekt insbesondere an der Netzaktivität der AktivistInnen, gemessen an deren tatsächlicher Anwesenheit vor Ort,

ablesen.

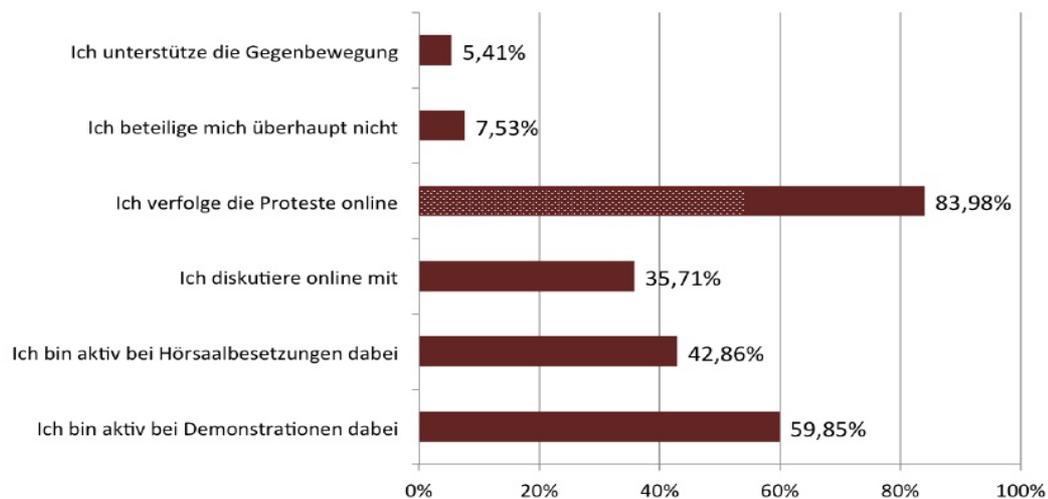


Abbildung 3: Umfrage über die Form des Aktivismus bei #unibrennt

Demnach verfolgten rund 84 Prozent der Befragten die Proteste online und mehr als die Hälfte partizipierte, in dem sie an Demonstrationen teilnahm. Vor Ort, aktiv an der Besetzung und an der organisatorischen Aufrechterhaltung der Proteste beteiligt, waren in Summe maximal 200 Personen, was aus einem Durchschnitt der persönlichen Beobachtungen von zahlreichen BesetzerInnen und BeobachterInnen hervorgeht.

Verba, Schlozman und Brady (1995) postulieren drei Kernargumente für fehlende Partizipation: (1) fehlende Motivation, (2) fehlende Kapazitäten und (3) fehlende Möglichkeiten. Bezogen auf Motivation, spielen insbesondere bei politischen Themen subjektive Motivationsstrukturen und darin mit einbezogen die eigene soziale Konstruktion eine entscheidende Rolle. Hier bietet sich die im ersten Kapitel dieser Arbeit bereits beschriebene Klassifikation nach Dudenhöffer & Meyen an, um motivationserhöhende Versprechungen und Erwartungen näher einzukreisen.

So abhängig und individuell die Konstitution von Motivation in dem Zusammenhang erscheinen mag, so sehr war man bemüht, fehlende Kapazitäten und Möglichkeiten bei #unibrennt durch entsprechende Angebote auszugleichen. Kurz nach der Besetzung wurde im sogenannten ‚Pressekammerl‘ eine Ecke mit etwa sechs PCs eingerichtet, in der sich AktivistInnen, die über keine eigenen Kapazitäten verfügten, auch im Netzleben von #unibrennt engagieren konnten. Direkt in der Umgebung der am meisten im Netz partizipierenden Personen, wurde so der Umgang mit

partizipatorischen Medien, mit Presse- und Videoarbeit geübt, inklusive kurzen, praxisbezogenen Einführungen durch bereits mit der Materie Vertrauten.

So konnte in mehrfacher Hinsicht der Partizipationszugang erleichtert und Hürden in Form von verminderten Möglichkeiten und Kapazitäten verkleinert werden. In der Hinsicht leistete einerseits die erleichterte Anschlusskommunikation in Form von frei zugänglichen Chats und Livestreams und andererseits die Hilfestellung vor Ort, einen niederschweligen Zugang zu partizipativer Medienpraxis.

So sehr Mozorov in seiner Kritik an Slacktivism Recht behält, lassen sich seine Beobachtungen über online-Aktivismus nur abgelöst von Engagement in der offline-Realität bestätigen. Tatsächlich sind viele AktivistInnen sowohl online als auch offline aktiv, und viele von ihnen verwenden soziale Medien, um sich über bevorstehende Aktivitäten, Demonstrationen und Versammlungen zu informieren oder um sich über die Medien zu vernetzen und zu treffen.

Vor dem Hintergrund, dass Kontakte, die über *social networks* wie Twitter, Facebook und Xing geknüpft werden, überwiegend bereits bestehende Kontakte darstellen und über die Interaktion auf den Plattformen vertieft und gestärkt werden (vgl. Autenrieth, 2011), lässt sich das Problemfeld des *clicktivism* und *slacktivism* nicht auf die fehlende Partizipation vor Ort beschränken.

Die konstante Stärkung des Gemeinschaftsgefühls, die Konstatierung eines kollektiven Akteurs kann durch einen gemeinsamen Informations- und Wissensaustausch durchaus verstärkt und intensiviert werden. Das Vertrauen der einzelnen AktivistInnen untereinander, das für eine starke und handlungsfähige soziale Bewegung von Relevanz ist, kann mittels Kommunikation und Interaktion auf *social media* Plattformen gestärkt werden.

7 Resumee

Die vorliegende Arbeit liefert nicht nur eine wissenschaftliche Aufarbeitung der medialen Arbeit von #unibrennt, sondern arbeitet auch Parallelen in der aktuellen Praxis neuer sozialer Bewegungen und deren Problematiken auf. Wo partizipative Arbeitsweise ihre enormen Vorteile hat und globale, niederschwellige und schnelle Zusammenarbeit ermöglicht, zeichnen sich deutlich auch Hierarchien und Abhängigkeiten auf, die selbst eine vergleichsweise homogene Gruppe wie protestierende StudentInnen separiert und partiell ausschließt.

Seit dem Beginn des Verfassens dieser Abschlussarbeit, sind zahlreiche Proteste in unterschiedlichen Ländern abgehalten worden, die alle eine ähnliche Struktur wie #unibrennt vorweisen. Hinsichtlich ihrer Organisation kann #unibrennt als ein Vorreitermodell gesehen werden, das insbesondere die Abarbeitung an Grenzen der Partizipation demonstriert hat. Zusammenfassend lassen sich Faktoren resümieren, die digitale Protestformen zwar nicht in Frage stellen, diese jedoch gesondert von blockierenden Elementen betrachten.

Ziel der vorliegenden Arbeit war es, mediale Praktiken von #unibrennt auf ihre wissenschaftliche Abstrahierung hin zu untersuchen sowie Parallelen zu bestehenden, historisch bereits abgearbeiteten Fragestellungen der Medientheorie zu finden. Insbesondere der Aspekt der partizipativen Teilhabe an medialer Auseinandersetzung, Fragen der Niederschwelligkeit sowie deren Grenzbereichen wurden hinsichtlich ihrer Falsifizierbarkeit beobachtet. Weiters wurden wissenschaftliche Antworten auf beobachtete Phänomene herausgearbeitet und mit Methoden bereits bestehender Medientheorien abgeglichen.

Dabei ergab sich, dass viele in den Anfangszeiten der modernen Medientheorie geforderten und einst gewünschten Lösungen durch technische Rahmenbedingungen bereits gewährleistet waren. Insbesondere die Etablierung eines medialen Rückkanals sowie die Möglichkeit mediale Partizipation niederschwellig zu gestalten erwiesen sich als weit einfacher als die ersten Schritte Neuer Sozialer Bewegungen in den frühen 1960er Jahren. Zwar kann anhand dieser Erkenntnisse daraus geschlossen werden, dass gewisse Problemstellungen der Partizipation gelöst bzw. erleichtert wurden, doch ergaben sich dementsprechend thematische Verlagerungen.

Neben der Öffnung hin zu Transparenz und Offenlegung der Arbeitsweise neuer sozialer Bewegungen, kann digitale partizipative Praxis auch Grenzen generieren, die den Verlauf von Protesten nicht nur schwächen sondern auch weitgehend blockieren können (vgl. Kapitel 4 und 5). Hierbei sei insbesondere die Abarbeitung an Bedingungen etablierter Presse- und Nachrichtensysteme erwähnt die #unibrennt viel Arbeitszeit gekostet hat und stellenweise als Verschwendung von Ressourcen wahrgenommen wurde (vgl. Aufzeichnung Plenum 21.12.2009).

8 Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W. *Einleitung in die Soziologie: Vorlesung vom Sommersemester 1968*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1993.
- Adorno, Theodor W. „Resumée über Kulturindustrie.“ Adorno, Theodor W. *Ohne Leitbild. Parva Aesthetica*. . Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1967. 186.
- Aigner, Lisa. „Hochschuldialog bringt wenig Neues.“ *der Standard* (2010): 8.
- Anderson, Philip. „Complexity Theory and Organizational Science.“ *Organization Science* Mai 1999: 216 - 232.
- Auslander, Philip. *Liveness: Performance in a Mediatized Culture*. New York: Routledge, 2008.
- Becksteiner, Mario. „Jede Revolution beginnt mit einem Auflauf.“ Mixa, Elisabeth, Ingo Lauggas und Elisabeth Mixa. *Einmischungen. Die Studierendenbewegung mit Gramsci lesen*. Wien: Turia + Kant, 2011. 97-110.
- Böning, Marietta. „Ist die Netzkultur ein autonom bestimmtes System? Formen der Netzkultur im Brennpunkt von urheberrechtlichen Ansprüchen und Social Sharing.“ Hrsg. Kroeger, Odin, et al. *Geistiges Eigentum und Originalität. Zur Politik der Wissens- und Kulturproduktion*. Wien: Thuria + Kant, 2010. 215-241.
- Bourdieu, Pierre. „Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital.“ (Hrsg.), R. Kreckel. *Soziale Ungleichheiten*. Göttingen: Schwartz, 1983. 183-198.
- Bräuchler, Birgit. *Cyberidentities at war. Der Molukkenkonflikt im Internet*. Bielefeld: Transcript Verlag, 2005.
- Bruns, Axel. *Blogs, Wikipedia, Second Life, and Beyond - From Production to Produsage*. New York: Peter Lang Publishing, 2008.
- Büteführ, Nadja. *Zwischen Anspruch und Kommerz: Lokale Alternativpresse 1970-1993*. New York: Waxmann, 1995.
- Castells, Manuel. *The Internet Galaxy. Reflections on the Internet, Business and Society*. . Oxford: Oxford University Press, 2001.

- Chomsky, Noam. „Chomsky-Archiv.“ 1998. *Consent without consen: Unterstellte Zustimmung - Überlegungen zur Theorie und Praxis der Demokratie*. 25. 07 2011. <<http://chomskyarchiv.de/artikel/consent-without-consent-unterstellte-zustimmung>>.
- . *Media Control. Wie die Medien uns manipulieren*. München: Piper Verlag, 2006.
- Daniels, Jessie. „Race, Civil Rights and the Hate Speech in the Digital Era.“ *Learning Race and Ethnicity: Young and Digital Media* 2008: 129-154.
- Dudenhöffer, Kathrin und Michael Meyen. „Digitale Spaltung im Zeitalter der Sättigung. Eine Sekundäranalyse der ACTA 2008 zum Zusammenhang von Internetnutzung und sozialer Ungleichheit.“ *Publizistik* 2012: 7-26.
- Eco, Umberto. *Einführung in die Semiotik*. München: Fink Verlag, 2002.
- . *Für eine semiologische Guerilla. Essays und Glossen*. . München: Hanser, 1985.
- Eichhorn, Kate. „Re-inciting linguistic injuries: speech arts, cyberhate, and the spatial and temporal character of networked environments.“ *Computers and Compositions, Vol. 18 (3)* 2001: 293-304.
- Engesser, Sven und Jeffrey Wimmer. „Gegenöffentlichkeit(en) und partizipativer Journalismus im Internet.“ *Publizistik* 2009: 44-63.
- Ensemble, Critical Art. *The Virtual Condition*. New York: Autonomedia, 1996.
- Enzensberger, Hans Magnus. „Sozialistische Medientheorie, emanzipatorischer Mediengebrauch, Kritik der Kulturkritik.“ Helmes, Günter und Werner Köster. *Texte zur Medientheorie*. Stuttgart: Philipp Reclam jun. , 2002. 254-275.
- Foucault, Michel. *Die Ordnung des Diskurses*. Frankfurt am Main: Carl Hanser Verlag, 1991.
- Foucault, Michel und Jan Engelmann. *Der Foucault-Reader. Botschaften der Macht. Diskurs und Medien*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1999.
- Gruber, Klemens. *Die zerstreute Avantgarde. Strategische Kommunikation im Italien der 70er*. Wien: Böhlau, 2010.

- Habermas, Jürgen. *Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft*. Neuwied am Rhein und Berlin: Hermann Luchterhand, 1968.
- Heitmayer, Wilhelm und Peter Imbusch. *Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft. Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften/GWV Fachverlage GmbH, 2005.
- Herman, Edward S. und Noam Chomsky. *Manufacturing Consent. The Political Economy of the Mass Media*. New York: Pantheon Books, 1988.
- Herwig, Jana. „Post your desktop!“ - 4chan als Sonderfall der Verhandlung von Nähe und Identität im Web.“ *Media and Proximity/Medialität der Nähe* . Hrsg. Tagungsband der Graduiertenschule Locating Media. Siegen , 2011.
- . „digiom.“ kein Datum. *digiom.* 06. 03 2012. <<http://digiom.wordpress.com/2009/05/07/medientheorie-wieso-twitter-ein-eiskaltes-medium-ist/>>.
- Herwig, Jana, Max Kossatz und Viola Mark. „#Unibrennt mit Internet: Beobachtungen zu einer sich verändernden Protestqualität.“ Heissenberger, Stefan (Hrs.), et al. *Unibrennt - Grundsätzliches kritisches Atmosphärisches*. Wien: Thuria + Kant, 2010. 210-222.
- Illouz, Eva. *Gefühle in Zeiten des Kapitalismus*. Frankfurt: Suhrkamp, 2006.
- Jenkins, Henry, et al. „www.digitallearning.macfound.org.“ kein Datum. *Confronting the Challenges of Participatory Culture: Media Education of the 21st century*. 29. März 2011. <http://digitallearning.macfound.org/atf/cf/%7B7E45C7E0-A3E0-4B89-AC9C-E807E1B0AE4E%7D/JENKINS_WHITE_PAPER.PDF>.
- Junge, Torsten. *Gouvernementalität der Wissensgesellschaft - Politik und Subjektivität unter dem Regime des Wissens*. Hamburg: transcript Verlag, Bielefeld, 2008.
- Kern, Thomas. *Soziale Bewegungen. Ursachen, Wirkungen, Mechanismen*. Wiesbaden: VS-Verlag für Sozialwissenschaften, 2008.
- Kleiner, Markus. „Semiotischer Widerstand. Zur Gesellschafts- und Medienkritik der Kommunikationsguerilla.“ Hallenberger, Gerd und Jörg Uwe Nieland.

Medienkritik heute: Werkanalyse, Nutzerservice, Sales Promotion oder Kulturkritik. Köln: Halem, 2005.

Lemke, Thomas, Susanne Krasmann und Ulrich Bröckling. „Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung.“ Lemke, Thomas, Susanne Krasmann und Ulrich Bröckling. *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen.* Hrsg. Thomas Lemke, Susanne Krasmann und Ulrich Bröckling. Frankfurt/Main: Suhrkamp Verlag, 2000.

Lévy, Pierre. *Collective Intelligence: Mankind's Emerging World in Cyberspace.* Cambridge, Massachusettes: Perseus, 1997.

Levy, Steven. „Einleitung.“ Bruns, Karin und Ramón Reichert. *Reader Neue Medien. Texte zur digitalen Kultur und Kommunikation.* . Bielefeld: transcript Verlag, 2007. 313 - 325.

Lindner, Stefanie. *Die Beobachtung der Beobachter.* Wien: Magisterarbeit, Universität Wien. , 2008.

Lovink, Geert. *Dark Fiber - Auf den Spuren einer kritischen Internetkultur.* Opladen: Leske und Budrich, 2004.

Lovink, Geert und Pit Schulz. „Desk Organization.“ 1999. 21. Septemeber 2011. <<http://www.thing.desk.nl/bilwet/TXT/NK2.txt>>.

Lovink, Geert. *Zero Comments. Elemente einer kritischen Internetkultur.* Bielefeld: transcript-Verlag, 2008.

Lummerding, Susanne. „Facebooking - What You Book is What You Get - What else?“ Leistert, Oliver und Theo Röhle. *Generation Facebook. Über das Leben im Social Net.* Bielefeld: transcript, 2011. 1-18.

Mackinger, Christopf und Birgit Pack. *§278a - gemeint sind wir alle! Der Prozess gegen die Tierbefreiungsbewegung und seine Hintergründe.* Wien: mandelbaum - kritik & utopie, 2011.

Maier, Barbara und Jakob Arnim-Ellissen. „Die Organisationsstruktur der Audimax-Besetzung: Angewandte Basisdemokratie - zwischen Organisation und Selbstverwaltung.“ Heissenberger (Hrsg.), Stefan, et al. *Unibrennt.*

- Grundsätzliches - Kritisches - Atmosphärisches*. Wien: Turia + Kant, 2010. 212 - 217.
- Martin, Jean-Pol. „Gemeinsam Wissen konstruieren: am Beispiel der Wikipedia.“ *Projekte und Perspektiven im Studium Digitale Medienpädagogik* 2005.
- McRobbie, Angela. *Top Girls. Feminismus und der Aufstieg des neoliberalen Geschlechterregimes*. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften, 2010.
- Melucci, Alberto. *Challenging codes - collective action in the information age*. Cambridge: Cambridge University Press, 1999.
- Miermeister, Jürgen und Jochen Staadt. *Provokationen: Die Studenten- und Jugendrevolte in ihren Flugblättern 1965-1971*. Darmstadt, Neuwied: Luchterhand, 1980.
- Mischerikow, Andrej. „Aneignung und Umnutzung. Medientechnik und soziale Bewegungen.“ Schönberger, Klaus und Ove Sutter. *Kommt herunter, reiht euch ein. Eine kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen*. Berlin: Assoziation A, 2009. 240-254.
- Moorstedt, Tobias. *Jeffersons Erben - Wie digitale Medien die Politik verändern*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2008.
- Moser, Michael. „www.zurpolitik.com.“ 2008. *Zur Politik*. 04. 07 2012.
- Mozorov, Evgeny. „NPR: National Public Radio.“ 19. Mai 2009. *Foreign Policy: Brave New World of Slacktivism*. 22. 06 2012.
- Neff, Gina und David Stark. „Permanently Beta: Responsive Organization in the Internet Era.“ *The Internet and American Life* 2003: 1-15.
- Negt, Oskar und Alexander Kluge. *Öffentlichkeit und Erfahrung. Zur Organisationsanalyse von bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1972.
- Neverla, Irene. „Geschlechterordnung in der virtuellen Realität: Über Herrschaft, Identität und Körper im Netz.“ Neverla, Irene, Anja Schäfers und Dorothea Siegle. *Das Netz-Medium. Kommunikationswissenschaftliche Aspekte eines Mediums in Entwicklung*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 1998. 137-153.

- Noam, Chomsky und Mark (Hrsg.) Achbar. *Noam Chomsky - Wege zur intellektuellen Selbstverteidigung. Medien, Demokratie und die Fabrikation von Konsens.* . München: dm druckmedien, 1996.
- Oy, Gottfried. *Die Gemeinschaft der Lüge. Medien- und Öffentlichkeitskritik sozialer Bewegungen in der Bundesrepublik.* Münster: Westfälisches Dampfboot, 2001.
- . *www.trendinfo.partisan.net.* kein Datum. 18. 07 2011. <<http://www.trend.infoartisan.net/trd7899/t59899.html>>.
- Pieper, Marianne und Encarnación Gutiérrez Rodríguez. *Gouvernementalität - Ein sozialwissenschaftliches Konzept im Anschluss an Foucault.* Hrsg. Encarnación Gutiérrez Rodríguez. Frankfurt/Main: Campus Verlag, 2003.
- Porta, Donatella della und Mario Dani. *Social Movements.* Cornwall: Blackwell Publishing, 2006.
- Presse, AG. „#unibrennt.“ 23. 10 2009. #unibrent. 06. 02 2012. <http://unibrennt.at/wiki/index.php/Prix_Ars_Electronica>.
- Raley, Rita. *Tactical Media.* Minneapolis: University of Minnesota Press, 2009.
- Raunig, Gerald. „republic art.“ 09 2002. 22. 07 2011. <http://www.republicart.net/disc/artsabotage/afrikagruppe01_de.htm>.
- Schmidinger, Thomas. „(Gem)einsamer Protest. Die unibrennt-Bewegung und die externen LektorInnen und andere kurzfristig Beschäftigte.“ Mixa, Elisabeth, Ingo Lauggas und Elisabeth Mixa. *Einmischungen. Die Studierendenbewegung mit Gramsci lesen.* Wien: Turia + Kant, 2011. 110-120.
- Schmidt, Christian. „Der produzierte Geist. Zu den Ursprüngen der Originalität.“ Hrsg. Kroeger, Odin, et al. *Geistiges Eigentum und Originalität. Zur Politik der Wissens- und Kulturproduktion.* Wien : Thuria + Kant, 2010. 33-43.
- Schulz, Pit und Geert Lovink. „Aufruf zur Netzkritik. Ein Zwischenbericht. .“ Schulz, Pit und Geert Lovink. *Netzkritik. Materialien zur Internet-Debatte.* Berlin: Edition ID-Archiv, 1997. 5-15.
- Schwarz, Christoph. „Die Presse.“ 28. 10 2009. *Die Presse.* 15. 03 2012. <<http://diepresse.com/home/bildung/universitaet/517950/Die-braven-Enkel->

der-wilden-

68er?direct=516801&_vl_backlink=/home/bildung/universitaet/517998/index.do&selChannel=>.

Shirky, Clay. *Here comes everybody: the power of organizing without organizations*. . New York: Penguin Group, 2008.

Stalder, Felix. „vimeo.com.“ 04 2011. *Felix Stalder: Vom freien Wissen und einer demokratischen Wissensordnung*. 29. 05 2012. <<http://vimeo.com/16261653>>.

Stefan, Münker. *Emergenz digitaler Öffentlichkeiten. Die Sozialen Medien im Web 2.0*. Frankfurt a. Main: Suhrkamp Verlag, 2009.

Toffler, Alvin. *Powershift: Knowledge, Wealth, and Violence at the Edge of the 21st Century*. New York: Bantam, 1990.

Tretjakov, Sergej. *Die Arbeit des Schriftstellers. Aufsätze, Reportagen, Porträts*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag, 1972.

Ulla, Authenrieth. „Nutzung und Stellenwert von Social Network Sites im Alltag junger Menschen - Ein Ländervergleich zwischen Deutschland und der Schweiz.“ Neumann-Braun, Klaus und Ulla Autenrieth. *Freundschaft und Gemeinschaft im Social Web. Bilder-Handeln und Peergroup-Kommunikation auf Facebook und co*. Baden-Baden: Nomos, Edition Fischer, 2011.

Vielen, Eine/r von. *unibrennt.at* . 22. 10 2009. 15. 03 2012. <<http://unibrennt.at/wiki/index.php/Pressespiegel>>.

Wimmer, Jeffrey. „Gegenöffentlichkeit 2.0: Formen, Nutzung und Wirkung kritischer Öffentlichkeiten im Social Web.“ Zerfaß, Ansgar, Martin Welker und Jan Schmidt. *Kommunikation, Partizipation und Wirkungen im Social Web; Strategien und Anwendungen: Perspektiven für Wirtschaft, Politik und Publizistik*. Köln: Herbert von Halem Verlag, 2008.

Winter, Rainer. „Perspektiven eines alternativen Internet.“ *Aus Politik und Zeitgeschichte* September 2008: 23-28.

Wolf, Gertrud und Rolf Peuke. *Mehr Partizipation durch neue Medien*. Bielefeld: Bertelsmann Verlag GmbH & Co. KG, 2003.

Zerfaß, Ansgar und Dietrich Boelter. *Die neuen Meinungsmacher. Weblogs als Herausforderung als Herausforderung für Kampagnen, Marketing, PR und Medien.* . Graz: Nausner und Nausner., 2005.

9 Lebenslauf

Ausbildung

seit 03/2004 Studium der Theater-, Film- und Medienwissenschaft

10/2003 – 03/2004 Studium der Psychologie

09/1995 – 06/2003 BG 18 Klostergasse

Berufserfahrung

seit Dezember 2011 Metacommunication: Medienbeobachtung, Medienanalysen
und Erstellen von Pressespiegeln

07/2010 – 04/2011 Bachkönig KEG: Redaktion, Recherche für Beiträge, Verfassen
von Moderationstexten und Presseaussendungen, Interviewführung, Schnitt,
Drehbuch, Produktionsassistenz

09/2009 – 10/2010 Coop 99: Schnitt, Drehbuch, Recherche, Projektmanagement,
Scripting für den Dokumentarfilm „#unibrennt – Bildungsprotest 2.0“

08/2008 – 09/2010 Persönliche Assistentin für Menschen mit Behinderungen

10/2005 – 03/2006 Viennialit Literaturverein: Marketing, KünstlerInnenbetreuung,
Festivalorganisation, Koordination der MitarbeiterInnen, Erstellung der Pressemappen

08/2004 – 09/2005 Gesellschaft für Logotherapie und Existenzanalyse Österreich:
Pflege der Datenbank, Erstellung von Kongressmappen, Sekretariat

10/2003 Journalistische Tätigkeit bei Pester Lloyd

Praktika, Ehrenämter

seit 09/2010 WienTV – zivilgesellschaftliches Videokollektiv: Kurzdokumentationen,
Moderation, Redaktion

Sprachen

Polnisch: Muttersprache

Deutsch: fließend in Wort und Schrift

Englisch: fließend in Wort und Schrift